

16

60

MAI 2007

Dokumentation  
des Fachgesprächs  
vom 26. 06. 2006  
im Deutschen  
Bundestag  
Paul-Löbe-Haus

# Wie weiter im Kampf gegen Rechtsextremismus?

**Inhaltliche und finanzielle Perspektiven der Bundes-  
programme gegen Rechtsextremismus**

## Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin <a href="http://www.gruene-bundestag.de">www.gruene-bundestag.de</a>
Verantwortlich	Monika Lazar MdB Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: <a href="mailto:monika.lazar@bundestag.de">monika.lazar@bundestag.de</a>
Redaktion	Salma Karachouli
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: <a href="mailto:versand@gruene-bundestag.de">versand@gruene-bundestag.de</a>
Schutzgebühr	€ 1,50
Redaktionsschluss	Mai 2007

# Inhalt

Vorwort .....	5
Begrüßung und inhaltliche Einführung .....	6
Themenblock 1: Bilanz der Arbeit gegen Rechtsextremismus .....	8
<b>Dominique John</b> , Opferperspektive Brandenburg .....	8
<b>Lorenz Korgel</b> , Koordinator der mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland .....	11
<b>Sven Forkert</b> , Koodinator Extremismus der Stadt Pirna .....	15
Diskussion .....	26
Themenblock 2: Entwicklungen und inhaltliche Schlussfolgerungen .....	32
<b>Stefan Schönfelder</b> , Bildungswerk Weiterdenken und Beirat des sächsischen Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ .....	32
<b>Dr. Reiner Schiller-Dickhut</b> , Bündnis für Demokratie und Toleranz .....	35
Diskussion .....	41
Themenblock 3: Schlussfolgerungen für die Bundesprogramme .....	47
<b>Monika Lazar</b> MdB, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus .....	47
<b>Anna Lührmann</b> MdB, Haushaltspolitikerin .....	49
<b>Monika Lazar</b> in Vertretung von <b>Dr. Sven-Olaf Obst</b> , Koordinator Extremismusprävention, Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend .....	51
Diskussion .....	63
Themenblock 4: Erfahrungen, Erfolge und Grenzen von Landesprogrammen .....	72
<b>Angelika Thiel-Vigh</b> , Koordinierungsstelle für das Handlungsprogramm „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung Brandenburg .....	72
<b>Wolfram Hülsemann</b> , demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung .....	76
<b>Staatssekretär Burkhard Jungkamp</b> , Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und Koordinator des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ .....	80
Diskussion .....	82
Schlussbemerkung und Ausblick .....	95
Weiterführende links .....	96



## **Vorwort**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem Haushaltsjahr 2006 laufen die bisherigen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus – Civitas, entimon und Xenos – aus. Gleichzeitig bedrohen gewaltbereite Neonazis, rechtsextreme Demagogen und ignorante Verharmloser weiterhin unsere Demokratie. Angesichts dessen muss die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen unvermindert weitergehen.

In einem Fachgespräch haben wir die bestehende Arbeit gegen Rechtsextremismus ausgewertet und über Konzepte zur fachlichen und finanziellen Verstärkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen diskutiert. Am 26. Juni 2006 waren dazu rund 70 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bund, Ländern und Kommunen, großer Koalition und Opposition, Politik und Zivilgesellschaft zusammengekommen.

Mittlerweile sind viele Impulse aus diesem Fachgespräch auch in die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen eingeflossen. Manche der angesprochenen Probleme müssen jedoch noch gelöst werden. Die hier abgedruckten Beiträge bieten dazu wertvolle Anregungen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Referentinnen und Referenten für ihren Einsatz auf unserer Veranstaltung und bei allen Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und ihre Diskussionsbeiträge. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine interessante und bereichernde Lektüre.



Monika Lazar MdB

(Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus)

## **Begrüßung und inhaltliche Einführung**

**Monika Lazar** MdB, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Ich begrüße alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ganz herzlich und hoffe, dass wir einen anregenden Tag mit gutem Austausch miteinander verbringen werden. Ich moderiere die heutige Veranstaltung und möchte mich kurz denjenigen vorstellen, die mich noch nicht kennen. Ich komme aus Leipzig in Sachsen, wo ich noch immer lebe, zumindest in den plenarsitzungsfreien Wochen. Anfang 2005 wurde ich Mitglied der grünen Bundestagsfraktion und bin seitdem zuständig für das Thema Rechtsextremismus. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wurde ich von meiner Fraktion zur Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus gewählt.

Mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus habe ich mich allerdings auch schon vor meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete beschäftigt. Gerade in Sachsen hatten wir genügend traurige Gelegenheiten, uns dagegen zu positionieren, da wir leider einen sehr beunruhigenden Aufschwung der NPD in Sachsen erleben mussten.

Ich freue mich, dass ich mich auch auf Bundesebene für die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einsetzen kann. Meiner Ansicht nach müssen wir Neonazis auf allen Ebenen und zu allen Zeiten Paroli bieten.

In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir sehr viel über die Finanzierung von Initiativen diskutiert und besonders deutlich gemerkt, wie wichtig der demokratische Konsens bei den Parteien ist. Derzeit laufen die Haushaltsberatungen im Bundestag und auch Frau Bundesministerin von der Leyen hat vergangene Woche in einer Rede zu den Bundesprogrammen festgestellt, dass diese sehr wichtig sind. Das war ihre erste offizielle Äußerung zu diesem Thema, das bisher leider nicht zu ihren inhaltlichen Schwerpunkten zählte.

Momentan gibt es Signale, die darauf hoffen lassen, dass an die guten Ansätze der rot-grünen Bundesprogramme angeknüpft werden kann. Durch grüne Anträge, Anfragen und andere Initiativen ist es auch der SPD-Bundestagsfraktion leichter gefallen, die CDU/CSU von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Die aktuellen Programmentwürfe aus den Ministerien sind in den vergangenen Wochen deutlich verbessert worden. Zu dieser Entwicklung trugen auch die vielen Initiativen einen großen Teil bei, die für ihre wichtige Arbeit offensiv geworben und sie für Außenstehende sichtbar gemacht haben.

Leider gab es auch in diesem Jahr wieder viele unschöne Anlässe, die gezeigt haben, dass die Arbeit unbedingt fortgesetzt werden muss. Alle hier Anwesenden widmen sich ja kontinuierlich dieser wichtigen Arbeit, unabhängig von der Konjunktur dieses Themas. Für dieses Engagement danke ich Ihnen herzlich.

Ich freue mich, dass einige Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen vertreten sind, auch aus den jetzigen Koalitionsparteien, denn nur gemeinsam können wir die bestehenden Probleme lösen. Auf unserer Veranstaltung vor einem Jahr herrschte noch große Unsicherheit, wie die Zukunft der Bundesprogramme aussehen wird. Heute ist zumindest klar, dass auch unter der großen Koalition die Bundesprogramme auf dem gleichen finanziellen Niveau, und hoffentlich mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung, weitergeführt werden.

In den letzten Monaten haben sich die Konzepte in die richtige Richtung bewegt. Die Themenvermischung mit Linksextremismus und radikalem Islamismus scheint vom Tisch zu sein. Über eine vollkommene Streichung der Mittel redet niemand mehr. Dafür möchte ich allen, die auf den unterschiedlichen Ebenen von Politik und Gesellschaft daran mitgewirkt haben, herzlich danken.

Einiges ist allerdings weiterhin unklar. Das betrifft vor allem die Zukunft der Strukturprojekte, also Netzwerkstellen, mobile Beratung und Opferberatung. Es ist ungewiss, wie sich diese in die neuen Programme integrieren lassen oder ob eine Extralösung geschaffen werden kann. Auch darüber werden wir heute diskutieren.

Nun steigen wir ein und kommen zum ersten Themenblock. Wir wollen, bevor wir Lösungsansätze diskutieren, erst einmal Bilanz ziehen. Was wurde in den letzten Jahren geleistet? Was ergaben die wissenschaftlichen Evaluationen der Bundesprogramme? Welche Erfahrungen liegen bei den Initiativen vor?

Dazu konnten wir folgende Referenten gewinnen: Dominique John, Koordinator der Civitas-geförderten Beratungsstellen für Opfer rechtsextrem motivierter Gewalttaten und Lorenz Korgel, Koordinator der mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland. Sie arbeiten vernetzt zusammen und werden uns sicher darlegen, dass ihre Arbeit auch weiterhin gebraucht wird.

Abschließend zu diesem Themenblock referieren wird Sven Forkert, der Koordinator Extremismus der Stadt Pirna. Herr Forkert kann uns anhand seines Werdegangs schildern, welche vorbildliche Entwicklung in einer Stadt mit rechtsextremen Problemen möglich ist. Ich war selbst in Pirna und konnte mich davon überzeugen, wie positiv es sich auswirkt, dass die örtliche „Aktion Zivilcourage“ auch von kommunaler Stelle anerkannt und gefördert wird.

## Themenblock 1: Bilanz der Arbeit gegen Rechtsextremismus

**Dominique John**, Opferperspektive Brandenburg

Vielen Dank für die nette Vorstellung. Ich habe die Aufgabe zu bilanzieren und konzentriere mich dabei auf die Opferberatungsstellen. Lorenz Korgel wird dann mit einem Beitrag zu den mobilen Beratungsteams folgen.

Fünf Jahre Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt: Es ist zunächst festzuhalten, dass in allen neuen Bundesländern und Berlin sachlich kompetente Beratungsstellen entstanden sind, die ein professionelles Angebot machen. Ich möchte darauf verweisen, dass jährlich ca. 1.200 Leute von diesen Beratungsstellen beraten werden.

Es ist ein gemeinsames Profil der damit verbundenen Ansätze entstanden. Insgesamt kann man sagen, dass die Opferberatungsstellen gemeinsam mit den mobilen Beratungsteams ein kontinuierliches Netzwerk von verlässlichen Beratungsstrukturen bilden, an denen sich andere Initiativen orientieren oder auch andocken können.

Neben der direkten Beratungstätigkeit sind die Opferberatungsstellen auch als kompetente Informationsstellen anerkannt. Sie erheben Daten über Opfer rechter Gewalt, bereiten diese auf und stellen sie der Öffentlichkeit zur Verfügung. Ich denke, dass man – wenn es gelingt, diese Arbeit weiterzuführen – darüber nachdenken muss, ob in den Opferberatungsstellen, mobilen Beratungsteams und vielleicht auch noch anderen Projekten nicht ein großes Potential für die Schaffung einer unabhängigen Beobachtungsstelle zu den Themen Rechtsextremismus und rechte Gewalt liegt. Ich denke, dass es da viele Möglichkeiten gibt, über die man nachdenken und die man entwickeln könnte. Die Kompetenzen, die durch die Aufbauarbeit der letzten fünf Jahre erreicht wurden, und die einheitlichen Profile sollte man auf jeden Fall erhalten und weiterentwickeln.

Es gibt übrigens inzwischen auch vermehrt Anfragen aus westdeutschen Bundesländern bei den Opferberatungsstellen. Ich denke, bei den mobilen Beratungsteams ist dies nicht anders. Man müsste also auch in diese Richtung überlegen, wie man diese Strukturen, die im Osten entstanden sind, in Richtung Westen exportieren könnte.

Zur Frage der Bilanz gehört für mich auch, dass man inzwischen von einer höheren Akzeptanz gegenüber der Arbeit der Opferberatungsstellen in den Ländern sprechen kann. Dies finde ich umso bedeutender, da man nicht vergessen darf, dass die Opferberatungsstellen einen parteiischen Ansatz vertreten. Das ist fachlich begründbar und auch schon vielfach beschrieben worden. Damit ecken die Opferberatungsstellen an, sind oft un bequem und lösen häufig einen ähnlichen Effekt aus wie der ehemalige Regierungssprecher Heye kurz vor der Weltmeisterschaft mit seinen Äußerungen zum Thema *No-go-Areas*. Dem Überbringer der schlechten Nachricht wird sozusagen die Schuld zugeschoben: *Wenn es diesen Überbringer nicht gäbe, gäbe es die Problemstellung nicht*. Das ist ein konstantes Problem, mit dem sich die Opferberatungsstellen in jedem Land – vor allem aber auch auf kommunaler Ebene – immer wieder auseinandersetzen müssen.

Diese Funktion, die die Opferberatungsstellen innerhalb der verschiedenen Beratungssysteme übernehmen, prägt stark das Verhältnis Land - Opferberatungsstellen. Es ist deshalb für mich um so bedeutender zu betonen, dass es außer in Thüringen in allen neuen Bundesländern und Berlin gelungen ist, für die Opferberatungsstellen Co-Finanzierungen, im Durchschnitt von etwa 20 Prozent, einzustellen. Ich glaube, in Berlin ist es sogar um

einiges mehr. In Thüringen ist dies nicht der Fall, obwohl auch dort ein gewisser Umbruch zu verzeichnen ist. Darauf wird Lorenz Korgel nachher noch zu sprechen kommen.

Der Grund, warum es den Opferberatungsstellen gelungen ist, Co-Finanzierungen aus den Ländern einzustellen, liegt in erster Linie in der fachlichen Kompetenz und der Kontinuität der Arbeit dieser Projekte.

Ich möchte aus der Perspektive von eher unbequemen Projekten noch einen weiteren Gedanken anfügen. Wie Sie wissen, gibt es die Debatte darüber, ob es sinnvoll war, Civitas als Bundesprogramm gegenüber den Ländern zu setzen, also, ob es nicht besser gewesen wäre, das Programm im Vorfeld stärker mit den Ländern und Kommunen abzustimmen. Nun gab es ja verschiedene Versuche, das Programm mit Ländern und Kommunen abzustimmen, was zum Teil auch eher unglücklich organisiert war. Insgesamt muss man aber schon sagen, dass der Bund das Programm erstmal gesetzt und die Länder damit konfrontiert hat, *macht das jetzt!* Aus der Sicht der Opferberatungsstellen will ich dazu eine klare Position formulieren: Ich denke, wenn das Bundesprogramm zuvor mit den einzelnen Ländern abgestimmt worden wäre, wären insgesamt deutlich weniger innovative Projekte entstanden. Dazu gehören auch die Opferberatungsstellen. Diese hätten mit Sicherheit kein gemeinsames Profil entwickelt. Insgesamt ist dadurch, dass es für drei Jahre eine Vollfinanzierung durch den Bund gab, überhaupt erst die Möglichkeit dafür entstanden, so etwas wie eine *relative Autonomie* in den Ländern zu haben und sich etablieren zu können. Das wäre ohne eine Bundesfinanzierung mit Sicherheit nicht der Fall gewesen.

Ich betone dies deshalb, weil nach den mir vorliegenden Informationen das neue Bundesprogramm eine deutlich stärkere Anbindung an kommunale Strukturen aufweist. Ich möchte hier betonen, dass es sehr sinnvoll wäre, darüber noch einmal nachzudenken. Leider sind die Leute, die das Programm formulieren, heute nicht anwesend. Ich bitte also die Anwesenden, diesen kritischen Gedanken bezüglich der Anbindung an kommunale Strukturen weiter zu tragen. In diesem Zusammenhang noch ein kurzer Hinweis zu den Ergebnissen der Evaluation: Es ist richtig, dass es ein wesentliches Ergebnis der Evaluation war, die Kommunen stärker einzubinden. Dafür gibt es auch gute Gründe. Allerdings wurde nach meiner Einschätzung bei der Evaluation dem Prozess zu wenig Beachtung geschenkt, den ich eben beschrieben habe, und der zu dem geführt hat, was ich *relative Autonomie der Projekte* genannt habe.

Nun noch ein Gedanke zur Zukunft der Strukturprojekte: Monika Lazar sagte eingangs, dass es nicht klar ist, wie es nächstes Jahr weitergeht. Immer wieder wird angedeutet, dass es eventuell die Möglichkeit gäbe, mobile Beratung und Opferberatung noch irgendwie in dem neuen Programm unterzukriegen.

Wir müssen vielmehr davon ausgehen, dass es nicht möglich ist. Dazu sind auch Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen des Bundesfamilienministeriums geführt worden. Auch der Programmkoordinator Herr Dr. Obst formuliert dies in Gesprächen immer wieder in einer dankenswerten Klarheit. Zwar sagt er, dass es an der einen oder anderen Stelle vielleicht möglich wäre, Opferberatung und mobile Beratung in das neue Programm zu integrieren. Allerdings müsste man dazu das Profil aufgeben und neue Aufgaben übernehmen.

Ich denke, dass es fachlich vollkommener Unsinn wäre, diese Projekte, so wie sie jetzt aufgestellt sind, in das neue Programm hineinzudrängen. Deshalb hoffe ich immer noch, dass es gelingt, einen anderen Weg der Finanzierung zu finden. Ich bin allerdings so langsam ein bisschen pessimistisch, weil uns die Zeit davon läuft. Es ist ja demnächst

Sommerpause. Das Parlament verschwindet dann für eine ganze Weile. Die Rede ist davon, dass ein unabhängiger Träger gefunden werden könnte, der mit Finanzen ausgestattet würde, um die Strukturprojekte zu übernehmen. Mir scheint da noch nicht sehr viel klar zu sein.

Wir haben gerade letzte Woche die vorläufig letzte interne Tagung der Opferberatungsstellen durchgeführt, und natürlich haben alle Kolleginnen und Kollegen gefragt, wie lange sie eigentlich noch beraten können bzw. wann sie die Verträge der Büros, Autos usw. kündigen sollen. Das steht einfach jetzt an. Von daher ist ein gewisser zeitlicher Druck da. Mal gucken, ob sich da in nächster Zeit noch was tut.

Vielen Dank.

**Lorenz Korgel**, Koordinator der mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Auch von meiner Seite einen schönen guten Tag. Ich bin Lorenz Korgel, Koordinator der Mobilien Beratungsteams in Ostdeutschland. Vielleicht zwei Worte dazu, was diese Beratungsteams machen: Sie bieten problem- und ortsbezogene Beratung für alle demokratischen Akteure in einer Kommune an, die rechtsextreme Entwicklungen wahrnehmen. Wir unterscheiden, grob gesagt, in einen intervenierenden und in einen präventiven Beratungsbereich.

Bei unserer intervenierenden Beratung bearbeiten wir häufig sehr konkrete und akute Fragen wie z.B. *Was mache ich, wenn Rechtsextreme meine Veranstaltung sprengen wollen? Oder was mache ich, wenn in meinem Viertel ein rechtsextremer Devotionalienladen eröffnet?* Hier werden z.B. Handreichungen entwickelt, konkrete Trainings angeboten und fallbezogene Beratung gegeben.

Der eher präventive Beratungsbereich behandelt die langfristige Unterstützung demokratischer Akteure bei der Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens. Wir unterstützen die Akteure bei der Formulierung ihrer Vorstellungen und Ziele, die sie dann selbst umsetzen und in den kommunalpolitischen Prozess einbringen können. So begleiten und moderieren Mobile Beratungsteams Workshops, Zukunftswerkstätten oder auch andere Beteiligungsformen, deren Ergebnis z.B. Konzepte für Aktionspläne sein können. Oft unterstützen wir auch die Entwicklung von Leitlinien, z.B. für Bündnisse und Netzwerke.

Ich möchte einer schlaglichtartigen Bilanz zwei Thesen voranstellen, nach denen, meiner Kenntnis nach, viele Civitas-Projekte gearbeitet haben. Die eine These, oder Annahme, war, dass ein zivilgesellschaftliches Gegengewicht den Hegemoniebestrebungen seitens des deutschen Rechtsextremismus entgegenwirken kann. Das damit verbundene Ziel ist sozusagen auch die Einschränkung der Handlungsräume und Handlungsmächte des Rechtsextremismus. Viele Civitas-Projekte, also z.B. Mobile Beratungsteams, aber auch die Netzwerkstellen, sind zweitens mit dem Gedanken herangegangen, dass vernetztes Arbeiten, aufeinander abgestimmtes, kooperatives oder kooperierendes Arbeiten, die Effekte von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus wesentlich verbessern kann.

Auf dieser Grundlage können die Civitas Projekte in der Tat Ergebnisse und Erfolge vorweisen.

Aus Sicht der Mobilien Beratungsteams konnten vielerorts fachliche Herangehensweisen an das Problemfeld Rechtsextremismus befördert und eine vernetzte Problembearbeitung unterstützt werden. Ein Beispiel für fachliches Herangehen: Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern haben mir jüngst berichtet, wie z.B. der Kreisjugendring auf Rügen kontinuierlich seine Kompetenzen im Themenfeld Rechtsextremismus mit Hilfe der Mobilien Beratung aufgebaut hat. Am Anfang des Programms wurden zunächst erste Informationsveranstaltungen herangeholt. Daraus ergab sich erst einmal die Beantwortung der Frage: *Was kann man über Rechtsextremismus wissen, was muss man wissen?* Das waren die typischen Zwei-Stunden-Veranstaltungen, die den Auftakt für viele weitere Maßnahmen bildeten. Das hat sich dahingehend weiterentwickelt, dass sie an Argumentationstrainings teilgenommen haben und schließlich in Trainingsformen gehen, in denen der Kreisjugendring auch das eigene Demokratieverständnis abklopft, überprüft und festigt. Dies geschieht mit dem Hintergedanken, dass man ein eigenes Demokratieverständnis formulieren muss, wenn man gegen Rechtsextremismus wirksam vorgehen will. Das meine ich

mit einer fachlichen Herangehensweise, die sich über die Jahre entwickelt hat. Da zeigt sich: Das wurde über Jahre kontinuierlich durchlaufen und braucht auch viel Zeit.

Ein anderes Beispiel: Ich will jetzt nicht Rundumschläge machen, aber vielerorts ist die Dominanz in der Jugendarbeit, die rechtsextreme Kader unmittelbar auf die Jugendsozialarbeit noch Ende der 90er Jahre hatten, so heute nicht mehr vorhanden. Ich will nicht sagen, dass es jetzt überall problemfrei zugeht, aber dort, wo die Handlungsrahmen und die Rahmenbedingungen für fachliche Arbeit in der Jugendsozialarbeit gegeben sind, kann der Einfluss der rechtsextremen Kader zurückgedrängt werden zugunsten einer präventionsorientierten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, mit denen auch gearbeitet werden muss. Jedenfalls arbeiten Mobile Beratungsteams mit einer ganzen Reihe von Einrichtungen zusammen, denen das gelungen ist.

Das waren nur zwei Blitzlichter aus dem Handlungsrahmen der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Wie in diesen Beispielen war es einer Vielzahl einzelner Akteure und Institutionen möglich, in ihrer unmittelbaren Arbeit Erfolge zu erzielen.

Ich denke, auf der Ebene des Gemeinwesens ist es wiederum gelungen, vielerorts für eine Aktivierung dort zu sorgen, wo bisher wenig gelaufen ist. Es gibt heute Projekte in der Sächsischen Schweiz. Es gibt heute z.B. im Landkreis Demmin Aktionen. Da haben sich der Präventionsrat, der Landrat und die Jugendhilfe zusammengetan, um eine Sozialraumanalyse in Auftrag zu geben. Dort soll ermittelt werden, wie aus der Perspektive von Jugendlichen das Demokratiepotezial im Landkreis gestärkt werden kann, welche Vorstellungen und Ziele Jugendliche eigentlich mit einem demokratischen Gemeinwesen im Landkreis Demmin verbinden.

Das ist ein Beispiel dafür, dass dort, wo bisher wenig oder gar nichts gelaufen ist, auch aufgrund und mit der Unterstützung von Civitas-Projekten etwas initiiert wurde.

Gerade auf dieser Gemeinwesenebene ist allerdings auch noch zu bilanzieren, und ich denke, das deckt sich auch mit dem, was in der Evaluation herausgefunden wurde, dass dort, wo die Regelinstitutionen strukturell schwach ausgebildet sind, die Arbeit sehr, sehr schwierig bleibt. Wo ein Sozialpädagoge für sechs Jugendklubs gleichzeitig zuständig ist, kann keine fachliche Arbeit und auch keine fachliche Beratung stattfinden.

Das sind dann eben genau die Leerstellen, wo die Regelstrukturen fehlen, wo dann auch rechtsextreme Freizeitangebote – also rechtsextreme Klettergruppen u.ä. oder einfach nur die örtliche Peergroup – hineinstoßen können und auch durchaus erfolgreich in einigen Regionen agieren. Es gibt also positive Seiten, aber nach wie vor auch negative Seiten.

Deswegen ist der Erfolg der Netzwerk- und Beratungsarbeit auch mit von funktionierenden regulären Institutionen in Kommunen abhängig. Bei Kommunen, die von Schulschließungen, brachliegenden Jugendhilfestrukturen oder einfach nur von der kommunalpolitischen Mängelverwaltung gekennzeichnet sind, geht es für uns häufig nur darum, Aufbauarbeit zu leisten, demokratische Kerne zu sichern, die dann wiederum als Anlaufpunkte für weitere Aktivitäten dienen können. Aber das hat natürlich erst mal nichts mit dieser hehren Idee gemein, *wir vernetzen jetzt alles, was es gibt, und es läuft von selbst*, sondern es ist in der Tat ein sehr isoliertes Arbeiten, zumal häufig auch die kommunalen Eliten, also die Bürgermeister, Schuldirektoren und Pfarrer, kein Verständnis dafür haben, dass ein demokratisches Gemeinwesen auch entwickelt werden kann. So bleiben die einzigen Aktiven in kleineren Kommunen mitunter auch sehr vereinzelt. Da geht es dann manchmal nur darum, Strategien des Selbstschutzes zu entwickeln und einen schonungs-

vollen Einsatz der persönlichen Ressourcen zu unterstützen, damit ein derart isolierter Akteur nicht verzweifelt. Das ist dann eine ganz andere Ausrichtung der Beratung.

Also, Kooperation ist neben den Regelstrukturen ein ganz wichtiger zweiter Punkt. Es ist einfach eminent wichtig, ob ein Schuldirektor etwas an seiner Schule zulassen will, ob er jemanden von außen ran lässt, ob er über dieses Thema überhaupt nachdenken will. An einer Schule kann man unglaublich viel tun, auch ohne großen Mitteleinsatz. Wenn dieser Kooperationswille nicht da ist, kann man noch so schöne Programme auflegen, sie werden erst mal an dieser Schule nichts bewirken können.

Deswegen finde ich es ganz wichtig, die Regelförderung für Regelstrukturen weiterhin aufrecht zu erhalten und nicht gegen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus auszuspielen. Gerade im Jugendbereich ist das leider immer wieder Tatsache, dass aus dem einen Topf etwas weggenommen und in den anderen Topf hinein geschoben wird. Das ist natürlich eine sehr ungünstige Entwicklung.

Zuletzt möchte ich die Ebene der Länder in meine Bilanz mit einschließen. Da schließe ich so ein bisschen an das an, was Dominique John eben gesagt hat. Es hat sich aus unserer Sicht gezeigt, dass, wenn eine Arbeit kontinuierlich - und wir haben jetzt fünf Jahre hinter uns - geschehen kann, und wenn es gelingt, wichtige gesellschaftliche Kräfte in die Arbeit einzubinden bzw. wenn der Wille dieser wichtigen gesellschaftlichen Kräfte auf Landesebene da ist, so eine Arbeit zu unterstützen - sie sich dann gut in den Bundesländern etablieren kann. Selbst in Thüringen, wo die Ignoranz gegenüber den Maßnahmen gegen Rechtsextremismus des Bundes am größten war, scheint sich die kontinuierliche Arbeit auszuzahlen. Es gibt jetzt nach vielen Jahren und Dank der Arbeit des Trägervereins des Mobilen Beratungsteams in Thüringen (MOBIT e.V.), in dem die evangelische Kirche mit beteiligt ist, außerdem Gewerkschaften, jüdische Landesgemeinde und viele wichtige Landesinstitutionen mehr, die Aussicht auf eine Co-Finanzierung im nächsten Jahr für das Mobile Beratungsteam. Dies konnte nur gelingen weil sich die Akteure in Thüringen, trotz jahrelangen Widerstandes der thüringischen Politik, nicht davon abbringen lassen, dass dieses Beratungsangebot in Thüringen gebraucht wird. Nun gibt es also erste Signale aus der Thüringischen Landesregierung, die endlich auch konkretisiert werden müssen. Warten wir mal ab.

Aber ich denke, hier ist ein Vergleich zur Opferberatung in Thüringen, was die Landesebene anbetrifft, recht interessant: Nachdem in Thüringen eine Opferberatung etabliert wurde, gab es mitten im Initiierungsprozess einen Trägerwechsel. Ein neuer Träger musste ganz von vorne anfangen und konnte folglich nicht kontinuierlich das Bohren dicker thüringischer Bretter in Angriff nehmen. Entsprechend prekär ist auch das Setting des Themas „Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ in Thüringen.

Wenn es also auch in Thüringen so kommen sollte, haben wir in ganz Ostdeutschland, mit Ausnahme der Opferberatung, eine Co-Finanzierung von Landesseite, auch - das ist besonders bemerkenswert - in den CDU-geführten Landesregierungen. Selbst dort, wo die CDU in der Opposition ist, z.B. Mecklenburg-Vorpommern, gibt es eine grundlegende Zunahme der Akzeptanz des zivilgesellschaftlichen sekundären Präventionsansatzes.

Vor diesem Hintergrund kann ich diese These auch nur noch mal bekräftigen, die Dominique John eben aufgestellt hat, dass die Idee der rot-grünen Bundesregierung, ein Bundesprogramm von oben zu implementieren, gelungen ist. Das zeigt einfach die Empirie. Ich will es jetzt auch nicht schön malen. Viele gute Projekte, gerade im Modellprojektbereich, hängen nach wie vor in der Luft. Da ist vieles im Argen. Aber vom Grundsatz her hat es sich gezeigt, dass es möglich ist, als Bundespolitik solche Maßnahmen zu imple-

mentieren. Es bleibt ein großer Webfehler des Programms Civitas, dass praktisch diese Lobbyarbeit und die Politikimplementierung im Land den Projekten und Trägern überlassen blieb. Hier war eine massive Überforderung der Projekte zu spüren. Für Lobbyarbeit auf Landesebene wurde sehr viel Zeit verwandt. Das geht natürlich ganz klar von der Projektarbeit ab. Da ist einfach viel Kraft verloren gegangen in den letzten Jahren.

Trotz dieser Erfolge in den Ländern bleibt skeptisch zu bewerten, wie sich die Länder weiterhin bei den Bundesprojekten engagieren werden. Es gibt verschiedene Gründe, warum nicht abzusehen ist, dass es eine komplette Übernahme der Strukturprojekte oder der Civitas-Projekte im nächsten Jahr geben wird. Die finanzielle Lage der Länder ist so prekär, dass sich bezweifeln lässt, dass auch diese landespolitische Anerkennung der Rechtsextremismusproblematik wirklich krisenfest ist. Ich weiß nicht, wenn in Sachsen die NPD aus dem Parlament wieder herausfliegen sollte, ob dann das Interesse der CDU auch weiterhin so ist, wie es heute der Fall ist.

Deswegen denke ich schon, dass der Bund auch weiter in der Position bleiben wird, Signale zu setzen: *diese Programme sind wichtig*. Und dieses Signal sendet er damit, dass er auch weiterhin in dieser Finanzierungsstruktur bleibt. Ich denke, dass gerade das Rechtsextremismusproblem als gesamtgesellschaftliches Problem auch solcher Lösungsansätze bedarf, die gesamtgesellschaftlicher Natur sind. Insofern ist es ja auch von diesem Verständnis her eine Bundesfrage. Das zweite ist, dass durch diese Bundesförderung auch Netzwerke, Austauschgremien und Fachaustausch geschaffen werden konnten, die einen Qualitätsschub bedeuteten, der dazu geführt hat, dass die Arbeit standardisiert wurde, dass es einen regen Austausch gab über Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Beratungsarbeit. Es sind Bundesnetzwerke entstanden. Jüngst hat sich z.B. die „Bundesarbeitsgemeinschaft für Demokratieentwicklung“ in Berlin gegründet. Da ist viel entstanden, obwohl es weitaus mehr sein könnte. Wie gesagt, das jeweils von der Beratungsarbeit abzuknapsen, ist im Einzelnen sehr schwierig.

Abschließend bleibt die skeptische Bewertung, was die Kommunalisierung der Förderpolitik bedeutet, die in diesem neuen Programmentwurf angelegt ist. Sicherlich, wir müssen für eine kommunale Anbindung der Projekte sorgen. Weil wir aber alle wissen, wie es läuft, wenn es Bundesmittel gibt und die Kommune Möglichkeiten sieht, das in ihre Regelstrukturen zu gießen, kann es aber nicht alleine den Kommunen überlassen bleiben, die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu diktieren. Die Frage bleibt, *was ist mit diesen älteren Modellprojekten, was ist mit den Netzwerkstellen? Was ist mit den Beratungsprojekten, die schon ein fachliches Profil in den letzten fünf Jahren entwickelt haben? Kann das unter diesen Umständen erhalten bleiben, wenn es diese starke kommunale Verankerung geben soll?* Ich denke, die Kommunen werden da ihre eigenen Vorstellungen haben. Insofern sehe ich bilanzierend doch sehr stark die Gefahr, dass es zu einer Gefährdung dieses Qualitätsprofils der letzten fünf Jahre kommen kann. Wenn der Bund an seiner Strategie der kompletten Kommunalisierung festhält, werden die gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen der letzten Jahre verworfen. Die Ergebnisse, Erfolge und die vielen ersten Schritte, die gegangen wurden, werden damit in Frage gestellt.

**Sven Forkert**, Koordinator Extremismus der Stadt Pirna

Wir haben heute ein ganz spezielles Thema: Rechtsextremismus. Ich bin seit dem 1. November vergangenen Jahres bei der Stadtverwaltung Pirna tätig, habe davor bei der Aktion Zivilcourage gearbeitet, wo ich immer noch ein bisschen ehrenamtlich mitmache. Pirna ist sozusagen die Hauptstadt in der Sächsischen Schweiz. Ich habe nicht gewusst, dass heute so viele Sachsen kommen.

Ich habe noch mal einen ganz kleinen Abriss vorbereitet. Das ist vielleicht gar nicht so schlecht, um das Thema Kontinuität noch mal zu beleuchten. Denn die Kontinuität von rechtsextremer Seite ist einfach schon sehr lange gegeben. Deshalb können wir auch nicht mit kurzem Atem dagegen angehen. Zweitens werde ich jetzt wahrscheinlich auch ein bisschen zum Spielverderber in der Runde. Die Sächsische Schweiz ist aber auch ein spezielles Beispiel, weil da natürlich gewisse regionale Anbindungen an Kommunalpolitik und kommunale Behördenstrukturen schon da sind. Sehen wir das insofern mal als positives, ermutigendes Beispiel, denn das ist es auch.

**Bilanz der Arbeit gegen  
Rechtsextremismus**

aus Sicht der Sächsischen Schweiz

Sven Forkert  
Koordinator gegen Extremismus im Landkreis Sächsische Schweiz  
(Stadtverwaltung Pirna)

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der  
Bundesprogramme  
gegen  
Rechtsextremismus“

Vor die Wende will ich jetzt gar nicht schauen. Auch da finden wir rechtsextreme Ansätze auch in der Sächsischen Schweiz. Ich bin aber vielleicht noch zu jung, um den allgemeinen Überblick zu geben.

**Bilanz der Arbeit gegen  
■ Rechtsextremismus**

**Entwicklung der Szene seit  
1990 in der Sächsischen  
Schweiz**

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der  
Bundesprogramme  
gegen  
Rechtsextremismus“



1991 war die Gründung der Wiking-Jugend, man kann sagen, die 70 Mitglieder in Sachsen sind zu vernachlässigen, aber auch da gab es schon eine aktive Ortsgruppe in Königstein an der Elbe in der Sächsischen Schweiz. Dort wohnt Uwe Leichsenring, vielleicht bekannt als sächsischer NPD-Landtagsabgeordneter (*im August 2006 tödlich verunglückt, die Red.*). Auch dort gleich der Querschläger: So sehr ich es hoffen würde, ich befürchte, die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird sich nicht so schnell verabschieden. Es wäre natürlich nett, aber ich denke, die haben sich da entsprechend über Jahre festgesetzt. Diese Entwicklung möchte ich gern noch ein Stückweit aufzeigen.

**■ Wiking Jugend (WJ)**

- Anfang 1991 Gründung Wiking Jugend
- nur 70 Mitglieder in Sachsen, jedoch aktive Ortsgruppe Königstein
  - Frank-Rennicke-Tour
  - Gepäckmärsche zur militärischen Ausbildung / wehrsportliche Ertüchtigung
  - eigene Publikation „Trotzkopf“



26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der  
Bundesprogramme  
gegen  
Rechtsextremismus“



Auch damals gab es schon die Aktivitäten, die man kennt: eigene kleine Publikationen, Fanzines, militärische Wehrsportübungen, Frank-Rennicke-Konzerte, Musikkultur sozusagen. Alles das war auch damals schon üblich. Auf der nächsten Folie lesen Sie ein Zitat von 1994, das die Zielrichtung zumindest am Schluss gut bringt, *Militanz und Gewalt sozusagen als Grundbedingung eines jeden Lebens*.



■ **Wiking Jugend (WJ)**

„Spießerschreck“ Nr. 2, März 1994:

„Ein Demokrat bleibt immer in seinem System eingebunden und ergreift nur Lösungsmöglichkeiten, die er mit seinem System der Demokratie vereinbaren kann. (...) Volkstreue und heimatliebende Menschen aber erkennen nur die Gesetze der Natur an, und **diese verbieten nicht Militanz und Gewalt, sondern sie machen sie zur Grundbedingung eines jeden Lebens überhaupt.**“

Verfassungsschutzbericht 1994, S. 31

WJ am 10. November 1994 verboten

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

1994 wurde dann die Wiking-Jugend verboten. Das hieß aber nicht, dass der Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz zu Ende war. Weitere Kameradschaften in Pirna, wie z.B. die „Nationale Offensive“, die auch 1992 für mehr Arbeitsplätze für Deutsche in einer anderen Stadt in der Sächsischen Schweiz demonstrierte, entstanden. Wir haben immer noch einen Ausländeranteil von unter zwei Prozent in der Sächsischen Schweiz.



■ **andere Gruppierungen Anfang der 90er**

- Kameradschaften:
  - Kameradschaft Pirna
  - Kameradschaft Sächsische Schweiz
- Nationale Offensive (NO)
  - Kreisverbände in Dresden und in Pirna/Sebnitz
  - 1992 Demonstration „Mehr Arbeitsplätze für Deutsche“ in Neustadt
- bei polizeilichen Untersuchungsmaßnahmen auch Propaganda der Nationalen Front (NF) sichergestellt

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Dann gleich zur NPD gesprungen, sozusagen zur Parteischiene, die sich 1990 aktiv betätigt hat. 1991 ist der Kreisverband gegründet worden. Damals war auch schon Uwe Leichsenring federführend, also jemand, der seit anderthalb Jahrzehnten in der Sächsischen Schweiz die NPD organisiert und einfach immer ein klares Ziel vor Augen hatte, was eben dann im September 2004 mit dem Einzug in den Landtag schon mal zu einem großen Stück erreicht wurde.

Der Wahlkampf war auch immer ziemlich personalisiert, auf dem Plakat steht nicht „NPD“, sondern „Uwe“, den man eben als den Uwe aus dem Ort kennt. Genauso auch der zweite Abgeordnete im Sächsischen Landtag, Johannes Müller, der aus Sebnitz kommt, einer anderen kleinen Stadt in der Sächsischen Schweiz und dort eben vor Ort bekannt, beliebt, angenommen und akzeptiert ist.



■ **NPD Kreisverband**

- bereits seit 1990 aktiv
- 8. November 1991 Kreisverband Pirna/Sebnitz in Bad Schandau gegründet
- Kreisgeschäftsführer: Uwe Leichsenring (ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender)

Bürgermeisterwahlkampf 2001



26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Der nächste besondere Fall in der Sächsischen Schweiz ist, dass die NPD schon immer eng mit den Kameradschaften zusammengearbeitet hat. Da gibt es sozusagen Leute aus freien Kameradschaften, die NPD-Mitglied sind oder Positionen bekleiden oder anders herum da sozusagen eine Unterstützung der Kameradschaften durch die Partei besteht.



**■ Verbindungen Kameradschaften & NPD**

- Vorsitzender Kameradschaft Sächsische Schweiz WJ-Mitglied Michael Wiegand
- NPD-Beitritt und mit Leichsenring Stadtrat in Königstein
- seit 1991 Kameradschaft Pirna (JC „Sky West“)
  - Sozialarbeiter betreute Klientel, um Personen nicht vollständig abgleiten zu lassen
- 1996 Gründung „Skinheads Sächsische Schweiz“
  - teilweise ehemalige WJ-Mitglieder

**Sächsische Schweiz: Seit der Wende gewachsene, rechtsextreme Strukturen.**

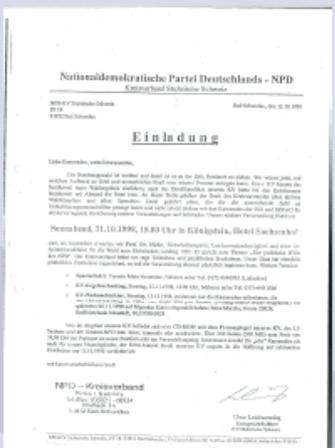
26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit ist die Einladung, die der Aktion Zivilcourage zugespielt wurde, wo die NPD der SSS und SSSAO für die hervorragende Absicherung ihrer In-foveranstaltung dankt.



**■ Verbindungen Kameradschaften & NPD**

„(...) danken wir den Kameraden der SSS und SSS/AO für die hervorragende Absicherung (...)“



26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Die SSS ist wahrscheinlich das bekannteste Beispiel von Rechtsextremismus aus der Sächsischen Schweiz. Da ist gerade wegen der Fortführung wieder ein Prozess beim Landgericht Dresden gegen den vermeintlichen Rädelsführer Thomas Sattelberg am Laufen, den wir rechts unten mit seinem Anwalt sehen.

**pirna**

■ **Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)**



26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Mal schauen, was der Prozess bringt. Dieser Prozess zeigt, dass trotz Verbot, trotz staatlicher Verfolgung die Aktivitäten fortgeführt werden. Es wird also immer weiter gemacht, egal, was für ein Druck staatlicherseits geschaffen wurde.

Die Thematisierung des Problems Rechtsextremismus kann man Ende der 90er Jahre in der Sächsischen Schweiz mit dem Verein Aktion Zivilcourage und später dann dem Netzwerk Sachsen verfolgen. Auch die Gedenkstätte Pirna Sonnenschein möchte ich nennen, die als Euthanasiegedenkstätte schon Mitte der 90er Jahre zumindest den geschichtlichen Teil in der Stadt Pirna thematisiert.

**pirna**

■ **Thematisierung**

seit Ende der 90-er Jahre

- Aktion Zivilcourage
- Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (NWS) e.V.
- geschichtlich, präventive Ansätze seit 1995 über Euthanasie-Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein



26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Da ist lange Zeit doch erst mal für sich gekämpft worden. 2001 kam dann ein neuer Bürgermeister in Pirna ins Amt. Das war ein einschneidender Punkt, ab dem sich diese zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit von städtischer Seite stark verändert hat, wo die Pirna-Initiative für Zivilcourage initiiert wurde und wo man sich auch mit dem mobilen Beratungsteam und der Aktion Zivilcourage zusammen an einen Tisch gesetzt hat, um die Probleme wenigstens erst mal zu erörtern. Das ist sozusagen die Geschichte, die dahinter steht bis zur neuen Qualität, auf die ich schlussendlich hinaus will.

**pirna**

■ **Akzente der Stadt Pirna**

Juni 2002: Gründung der „Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage“ unter Schirmherrschaft des neuen Oberbürgermeisters Markus Ulbig

- Kern- bzw. Steuerungsgruppe
- AG Lagebild
- AG Markt der Kulturen
- AG Kinder, Jugend und Schulen





26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Die Stadt hat immer schon eigene Akzente gesetzt, aber stets in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Kräften, die vor Ort waren. Diese waren eine wichtige Unterstützung, weil allein eine Stadtverwaltung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus gar nicht von vornherein die Qualität haben kann und gern auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure zurückgegriffen hat, selbst aber auch die Bereitschaft dazu hatte. Das muss vor Ort gegeben sein. Pirna ist da ein glücklicher Fall.

**pirna**

■ **Akzente der Stadt Pirna**

- Spezialisierung des Kriminalpräventiven Rates 2002
- offener Umgang gegenüber Medien
- Friedenskundgebung „5 vor 12“ 2003




26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Man hat es z.B. geschafft, einen Treff von Rechtsextremisten, der sich installieren wollte, durch ein abgestimmtes geschicktes Agieren zu verhindern, was sehr wichtig war.

**pirna**

■ **Akzente der Stadt Pirna**

Verhinderung des Aufbaus eines rechtsextremistischen Treffs  
(inklusive Laden & Veranstaltungsraum)



26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der  
Bundesprogramme  
gegen  
Rechtsextremismus“

Seit 2004 hat man auch zwei NPD-Abgeordnete im Stadtrat sitzen. Da wurde sofort versucht einen Konsens unter den demokratischen Fraktionen zu schaffen, dass man die einfach nicht gewähren lässt. Wir haben zwar in Pirna das Glück, dass die beiden Abgeordneten vielleicht nicht so die Qualität haben wie Herr Leichsenring, aber nichtsdestotrotz sollte man da auch keine Luft ranlassen. Mit denen ist sofort entsprechend umgegangen worden, dass sie da keine Bühne finden und ihnen sofort Paroli geboten wurde, was sehr wichtig ist.

Man hat auch gesagt, man macht so ein Training für demokratische Kompetenzen mal mit den Stadträten und teilweise mit Verwaltungen, um da auch sich selbst immer wieder Argumente zu geben und besser agieren zu können.

**pirna**

■ **Akzente der Stadt Pirna**

- Umgang im Stadtrat mit NPD-Räten
- Ausstellungen
  - Aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa
  - „In guter Verfassung“
  - „Der gelbe Stern“
- Workshop „Training für demokratische Kompetenzen“ für Stadträte und Verwaltung

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der  
Bundesprogramme  
gegen  
Rechtsextremismus“

Im letzten Jahr gab es dann wieder sehr extreme Überfälle und Körperverletzungen, die am Kiessee und beim Stadtfest vorgekommen sind. Da gab es entschiedenen Handlungsbedarf, wo sich kreisweit zur Thematik noch mal abgestimmt wurde, was eigentlich schon längst fällig war, wenn man sieht, wie lange sich Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz entwickelt hat. So kam in dieser neuen Struktur ein Schulterschluss zwischen den Behörden zusammen, so dass der Landrat, der OB von Pirna und der Polizeichef der Polizeidirektion eine Steuerungsgruppe gegründet haben, wo man sich zum Vorgehen abstimmen konnte. Man hat das Sächsische Staatsministerium mit ins Boot bekommen, den Verfassungsschutz usw.

**pirna**

### neue Gewalttaten & Beitrag

■ „Kontraste“ Juli 2005

- Körperverletzung vom September 2004
- Markt der Kulturen Mai 2005
- Ereignisse Kiessee Pirna-Copitz (Mai '05) und am Bahnhof während des Stadtfestes (Juni '05)
- 28.07.2005: ARD/rbb "Kontraste"

➔ **Schulterschluss der Behörden und Gründung der Steuerungsgruppe gegen Extremismus durch Oberbürgermeister Ulbig, Landrat Geisler und Polizeipräsident Liebenow im August 2005.**

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

**pirna**

### Organigramm Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage

The diagram illustrates the organizational structure of the Pirna Initiative against Extremism and for Civil Courage. At the top is the **Steuerungsgruppe** (Steering Group), which includes the Landrat, Mayor of Pirna, Chief of Police, and various state and regional authorities. Below this is the **Organisationsebene (AG Extremismus) Prävention und Repression**. This level is supported by several focus areas: **Schwerpunkt Schulen**, **Schwerpunkt Jugendarbeit**, **Schwerpunkt Gemeinde A**, **Schwerpunkt Jugendclub X**, and **Schwerpunkt Veranstaltungsorte**. On the left side, there are three boxes representing **AG Markt der Kulturen**, **AG Bürgerbriefe**, and **wichtige ehrenamtliche Projekte**, all of which have arrows pointing towards the focus areas. The entire structure is enclosed in a dashed box labeled **Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage**.

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

Da gibt es nun eine Arbeitsebene, an der die zivilgesellschaftlichen Vertreter genauso wie die Behördenvertreter mitwirken. Die nennt sich AG-Extremismus.

Dort sehen wir schon und kommen auch auf den Kern der Bundesprogramme, die über Jahre ja überhaupt nur die Arbeit von Vereinen, mobilen Beratungsteams möglich gemacht haben. Die arbeiten da auch drin mit und sind ein wichtiger Teil. In dieser AG Extremismus wird sich über die aktuellen Themen, die aktuellen Probleme, die anstehen im Landkreis, abgestimmt und es wird versucht, auch konkrete Handlungsansätze zu finden.

Ich habe da auf der folgenden Folie mal einen roten Punkt davor gemacht, wer sozusagen derzeit auf Bundes- und Landesförderung angewiesen ist. Da würde uns ein entsprechend großer Teil wegfallen. Wir haben das mobile Beratungsteam im Regierungsbezirk Dresden, die in Pirna ihren Sitz haben und in der Sächsischen Schweiz mit aktiv sind, die Aktion Zivilcourage, den Jugendring Sächsische Schweiz, eine Politikberatung, die Opferberatung der RAA, ein Projekt in Reinhardtsdorf-Schöna. Es gibt also auch eine Menge in der Sächsischen Schweiz, das muss man Gott sei Dank immer wieder feststellen. Aber all das würde wegfallen. Selbst wir von der Verwaltung haben immer wieder in Kooperation mit verschiedenen Trägern auf Bundesmittel für Projekte zurückgegriffen. All das würde wegfallen.



■ **AG Extremismus** (rot: Unterstützung durch Bundesprogramme)

- Polizeidirektion Oberes Elbtal – Osterzgebirge
  - PD-Leitung & Leiter Staatsschutz
- Polizeirevier Pirna
- Polizeirevier Sebnitz
- Bundespolizeiinspektion
- Landesamt für Verfassungsschutz
- Landratsamt Sächsische Schweiz
  - Bereich Jugend und Soziales
  - Fachabteilung Ordnung – Sicherheit – Verkehr
- Stadtverwaltung Pirna
  - Leiter Büro Oberbürgermeister
  - Fachgruppe Bürgerangelegenheiten, Ordnung und Sicherheit
- Schulleitungen der MS Königstein und Goethe-MS Pirna
- evangelischer und katholischer Pfarrer
- Mobiles Beratungsteam Regierungsbezirk Dresden
- Aktion Zivilcourage e.V.
- Jugendring Sächsische Schweiz e.V./Projekt JugendLand
- Opferberatung der RAA Sachsen
- Sozialarbeiterin des Caritas-Projekts Dorferneuerung Reinhardtsdorf-Schöna
- Sozialarbeiter der Stadt Pirna
- Kriminalpräventiver Rat (Stadtverwaltung Pirna)

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der  
Bundesprogramme  
gegen  
Rechtsextremismus“

Ich kann mir schwer vorstellen, wie es 2007 dann aussieht. Die Rechtsextremen haben weiterhin ihr Ziel vor Augen, werden davon auch nicht abrücken. Herr Leichsenring hat im Bundestagswahlkampf im letzten Jahr am Infostand noch gesagt, dass er die 66,6 Prozent anstrebt. Ich glaube nicht, dass er da so nah dran ist, aber man sieht die 15 Jahre Entwicklung, wie sie immer weiter gekommen sind und wie sie es 2004 geschafft haben, in den Landtag einzuziehen.

Trotz erster Erfolge, die ich auch spüre, haben wir noch einen weiten Weg vor uns, der auch – glaube ich – nirgendwo wirklich enden kann. Ich denke, es wäre verheerend für das, was geschaffen worden ist und derzeit an Bemühungen existiert, wenn es die entsprechende Unterstützung nicht mehr gäbe.



■ **Stand der Zusammenarbeit und Schwerpunkte**

- Lesungen „Moderne Nazis“ mit Toralf Staud
- Fachtagung „Langfristig initiieren – bürgerschaftliches Engagement für Demokratie“ (Fokus: BürgermeisterInnen des Landkreises)
- „Bürgerbriefe“ der Pirnaer Initiative
- Jugendklubs mit rechtsextremen Auffälligkeiten
- Veranstaltungs-/Konzerte- der rechtsextremen Szene
- Präventionsangebote Schulen (MRT etc.)

26.06.2006, Berlin  
„Perspektiven der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“

## Diskussion zu Themenblock 1

### Monika Lazar

Ich danke allen drei Referenten sehr herzlich. Unabhängig von welchem Beispiel wir ausgehen, ob es Gegenden sind, die in der Kooperation schon sehr weit fortgeschritten sind, oder Gegenden, wo es immer noch nicht den wünschenswerten Erfolg gegeben hat, die Frage ist immer: Wie geht es weiter? Selbst die guten Projekte, trotz guter Zusammenarbeit, stehen finanziell auf der Kippe. Ich denke, da befinden wir uns bis jetzt nicht auf der sicheren Seite, was das Bundesministerium betrifft.

Wir eröffnen jetzt die Diskussion.

### Johannes Lichdi, Abgeordneter im Sächsischen Landtag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ich habe festgestellt, dass die Zahlen, die die Opferberatungsstellen herausgeben, nicht mit denen der Polizei übereinstimmen. Hierauf wird oft entgegnet: „*Wir haben diesen parteiischen Ansatz und deswegen kann das durchaus auch aus objektiven Gründen anders sein.*“ Aber ich beobachte, dass in der Öffentlichkeit die offiziellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik oder des Verfassungsschutzes die maßgeblichen sind. Diese offiziellen Zahlen liegen auch in Sachsen deutlich unter den Erhebungen der Opferberatungsstellen. Man wird das Thema nur mit dem entsprechenden Gewicht in die Öffentlichkeit tragen können, wenn es dazu eine gemeinsame Lageeinschätzung gibt. Meine Frage ist: Wie sind die Erfahrungen in anderen Bundesländern bezüglich der gemeinsamen Erarbeitung von Statistiken oder bei der Kommentierung von Statistiken? Wie müsste aus Sicht der Opferberatungsstellen ein Ansatz aussehen, um mit der Polizei in ein Gespräch zu kommen? Was könnten wir als Landtagsfraktion dazu beitragen?

### Dominique John

Die Statistiken zu der Anzahl der Opfer rechter Gewalt sind ein umkämpftes Feld. Wir dürfen uns nichts vormachen. Es handelt sich dabei um Zahlen, die dadurch zustande kommen, dass Straftaten interpretiert werden. Es gibt ganz selten Straftaten in „Reinform“. Die Zuordnung ist immer auch eine Frage der Interpretation.

Alle Opferberatungsstellen orientieren sich inzwischen an den Vorgaben, an denen sich eigentlich auch die Landeskriminalämter orientieren sollten, nämlich an den Vorgaben, die 2001 von den Innenministern der Länder zusammengefasst und verabschiedet worden sind. Trotzdem kommen Beratungsstellen und Polizei zu unterschiedlichen Einschätzungen. Dafür gibt es mehrere Gründe.

So spielt sicherlich eine Rolle, dass die Opferberatungsstellen unabhängig sind und eine parteiische Beratung machen. Das heißt, sie orientieren sich stark an Opfern und damit an deren Darstellung. Zum anderen erleben wir es auch immer wieder, dass bei einzelnen Polizeidienststellen eine gewisse Zurückhaltung zu verzeichnen ist, rechts motivierte Straftaten als solche zu kategorisieren. Das hat zum Teil etwas damit zu tun, dass sie dadurch intern Folgeprobleme auslösen. Die Bearbeiter haben dann schlicht mehr Arbeit. Außerdem kommt es vor, dass in einer Kommune, in der schon relativ viel passiert ist, es ein politisches Interesse geben kann, das Thema rechter Gewalt mit mehr Zurückhaltung

zu bearbeiten. So kann man sich zum Beispiel vorstellen, dass ein Landrat sich bei der Polizei meldet und signalisiert, *Leute, seid mal ein bisschen vorsichtiger jetzt mit euren Kategorien, die Zeitungen schreiben schon schlecht genug über uns*. Wir erleben auch immer wieder, dass vor allem Flüchtlinge und Migranten, die schlecht Deutsch sprechen, darüber klagen, bei Polizeidienststellen schlecht behandelt zu werden. Sie kommen zur Polizei, um Strafanzeige zu stellen, und werden weggeschickt oder in einer Art und Weise behandelt, die bei ihnen den Eindruck entstehen lässt, es mache keinen Sinn, eine Gewalttat anzuzeigen.

Das heißt, es gibt ein relativ breites Spektrum an Gründen für die abweichenden Einschätzungen zwischen den Statistiken der Opferberatungsstellen und den Zahlen, die von den Polizeien der Länder veröffentlicht werden. Eine öffentliche Debatte um diese Zusammenhänge ist sinnvoll. Sinnvoll ist auch, wenn regelmäßige Anfragen in den Landtagen gestellt werden, wie z. B. in Brandenburg, wo dies monatlich stattfindet. Dieses Material wiederum dient den Opferberatungsstellen dazu, einen Überblick darüber zu bekommen, in welchen Landkreisen die Polizei von rechtsextrem motivierten Straftaten ausgeht. Die Falldaten können dann auch seitens der Opferberatungsstellen mit denen der Polizei abgeglichen werden.

### **Monika Lazar**

Ist eine Tendenz zu beobachten, dass sich diese unterschiedlichen Zahlen annähern? Vorhin wurde ausgeführt, dass es auch auf staatlicher Seite bereits eine Sensibilisierung gibt, so dass sich vielleicht durch die Interventionen oder Hinweise der Opferberatungsstellen in den Dienststellen etwas weiterentwickelt hat, nicht dass sich dann in der Unendlichkeit die Parallelen plötzlich treffen, aber dass es immerhin doch Hoffnung gibt.

### **Dominique John**

Es gibt auch durchaus positive Tendenzen. Ich will das mal an einem Vergleich verdeutlichen zwischen Brandenburg und Thüringen oder Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Da zeigen sich nämlich deutliche Unterschiede. So gibt es zwar auch in Brandenburg viele Probleme; ich will das nicht schön reden. Aber in Brandenburg gibt es die Arbeit der Opferberatung und der mobilen Beratungsteams, also diese beiden Ansätze, deutlich länger als in den anderen Bundesländern. Durch meine Arbeit als Koordinator der Opferberatungsstellen berichten mir die Kollegen und Kolleginnen aus Thüringen oder Sachsen-Anhalt immer wieder von den Auseinandersetzungen, die sie bezüglich der Einschätzung zu rechtsmotivierten Gewalttaten mit zuständigen Polizeidienststellen zu führen haben. Dabei drängt sich mir immer wieder der Eindruck auf, dass das Niveau derartiger Auseinandersetzungen in Brandenburg – und ich arbeite primär in Brandenburg – höher zu sein scheint. Ich führe das auf die Tatsache zurück, dass es in Brandenburg seit langer Zeit Beratungssysteme gibt, die recht gut funktionieren und die Mechanismen bestärken, die eben auch solche Debatten positiv verändern können.

Daher möchte ich unterstreichen, dass es sinnvoll ist, solche Debatten öffentlich zu führen. Es zeigt sich nämlich, dass da, wo diese Debatten und die damit einhergehenden Konflikte offen geführt und ausgesprochen werden, die Dinge in Bewegung geraten und durchaus eine Verbesserung der Situation zu erzeugen ist.

## **Monika Lazar**

Gibt es vielleicht innerhalb eines Landes einen Austausch auf staatlicher Ebene, der vielleicht noch von eurer Seite angeschoben wird bzw. treten die Zuständigen untereinander selbständig in Kontakt und tauschen Erfahrungen aus?

## **Dominique John**

Was wir in Brandenburg gemacht haben, ist, dass wir das Landeskriminalamt und die Polizei - man könnte sagen - etwas vor uns hergetrieben haben. Wir haben Zahlen und Fakten kontinuierlich veröffentlicht. Erst meinten sie: *Das interessiert uns nicht*. Inzwischen kommen sie nicht mehr drum herum, daran ein großes Interesse zu haben, weil sie öffentlich damit konfrontiert werden. Das führt dazu, dass man auf der Ebene des Landeskriminalamtes, aber auch auf der Ebene des Justizministeriums, regelmäßig unsere Chronologie durchgeht, um Fälle zu identifizieren, die wir - aber nicht sie - als rechtsmotiviert eingestuft haben. Das wird nicht freiwillig gemacht, sondern geschieht durch einen gewissen öffentlichen Druck.

Dieser Prozess der Überprüfung und Verständigung ist nicht konfliktfrei. Aber er verändert etwas im Herangehen der damit befassten Leute. Dies kann dazu führen, dass sich auf der unteren Ebene - der Falleingangsphase, also bei den Beamten, die sich als erstes mit dem Fall beschäftigen - ein anderer Referenzrahmen bildet. Man kann sich das vielleicht so vorstellen: Ein Beamter, der einen Fall nicht als rechtsmotiviert eingestuft hat, weil er sich einfach nicht so viel Arbeit machen wollte oder ihm das grundlegende Verständnis dafür fehlte, wird wohl einen vorsichtigeren Umgang mit solchen Fällen entwickeln, wenn sich später herausstellt, dass der Fall doch rechtsmotiviert war und es darum eine öffentliche Debatte gibt.

## **Angelika Thiel-Vigh**

Vielleicht ergänzend zu Dominique John: Diese unterschiedlichen Zahlen würden ja nicht so in den Blickwinkel kommen, wenn man nicht diese Differenz dazu benutzen möchte, um politisch zu entscheiden, ob man die Opferperspektive fördern möchte oder nicht. Dass es Unterschiede der Zahlen der Polizei und der Justiz gibt, hat uns lange begleitet. Jetzt findet gerade in Brandenburg die Debatte statt, ob man die Opferperspektive weiter finanzieren will oder nicht. Da zeigt sich in der Koalition eindeutig, dass die SPD sie weiterfinanzieren möchte und die CDU sich ein bisschen schwer tut. Und jetzt versucht man diese Differenz politisch zu interpretieren und auszunutzen.

In dem Moment, wo alle sehr sachlich zu Werk gehen und zulassen, dass die Differenz, wie diese Zahlen zustande kommen, einfach erklärt werden, spielt das nicht mehr den Hauptgrund. Man kann bei uns im Land Brandenburg jetzt ein bisschen feststellen, dass der Streit um die Unterschiedlichkeit der Zahlen sozusagen dazu benutzt wird zu entscheiden, ob man die Opferperspektive in Zukunft fördern möchte, ja oder nein.

## **Dominique John**

Es ist insofern wirklich ganz interessant, weil das noch mal ein Licht auf Bundes- und Landesfinanzierung wirft. Wenn wir jetzt bei der Opferperspektive, das ist die Opferbera-

tung in Brandenburg, angelangt sind, da wird recht deutlich, was ich mit *relativer Autonomie* vorhin gemeint habe. Natürlich gab es diese Auseinandersetzung über die Zahlen der Opferperspektive und die Zahlen der Polizei schon seit Jahren. Aber es ist zum ersten Mal so, wie Frau Thiel-Vigh gerade sagte, dass unsere Weiterfinanzierung im Land auch an die Aussagen der Opferperspektive geknüpft wird, die sie mit den Statistiken trifft. Das heißt, je mehr wir uns aufs Land zu bewegen, was auch die Finanzierung betrifft, umso mehr haben wir auch Schwierigkeiten, politisch zu agieren. Hier wird noch einmal deutlich, wie wichtig es ist, dass die Opferberatungsstellen in den Ländern, in denen sie arbeiten, den Rücken frei haben.

## **Referent der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag**

Ich möchte an die drei Referenten eine Frage stellen, die ein bisschen auch an das anknüpft, was Dominique John zu kommunaler Einbindung gesagt hat. Wenn ich das richtig verstanden habe, habt ihr beide gesagt, wenn man das bilanziert, dass im Prinzip die kommunale Einbindung mit allen Abstrichen besser geworden ist, dass aber da gleichzeitig auch ein Problem ist, wenn wir in die Zukunft gucken, was die Neuausrichtung der Programme angeht, die ja eine sehr starke kommunale Anbindung vorsieht.

Könnt ihr das etwas stärker differenzieren, wo diese kommunale Anbindung gelungen ist? Ist es gerade dort gelungen, wo Probleme vorhanden waren, wo das Problem Rechtsextremismus offensichtlich zutage trat? In der Arbeit der mobilen Beratungsteams ist ja oftmals das Problem vorhanden, dass das Thema als ein Imagethema behandelt wird und deswegen dort erst mal nicht so eine Aufgeschlossenheit da war. Auch noch mal an den Kollegen aus Pirna: Wie war die Debatte dort? Wurde das auch als ein Problem der öffentlichen Vermittlung wahrgenommen? Man muss nach außen deutlich machen, dass man bei diesem Thema aktiv ist. Zu welchem Zeitpunkt kam dort eigentlich diese Erkenntnis? Wie weit ist diese Anbindung, Akzeptanz im kommunalen Bereich tatsächlich gegeben? Oder hat es auch etwas mit Wellenbewegung zu tun, wie wir sie ja beim Thema Rechtsextremismus sehr oft verzeichnen, dass das Thema in der öffentlichen Debatte ist und es dann auch einen sehr starken Bezug auf dieses Thema gibt, aber gerade in der Kontinuität Initiativen dann oftmals wieder allein stehen und diese kommunale Anbindung nicht mehr haben? Alles vor dem Hintergrund, dass ein neues Programm ja diese Kommunalisierung vorsieht und damit auch genau die Gefahren verbunden sind, die von Dominique John vor allen Dingen benannt wurden.

## **Sven Forkert**

Man kann natürlich nicht sagen, dass es keine Entwicklung in der Sächsischen Schweiz gegeben hat. Ich denke auch, dass das Problembewusstsein erst mal wachsen musste, das kann ich schon aus der Vergangenheit sagen, und dass es auch noch mal wieder ein Thema ist, was als öffentlich problematisches gesehen wird. Da gibt es ja verschiedene Kräfte. Jemand vom Tourismusverband wird nicht mit wehenden Fahnen auf uns zukommen und sagen, *schon wieder das Thema öffentlich*. Das ist klar. Aber ich denke, die Qualität, die es über die Jahre bekommen hat, ist die, dass entscheidende Leute sagen: *Ja, es ist uns wichtig. Ja, wir thematisieren es auch öffentlich und gehen damit eher öffentlich um, um es auch zu ändern, als es zu deckeln*. Wie zum Beispiel der Landrat des Kreises Sächsische Schweiz und der Oberbürgermeister Pirnas. Das ist schon der Unterschied. Da gibt es immer verschiedene Strömungen und da wird auch der eine oder andere noch eine Weile

brauchen, ehe er das versteht. Es hat schon sehr lange gedauert und bei dem einen oder anderen ging es schneller. Es ist also sehr kompliziert.

Ich glaube, dass der Problemdruck in der Sächsischen Schweiz über die Jahre auch dazu geführt hat. Das Problem war so massiv, man konnte es eigentlich nicht leugnen. Und dann ist Stück für Stück durch Unterstützung, durch Aufklärung, durch Zusammenarbeit diese Erkenntnis gekommen, dass man damit auch besser umgehen kann.

### **Lorenz Korgel**

Gleichzeitig denke ich auch, dass Problemdruck nicht automatisch zu kommunalen Veränderungsprozessen führen muss. Ich habe, was diese Frage anbetrifft, wirklich den Eindruck, dass auch viele individuelle Faktoren eine große Rolle spielen. Das ist das, was ich vorhin z.B. mit dem Kooperationswillen der lokalen Eliten meinte. Ein Bürgermeister kann allein, was die Stimmung, das Klima und die Bereitschaft in einer Kommune zur Veränderungen betrifft, sehr viel bewirken. Das sieht man überall dort, wo die kommunalen Prozesse gut laufen. Dort ist häufig eine aktive Bürgermeisterin oder ein aktiver Bürgermeister, der da was verändern will, irgendwie mit beteiligt. Dasselbe gilt für die Ebenen drunter, wenn sich in der Amtspitze oder in der Schulleitung etwas ändert. Das ist das eine.

Unsere Rolle ist natürlich auch wichtig. Es ist immer die Frage, wie man auf die Kommune zugeht, welche Geschichte hat man auch selbst. In welchen Situationen war man vorher? Vielleicht sind auch ganz viele persönliche Sachen häufig Thema, dass der eine mit dem anderen nicht kann. Was ist z.B., wenn der Bürgermeister überhaupt nicht mit dem Landrat kann? Das sind dann persönliche Kleinkriege, die häufig auf kommunaler Ebene noch geführt werden. Das kann alles blockieren, weil sich dann alles nur noch in Schwarz-Weiß-Malerei ergeht.

Letztlich sind die strukturellen Rahmenbedingungen einer Kommune oder eines Landkreises Faktoren, die ganz wesentlich die Erfolgsmöglichkeiten bei der Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft mitbestimmen, das ist klar. Wo die Schulschließung beschlossen ist, da fällt ein wichtiger Akteur in der Kommune weg. Das ist dann schwierig, sich überhaupt ein Netzwerk aufzubauen, wenn es keine Akteure dafür gibt. Das sind Faktoren, die ich jetzt spontan nennen würde.

### **Monika Lazar**

Mich interessiert bei Pirna noch - da gibt es ja diese Steuerungsgruppe, wo sogar verschiedene Ministerien mit dabei sind - wie dort anfangs die Kooperationswilligkeit war, welche Reaktionen es gab, und wie die Erfahrungen der letzten Monate sind.

### **Sven Forkert**

Ich war am Anfang des Projekts nicht dabei, bin ja erst seit November 2005 in dieser Struktur tätig. Aber über die letzten Monate nimmt man das eher positiv auf, dass es lokal so in die Hand genommen wurde und unterstützt es eigentlich ganz gern. Das kommt natürlich auch immer jeweils auf die Personen drauf an, die da die jeweiligen Vertreter sind. Aber ich glaube, man verspricht sich schon was davon, einfach mal zu schauen, wie wird das angegangen mit dem Problemfeld Sächsische Schweiz, und versucht da

auch das eine oder andere daraus abzuleiten, wie man das vielleicht auf andere Regionen adaptieren kann.

Ich gebe aber zu, wir kennen auch Felder, wo der Problemdruck wahrscheinlich ähnlich hoch ist, sich aber niemand drum kümmert. Das kommt absolut auf die lokalen Vertreter an. Es macht was aus, wenn so eine lokale Elite sich davor spannt und sagt, *das Thema ist uns wichtig, wir bearbeiten das*. Da stehen wir natürlich vor einem Problem, das wir selten ändern können. Deshalb müssen möglichst zuerst diese lokalen Eliten ausreichend informiert werden und bei der Problemzurückdrängung an erster Stelle mitwirken.

## Themenblock 2: Entwicklungen und inhaltliche Schlussfolgerungen

**Stefan Schönfelder**, Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. und Beirat des sächsischen Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“

Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit mich hier zu äußern. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass meine Kollegin der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg und ich ein ausführliches Memorandum zur Zukunft der Finanzierung der Arbeit für Demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verfasst haben, in dem die hier diskutierten Aspekte ausführlich dargelegt sind. Auf dieser Basis hier nun einige wenige, wesentliche Aspekte.

### A Ergänzung zur Bilanz der Arbeit bis 2006

1. Es hat durch die Bundesprogramme eine erhebliche Dynamisierung der Trägerlandschaft stattgefunden. Es gibt heute mehr Träger die kleinteilig und überregional am Thema arbeiten.
2. Es stehen heute deutlich mehr und detaillierte Informationen über Rechtsextremismus zur Verfügung. (Bsp. Homepage „Mut gegen Rechte Gewalt“, Dossiers des Zentrums Demokratische Kultur [ZDK] , regionale Studien, wissenschaftliche Forschungen)
3. Die Qualität der freien Träger ist immens angewachsen. Das betrifft die Erfahrungen der handelnden Personen, die gewachsenen Selbstansprüche sowie Evaluierungen und Selbstevaluierungen, die ein hohes Niveau von Zielbeschreibung, Methodik, Informationsbereitstellung und Inhalten ermöglichen.
4. Die Zusammenarbeit zwischen freien Trägern, Kommunen, Einrichtungen der Länder, Polizei, Justiz, Schulen und Schulbehörden hat sich – trotz aller immer noch vorhandenen Defizite – erheblich verbessert.
5. Nicht zuletzt hat sich die Einschätzung des Problems in der Öffentlichkeit erheblich geändert. Während 2000 Rechtsextremismus noch vorrangig als ein von Jugendlichen ausgehendes Gewaltproblem angesehen wurde, ist heute klar, dass es sich um ein Problem von Einstellungen in allen Altersgruppen, sozialen Schichten und bei beiden Geschlechtern handelt, aus dem auch Gewalt erwachsen kann, vorrangig jedoch eine Gefährdung der demokratischen Kultur ausgeht. Das bedeutet auch, dass die Arbeit nicht kurzfristig zum Erfolg kommen kann, vielfältige Zielgruppen ansprechen muss und vielfältige Herangehensweisen, Inhalte und Zielgruppen umfasst.

### B Schlussfolgerungen für die Weiterarbeit

Wenn die o. g. Annahmen stimmen, ergeben sich einige wesentliche Schlussfolgerungen:

1. Einstellungen verändern sich nur langsam. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus braucht deshalb Kontinuität. Und Planbarkeit.
2. Einstellungen entstehen und ändern sich vor allem im sozialen Nahraum. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus benötigt als Basis also die Arbeit in kleinteiligen Sozialräumen, also Kommunen und Stadtteilen.

3. Einstellungen zu verändern ist schwer und stellt deshalb hohe Ansprüche an die Qualität der Projektarbeit. Das stellt hohe Anforderungen an die Akteure in Bezug auf die Durchdringung der Problemlagen, das Wissen über Rechtsextremismus in seinen Ausformungen vor Ort, zielführende Arbeitsmethoden und Kommunikation. Wesentlicher Bestandteil der Weiterarbeit müssen deshalb Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sein. Das bedeutet auch, dass nicht in jeder Legislaturperiode von Null begonnen werden sollte.
4. Eine erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus kann nicht an einige wenige Träger delegiert werden, sie braucht eine große Breite an Akteuren. Für die Weiterarbeit muss deshalb eine stärkere Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen, freien Trägern, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen etc. im Fokus stehen.
5. Einstellungen können nicht von den „Fachträgern“ allein verändert werden. Als Konsequenz aus der Programmarbeit muss es eine Implementierung der Erkenntnisse in die „Regelstrukturen“ von Vorschule, Schule, beruflicher Aus- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung, Vereinsleben, Medienarbeit etc. geben.
6. Die vorangegangenen fünf Punkte ergeben einen hohen Anspruch an die Gestaltung des Gesamtprozesses, also vor allem an die Träger der Finanzierungsprogramme. Ein überdurchschnittlicher Aufwand bei der Begleitung der Projektentwicklung, die Anregung der Zusammenarbeit der Träger, an Evaluierung und Begleitforschung und Kommunikation und Implementierung der Ergebnisse muss eingeplant werden.

## C Schlussfolgerungen für die Bundesprogramme

Ausgehend von den fachlichen Schlussfolgerungen oben muss die Finanzierung der Weiterarbeit auf zwei Beine gestellt werden:

### Das Spielbein

Ein klassisches Förderprogramm wie das im BMFSFJ angesiedelte kann nur zeitlich begrenzt intervenieren und modellhaft Inhalte und Methoden entwickeln.

Das Programm von 2000 bis 2006 hat dies getan.

Im neuen Programm ab 2007 wird ein wesentlicher Schwerpunkt auf die Lokalen Aktionspläne gelegt. Das ist angesichts der bisherigen Erfahrungen richtig, auch wenn ich im weiteren Verlauf des Fachgesprächs an der konkreten Planung Kritik üben will.

### Das Standbein

Neben dem klassischen Projektförderprogramm braucht die Arbeit ein zusätzliches Finanzierungsinstrument, das Kontinuität und Qualität sichern helfen muss. Richtig ist, dass Länder und Kommunen hier mit in die Verantwortung müssen, andererseits müssen auch die Realitäten anerkannt werden, es gibt nicht in allen Ostbundesländern Landesprogramme und wenn, sind diese nicht schon 2007 in der Lage diese Aufgabe neben ihren anderen Projekten zu übernehmen, schon gar nicht allein. Die Kommunen werden ihre begrenzten Mittel für die Kofinanzierung der Lokalen Aktionspläne benötigen. Also muss der Bund ein Förderwerkzeug bereitstellen, dass ab dem 01.01.2007 die Kompetenzebene

finanziert. Dies bedeutet nicht, dass jeder Träger der bisherigen Programme einfach weitergefördert werden sollte. Es geht um den Erhalt von Kompetenz.

#### Zusammenarbeit von „Stand- und Spielbein“

Stellen wir uns vor, wie im besten Falle ab 2007 Lokale Aktionspläne, so wie sie im derzeitigen Entwurf des BMFSFJ zum neuen Programm stehen, entstehen und umgesetzt werden:

Einige wenige Menschen vor Ort werden in ihrer Kommune einen Prozess initiieren, möglichst viele Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen an einen Tisch holen. Diese müssen zunächst ihre Sicht auf Rechtsextremismus und die Probleme vor Ort abgleichen, eine fachliche Basis und Ziele mit verschiedenen zeitlichen Horizonten vereinbaren. Dann müssen sie die geeigneten Formen, Inhalte und Methoden zu deren Umsetzung finden und auch umsetzen. Für diesen sehr anspruchsvollen und umfangreichen Prozess brauchen sie nicht nur das Geld des Bundesprogramms. Sie brauchen vor allem kompetente Beratung und Unterstützung. Informationen müssen gesammelt, aufgearbeitet und bereitgestellt, Erfahrungen aus den letzten Jahren eingebracht werden. In den Umsetzungen müssen wieder ReferentInnen, TrainerInnen etc. auftreten und die konkrete Arbeit machen. Es wäre unseriös zu glauben, dass dies in jedem der Orte vorhanden ist und es wäre unverantwortlich, die bisherigen Erfahrungen nicht einzubringen. Dafür braucht es die Kompetenzebene, die mit dem „Standbein“ finanziert wird. Gemeint sind damit die Mobilen Beratungsteams und die Opferberatungsstellen; gemeint sind auch die in den Bundesländern existierenden Träger der Erwachsenenbildung, Schüler- und Schulprojekte sowie Strukturen, die ggf. noch entwickelt werden müssen für die kompetente Begleitung von Aussteigern etc. Es sind deren Fähigkeiten bei der Prozessorganisation, deren fachliche Kenntnisse, deren Erfahrungen, deren methodisches Wissen, deren Ergebnisse eigener und externer Evaluierungen, die die lokalen Prozesse erst zum Erfolg werden lassen können.

Ich schlage deshalb vor, in der weiteren Diskussion zwei Dinge zu betrachten:

- a) Entspricht der vorliegende Entwurf in der Grundanlage und in der konkreten Ausformung den hier entwickelten Kriterien?
- b) Wie kann durch das Handeln des Bundes eine Kompetenzebene als Standbein der Weiterarbeit abgesichert werden?

An anderer Stelle wird dann zu diskutieren sein, wie vor allem die Bundesländer systematisch in die Arbeit und deren Finanzierung einbezogen werden können.

Danke

## **Dr. Reiner Schiller-Dickhut, Bündnis für Demokratie und Toleranz**

Schönen Dank für die Einladung. Nach einleitenden Worten zur bisherigen Bilanz möchte ich etwas zum inhaltlichen Feld – wie hat sich der Rechtsextremismus, wie haben sich bestimmte Einstellungen entwickelt – sagen, damit man die Referenzgröße überhaupt im Blick hat. Ich möchte zweitens ein paar Bemerkungen zu den bisherigen Programmen und zu dem Entwurf des kommenden aus dem Familienministerium machen. Im letzten Schritt möchte ich auf Akteure und Programme eingehen, die im Umfeld des Themas relevant sind, weil auch von diesen Wirkungen zu dem Themenfeld ausgehen.

Ich muss hinzufügen, dass ich das natürlich nicht als offizielle Position des Bündnisses für Demokratie und Toleranz vorstelle, sondern aus den Erfahrungen in meiner Arbeit im Bündnis und in den Beiräten Civitas und Entimon, in denen ich auch vertreten bin.

Zum ersten Punkt kann ich an das anschließen, was Stefan Schönfelder gesagt hat, dass die Programme natürlich im Großen und Ganzen ein Erfolg sind, ein eminenter Fortschritt gegenüber dem, was man vor sechs Jahren denken konnte, trotz aller Sprünge und Diskontinuitäten und Defizite, über die wir auch schon öfter geredet haben, der Probleme der jährlichen Beantragung usw. Das muss man, glaube ich, an dieser Stelle nicht ausführen. In der Presse beispielsweise von Toralf Staud oder Heribert Prantl hat es ja auch entsprechende Bewertungen gegeben, die auch sehr stark die positive Rolle der zivilgesellschaftlichen Initiativen hervorgehoben haben und zugleich das eine oder andere kritische Wort zu den Institutionen haben fallen lassen.

Man sollte aber aus heutiger Sicht noch mal in Erinnerung rufen, wie die Debattenlage 2003 war, als es von der CDU relativ scharfe Angriffe gegen die Programme gab. Damals sah die politische Situation für diese Programme also wesentlich schlechter aus. Mit diesem entsprechenden Selbstbewusstsein sollte man vielleicht auch an die künftige Diskussion gehen. Wir können auch deshalb mit Selbstbewusstsein an die künftige Diskussion gehen, wenn wir mal vergleichen, wie schneckenhaft die Entwicklung in der Bildungspolitik vor sich geht. Ich glaube, dass wir da in den letzten sechs Jahren doch einige größere Schritte gemacht haben.

Dazu, wie sich das Feld, wie sich der Rechtsextremismus entwickelt, wie sich Einstellungen entwickelt haben, kann ich nur ein paar Stichworte sagen. Aber ich glaube, es ist doch notwendig, diese kurz zu nennen. Wenn man letzte empirische Untersuchungen nimmt, beispielsweise eine Umfrage von Forsa oder auch das, was im Forschungsverbund von Prof. Heitmeyer erhoben wird, muss man wohl eher davon ausgehen, dass ausländerfeindliche Einstellungen zugenommen haben. Nach dieser Forsa-Umfrage vom letzten Jahr sehen 54 % der Deutschen in den hier lebenden Ausländern eine Gefahr der Überfremdung. Das ist eine erhebliche Zunahme gegenüber der Untersuchung vor fünf Jahren. Sie kennen auch entsprechende Untersuchungen.

Zweitens möchte ich in diesem Zusammenhang auf den aktuellen Diskurs zu Einwanderungsgesellschaft und den Versäumnissen der Einwanderungspolitik hinweisen. Aktuelle haben wir die Diskussion um die Rütli-Schule und allgemein zum Thema Gewalt mit der Folge sehr großer Vorbehalte gegenüber Migranten, aber auch sehr viele reale Probleme im Alltag der Einwanderungsgesellschaft, die von bestimmten politischen Kräften entsprechend gedeutet werden. Und seit Auflegen der Programme haben wir auch den 9.11.2001 und später die Diskussion 2004/2005 um den Kampf der Kulturen gehabt – ich erinnere an den Van-Gogh-Mord in Holland. Ich denke, damit sind ungünstigere Voraussetzungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit markiert, die wir für eine Diskussion um

Intervention, um Gestaltung der Programme stärker als bisher in den Blick nehmen müssen.

In unserer letzten Beiratssitzung hat übrigens eines unserer Beiratsmitglieder, Prof. Bader, gesagt, es sollte bei der Konstruktion der Programme auch darauf ankommen, die Tatsache der Einwanderungsgesellschaft an jeder Stelle im Programm integral zu verankern. Das wäre auch ein Kriterium für die Diskussion in der nächsten Runde, wie weit dies bisher schon gelungen ist.

Auf den genannten Problemen aufbauend, beobachten wir in der letzten Zeit den verstärkten Versuch von rechtsextremer oder rechtspopulistischer Seite, bestimmte gesellschaftliche Probleme rassistisch oder ethnisch zu deuten. Der Resonanzboden ist durch die Entwicklung der Globalisierung, durch bestimmte arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen sehr brisant und gefährlich. Es gibt da reichlich Bezugspunkte, an denen eine solche ethnische Interpretation gesellschaftlicher Phänomene ansetzen kann.

Wie wir jetzt auch aus der Arbeit der mobilen Beratung oder dem Zentrum Demokratische Kultur wissen, versuchen rechtsextreme Organisationen, NPD und Kameradschaften, stärker als wir das vielleicht vor fünf oder sechs Jahren beim Auflegen der Programme gehnt haben, mit einer systematischen politischen Strategie zu intervenieren. Natürlich ist das nicht flächendeckend der Fall. Aber wir verzeichnen entsprechende Erfahrungen, dass diese Kräfte versuchen, sich im kommunalen Nahraum zu verankern durch nationale Jugendarbeit, durch lokale oder regionale Zeitungen, die in bestimmten Schwerpunktgebieten verteilt werden, durch Sportangebote, durch Mitmachen in der Feuerwehr, also alles bestimmte Normalisierungsstrategien, die dann zum Teil – wirklich nur zum Teil – zum Resultat haben, dass die entsprechenden Personen und Persönlichkeiten kommunal auch akzeptiert oder respektiert werden.

Ich denke, um das an der Stelle schon zu sagen, es müsste ein neues Programm auch in der Lage sein, auf solche spezifischen kommunalen Problemlagen zu reagieren.

Ein zweiter Gesichtspunkt bezüglich der realen Entwicklung, auf den ich gern hinweisen möchte, ist das Festsetzen der rechtsextremen Szene in der Jugendkultur. Im Anschluss an das, was Stefan Schönfelder gesagt hat, wurde das Thema „Rechtsextreme und Jugend“ vor fünf, sechs Jahren eher als reines Gewaltproblem gedeutet und nur punktuell als Problem von Jugendkultur. Daraus leitete sich ja der richtige Ansatz ab, dass man Ansätze alternativer Jugendkultur im lokalen Gemeinwesen stärkt. Aber bezüglich dieses Ansatzes gingen viele Akteure noch von der Prämisse aus, dass dieses Wirken und Verankern der Rechtsextremen in der Jugendszene eher punktuell sei – beispielsweise nur bei Skinheads.

Diejenigen, die sich mit der Jugendszene näher beschäftigen, diagnostizieren, dass dies kein Übergangsphänomen, keine Modeerscheinung ist, sondern dass teilweise von rechtsextremer Seite auch versucht wird, in andere Jugendszenen einzudringen – beispielsweise Gothik. Es haben sich ja auch entsprechende wirtschaftliche Betriebe herausgebildet, so dass die rechtsextremen Organisationen in der Lage sind, in diesem Bereich auch relativ effektiv zu agieren. Ich erinnere nur an die Diskussion um die Schulhof-CD, die selber sehr professionell gemacht war.

Anschließend daran wäre – was die Verankerung in Jugendkultur angeht – für mich eine Frage, inwieweit solche Programme überhaupt in der Lage sind, auf solche Phänomene einzugehen. Es gibt ja gesellschaftliche Grundströmungen, die eher durch Musikstile, durch Musikindustrie beeinflusst werden. Da kann ein solches Sonderprogramm nicht

greifen, aber gleichwohl wird es weiter eine Aufgabe sein, hier bestimmte Tendenzen abzuwehren.

Die Frage ist auch, inwieweit es Initiativen überhaupt leisten können, auf solche teilweise massiven Strategien von rechtsextremer Seite, sich in Jugendkultur weiter festzusetzen, antworten zu können.

Ein weiterer Punkt, wie sich das Feld entwickelt hat, ist, dass sich bestimmte Kameradschaften und NPD-Organisationen sehr geschickt in die politische Debatte einschalten. Beispielsweise, wenn Gebäudereinigung privatisiert wird und dieses dann von polnischen Putzkräften ausgeführt wird, ziehen sie daran eine Ethnisierung sozialer Probleme hoch.

Was hat das mit den Programmen zu tun oder wie kann man darauf reagieren? Ich denke, dass es an der Stelle wichtig ist, sich in seinem Anspruch zu beschränken und realistisch zu sein. Wenn man solche politische Vorgehensweisen der rechtsextremen Szene sieht, sind die politischen Parteien gefordert, darauf entsprechend einzugehen. Von Seiten der Programme kann man auf solche politischen Agitationsversuche nicht ausreichend reagieren. Deswegen sind an der Stelle eher die politischen Parteien gefordert.

Ich will die geschilderten Punkte der Analyse zusammenfassen, um eine Basis für die Beurteilung künftiger Handlungsstrategien zu haben.

Das wäre erstens das Festsetzen der Jugendkultur und deren Diversifizierung, zweitens das Aufgreifen tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Verunsicherung im Anschluss an Globalisierung und Hartz IV. Das Dritte wäre das geschickte taktische Konzentrieren in bestimmten Sozialräumen. Angefangen hat es in der Sächsischen Schweiz, jetzt in bestimmten Bereichen in Ostvorpommern, aber auch in entsprechenden westdeutschen Räumen. Es ist also nicht allein ein ostdeutsches Phänomen. Dann teilweise das Aufgreifen der Verunsicherungen seitens rechtsextremer Kräfte, die durch Einwanderung aufgeworfen sind. Und was die NPD und die Kameradschaften selber angeht, ist zu beobachten, dass die in der Lage waren, das Programm zu modernisieren, dass die Kader – teilweise jedenfalls – zu pragmatischem und sehr wendigem Handeln in der Lage sind und dass es auch eine kulturelle Diversifizierung und Modernisierung gibt. Es gibt also nicht nur den Rechtsextremen in der Figur des Skinheads bzw. Schlägers, sondern auch solche, die sich bürgerlich etabliert haben und reputiert geben können.

Zum Abschluss meiner Bemerkungen, wie sich das Themenfeld entwickelt hat, ist meine Frage, ob ein künftiges Handlungsprogramm in der bisher entworfenen Form eine solche veränderte Sachlage, eine solche Ursachenanalyse, die meiner Ansicht nach Unterschiede zu 2000/01 markiert, überhaupt reflektiert.

Der nächste Punkt: Wie haben sich die bisherigen Programme dargestellt? Was kann man zu den künftigen sagen?

Meines Erachtens wäre es notwendig, sich noch mal genauer anzuschauen, was die einzelnen Formate in den Programmen sind. Es gibt verschiedene Untersuchungen, wonach insgesamt 16 bis 18 Formate in den Programmen – Xenos, Civitas und Entimon – zu unterscheiden sind. Wir sind derzeit in der Phase, dass verschiedene Abschlussveranstaltungen stattfinden. Irgendwann im Herbst des Jahres gibt es eine große Abschlussveranstaltung für Entimon und Civitas. Während im politischen Raum die neuen Programme entwickelt und diskutiert werden, ist andererseits die Evaluation noch nicht beendet und unter den Beteiligten laufen die entsprechenden politischen und fachlichen Diskussionen auf derartigen Tagungen. Deswegen kann ich dazu nur zwei, drei cursorische Bemerkungen machen.

Mir scheint, dass es im Bereich Pädagogik gegen Antisemitismus erheblichen Nachholbedarf und Defizite gibt. Es gab dazu in der letzten Woche eine Presseerklärung vom Zentralrat der Juden. Das deckt sich mit meinen Beobachtungen. Ich glaube zweitens, dass man sich verstärkt noch Gedanken machen muss, wie Formen der Partizipation von Migranten, Migrantenselbstorganisationen aussehen könnten. Natürlich muss man sich als Drittes noch einmal, anders als 2000, mit der Problematik auseinandersetzen, wie man mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen umgeht, die gefährdet sind, in die rechtsextreme Szene abzugleiten. Natürlich soll damit nicht die Diskussion um akzeptierende Jugendarbeit wieder aufgewärmt werden. Ich denke, das ist „durch“. Man ist weit darüber hinaus. Es hat ja auch entsprechende Projekte gegeben. Ich glaube, dass man sich mit der Frage auseinandersetzen muss, wie unter der Prämisse, dass Zivilgesellschaft nach wie vor der wesentliche Adressat ist und die wesentliche Handlungsressource, auch für einen Teil dieser Programme entsprechende Maßnahmen aussehen können.

Als Bilanz zu den bisherigen Programmen ist mir wichtig hervorzuheben, dass der Wirkungsgrad dadurch eminent gelitten hat, dass von Bundesseite keine Kommunikationsstrategie gegenüber den Ländern existiert hat, wobei das überhaupt keine Kritik an Herrn Dr. Obst ist, der die Programme im Wesentlichen gemanagt hat, im Gegenteil. Er profiliert sich jetzt ja auch dadurch, dass er viele Akteure versucht in das neue Programm einzubeziehen. Die Ebenen darüber hätten aktiver sein müssen.

Ich komme damit zu dem, was als Programmentwurf vorliegt und versuche auch Verbindungen zwischen dem alten und dem neuen Programm herzustellen.

Wenn wir davon ausgehen, dass das alte ein Modellprogramm war und das vom Wortsinn her nimmt, ist die naheliegende Fragestellung, was man mit den Projekten tut, die sich als modellhaft herausgestellt haben. Wie versucht man diese zu verallgemeinern? Wie versucht man das zu transferieren und in Regelpraxis zu verankern? Ich sehe die gravierendsten Defizite darin, dass es dafür keine Strukturen gibt, die das in die Hand nehmen. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, auch in dem künftigen Programm – es gibt die dritte Säule, wo es um bundeseinheitliche Kommunikationsstrategien geht – noch entsprechende Ressourcen zu verankern, um auch aus den bisherigen Modellprogrammen zu lernen.

Zur bisherigen Diskussion: Ich fand die politische Argumentation, die sich allein darauf konzentriert hat, ein Weiterbestehen der Strukturprojekte zu fordern, etwas zu kurz gegriffen. Natürlich ist es völlig richtig und unstrittig, dass es eine Verstetigung geben muss. Aber aus meiner Sicht sollte man berücksichtigen, dass es auch eine ganze Reihe anderer nachhaltiger Träger gibt, im Entimon-Programm vor allen Dingen, die es aufgrund ihrer Qualität, ihrer Strahlkraft und ihrer Wirkung genauso wert sind, in eine dauerhafte Förderung zu kommen. Da schließe ich mich der Bemerkung von Stefan Schönfelder an, die er zu Anbietern und Nachfragern gemacht hat, dass es absolut notwendig ist, die angesammelten Kompetenzen weiter zu nutzen. Ich glaube, in dieser Runde müssen wir uns nicht über die einzelnen zu verstetigenden Projekte unterhalten, deshalb nur Stichpunkte: „Schule und Rassismus“, EXIT, Ansätze von community coaching und peer-education u. ä.

Ein paar kurze Bemerkungen zum Entwurf des Programms: Der Ansatz ist, dass die Förderung in einer wesentlichen Säule an die Kommunen und Regionen geht. Meine Sorge ist, dass es – anders als in den bisherigen Programmen – nicht gelingt, dass Kommunen und Zivilgesellschaft **auf gleicher Augenhöhe** miteinander operieren können. Umgekehrt wäre das meine wichtigste Forderung und ein Vorschlag an ein künftiges Programm, dass in der Konstruktion der Programme, was Antragstechnik und Beiräte in den einzelnen För-

derbereichen angeht, in irgendeiner Art und Weise ein „sich auf gleicher Augenhöhe Bewegen“ zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft verankert wird.

Meine letzte Anmerkung gilt dem Umfeld der Programme und Träger. Wichtig ist mir herauszustreichen, dass der ursprüngliche Ansatz von 2000/01 war, dass es gelingen sollte, entsprechende Modelle in reguläres Handeln von großen Trägern als auch in normale Programme von Schule und anderen öffentlichen Institutionen zu übertragen. Dort sehe ich ein ganz entscheidendes Defizit, dass es kaum gelungen ist, entsprechende Erfahrungen z. B. in reguläre Jugendarbeit zu überführen. Heutzutage stellt sich natürlich verstärkt die Frage, ob überhaupt in der Jugendarbeit die Ressourcen noch in dem Maße vorhanden sind, um dieser Forderung zu genügen. Aber wenn man in dem heute diskutierten Aufgabenbereich zu Erfolgen kommen will, ist das eine Frage, die an die verschiedenen politischen Verantwortungsträger in allen Ebenen gestellt werden muss.

Ein zweiter Bereich ist mir an der Stelle wichtig. Wir haben ja sehr viele Formate und Projekte, die im Bereich von Toleranz-erziehung, von interkultureller Erziehung angesiedelt sind. Es wäre sehr nützlich, wenn das, was dort entwickelt wurde, in die Curricula der Lehrerbildung und in die schulischen Curricula einfließen würde; man siehe als aktuellen Beleg für die Sinnhaftigkeit die Diskussion um die Rütli-Schule. Wobei zu dieser öffentlichen Diskussion zu bemerken ist, dass Hauptschulen mit gleichartigen Problemen existieren, in denen der Ausländeranteil unter fünf Prozent liegt, wie in einigen ostdeutschen Bundesländern. Daraus kann man ablesen, dass es sich nicht (nur) um ein Integrationsproblem von Zuwanderern handelt, sondern um die Art des Unterrichts, die Art, wie man mit den Ressourcen der Schüler umgeht usw., usf. Das finde ich ein sehr wichtiges Handlungsfeld.

Für eine Strategiebildung ist mir noch wichtig, dass man stärker als in der Vergangenheit versucht, mit Akteuren im Bildungsbereich Kooperationen anzustreben und Bündnisse herzustellen, weil dort der Problemdruck sehr, sehr stark ist und deswegen eine Möglichkeit der Zusammenarbeit besteht. Stichworte gibt es dazu ausreichend – zentral die der Menschenrechtsbildung, des demokratischen Lernens und der interkulturellen Erziehung. Es gibt einzelne Ansätze auch im Programm Entimon oder Civitas. Und wie geht man mit Hauptschulen um?

An der Stelle macht mir persönlich das, was in der Föderalismusreform angedacht und wahrscheinlich auch verwirklicht wird - der noch stärkere Rückzug des Bundes aus der bildungspolitischen Verantwortung - sehr, sehr große Sorgen. Man muss befürchten, dass eine Intervention von Bundesseite, entsprechende Änderungen im Bildungswesen vorzunehmen, danach noch viel, viel schwieriger wird.

Als weiteren Bereich nenne ich die Wirtschaft. Es gab und gibt in Ausläufern noch das sehr umfangreiche Programm Xenos. Einzelne Organisationen, beispielsweise die Caritas, haben sich damit hervorgetan, dass sie versucht haben im Sinne der Mainstreamstrategie das, was sie als Modelle in ihren Programmen erprobt haben, auch abschließend in Regelhandeln zu überführen. Aber selbst Unternehmen wie die Deutsche Bundesbahn mit einem öffentlichen Einfluss haben sich nicht mit Ruhm bekleckert. Dies ist mir deswegen wichtig zu sagen, weil natürlich die Breitenwirkung sehr, sehr groß wäre, wenn in der Ausbildung, wenn in den Kundenbeziehungen von solchen Unternehmen Werte von Toleranz und Kompetenzen in interkultureller Bildung u.ä. von Grund auf verankert wären. Das zeigt auf der anderen Seite auch –und hier beziehe ich mich auf manche unzutreffende Kritik an den Programmen, dass ihre Wirkungen begrenzt sind, wenn sich derartige Akteure „zurückhalten“.

Die letzte Bemerkung bezieht sich auf die Bundeshaushaltsordnung. Es will mir nicht in den Sinn, wenn es einen weitgehend politischen Konsens gibt, dass man zur Stärkung von Toleranz und Demokratie, zur Abwehr von rechtsextremer Gewalt tätig werden will, dass die Art und Weise der Handlungsmaßnahmen dadurch strukturell limitiert sind, dass bestimmte Regeln der Bundeshaushaltsordnung existieren. Meines Erachtens braucht es mehr Fantasie. Die Formulierung von Stefan Schönfelder, die sich auf die gegenwärtige Debatte bezieht, von Spielbein und Standbein, die natürlich realpolitisch richtig ist, reflektiert schon, dass man im Grunde aufgegeben hat, an den vorgeblichen Sachzwängen – das ist keine Kritik, sondern nur ein Herausstellen des Problems – etwas zu ändern. Aber es ist einfach nicht hinzunehmen, dass das, was an sehr wertvollen fachlichen Ressourcen in den Programmen erarbeitet worden ist, mit der Begründung, dass man die Programme nur als Modellprogramme fahren konnte, verschleudert wird und – ich zitiere jetzt Toralf Staud – *dass in bestimmten Zonen aufgrund der Stärke rechtsextremer Organisationen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet sind*, indem – Stichwort No-Go-Areas – ein gewisses Drohpotential von rechtsextremer Seite gegenüber Opfergruppen aufgebaut werden kann. Ich finde, damit kann man sich nicht abfinden. Deswegen die Frage: Was gäbe es für Möglichkeiten, entsprechende Sachzwänge doch noch mal aufzulösen?

## Diskussion zu Themenblock 2

### Monika Lazar

Vielen Dank für die Ausführungen. Ich finde gut, dass auch die Wirtschaft mit angesprochen wurde. Vor einiger Zeit gab es auch das Beispiel von Verbundnetz Gas, einem Gasgroßhändler, die sich explizit dazu entschlossen haben, in diesem Jahr Projekte in Mecklenburg-Vorpommern und im nächsten Jahr auch in anderen ostdeutschen Bundesländern zu unterstützen. Leider ist in diesem Bereich die Unterstützung aus der Wirtschaft noch nicht allzu weit fortgeschritten. Da ist man über jedes Unternehmen, das sich in der Öffentlichkeit so eindeutig dazu bekennt, froh und sollte die Unternehmen auch entsprechend motivieren, daran weiter zu wirken. Denn wir im Gesellschaftlichen und Politischen haben das ja in den letzten Jahren einfach schon gespürt, wie das vorhin auch von Stefan Schönfelder ausgesprochen wurde, dass es leider ein Thema ist, was uns langfristig fordert und leider keine kurzfristigen Erfolge zu verbuchen sind. Schön wäre es, wenn man mit Zahlen argumentieren könnte, *die Statistik sieht dieses Jahr besser aus als im letzten Jahr*. Weil dieses Thema gerade im sozialen und Einstellungsverhalten verankert ist, kann man leider keine schnellen und euphorischen positiven Mitteilungen verkünden.

Auch die Bemerkung *Akteure im Bildungsbereich*: Ich finde das ganz dramatisch, weil es im Grunde genommen ein Problem ist, dem man schon im Kindergarten begegnen muss. Wie gehen wir miteinander um? Welche Aufgaben haben die Erzieherinnen, Erzieher und dann Lehrerinnen und Lehrer? Wie es aussieht, wird jetzt in der Föderalismusreform endgültig festgeklopft, dass Bildung Ländersache ist. Der einzige Kompromiss wird wohl sein, dass der Bund im Hochschulbereich noch einiges mit zu tragen hat. Aus diesem Grunde sind nach wie vor die Länder gefragt. Da alle am Tisch Sitzenden wissen, wie das mit den Ländern so ist, bis die in die Puschen kommen, ahnen wir da wahrscheinlich alle nichts besonders Gutes.

Ich habe noch eine Nachfrage an Stefan Schönfelder. In deinem Papier steht im letzten Teil, wie die Strukturprojekte eventuell mit abgesichert werden könnten. Das sind die drei Varianten, die immer wieder im Gespräch sind: eine eigenhändige Stiftung, die Übertragung gewisser Aufgaben auf die bestehende Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ und drittens die Zuweisung von Haushaltsmitteln an einen freien Träger, der die Mittel verteilt.

Interpretiere ich richtig, dass das u. a. ein Beispiel für das von dir genannte Standbein wäre?

### Stefan Schönfelder

Ich glaube, dass das, was im Bundesfamilienministerium im Moment entworfen wurde, im Grundansatz nicht falsch ist, also: Wir haben jetzt gemerkt: Das spielt sich im sozialen Nahraum ab, deshalb legen wir den großen Schwerpunkt auf lokale Aktionspläne und lokale Aktionen. Das finde ich im Prinzip richtig. Deshalb würde ich den Programmentwurf gar nicht infrage stellen. Die Details machen den Unterschied, ob es funktionieren wird oder nicht. Ob es eine Qualität und einen Effekt erreicht, hängt ganz wesentlich davon ab, ob die überhaupt in der Lage sind, ihre lokalen Aktionspläne in einer gewissen Qualität aufzustellen und durchzuführen. Und das wird davon abhängen, ob man die anderen

Träger, die die Kompetenzen dafür haben, absichert und daneben stellen kann als Beraterinnen, Berater und Durchführende. Insofern ist das nicht ganz realpolitisch gedacht, *das Programm wird sowieso so*, sondern es ist gar nicht falsch, dass so ein Schwerpunkt gelegt wird. Und es ist auch nicht falsch zu sagen, der Bund ist für Interventionen und Modelle zuständig. Und wenn er Modelle geschaffen hat, wie mit den Opferberatungsteams (OBT), mobilen Beratungsstellen (MBT) oder Netzwerkstellen, dann müssen sich andere Gedanken machen, wie sie die vor Ort übernehmen. Das ist im Prinzip richtig. Bloß, wenn man sieht, dass die Länder es nicht machen und die Kommunen es nicht können, muss der Bund Verantwortung übernehmen. Dann, finde ich, ist das ein anderes Finanzierungsinstrument. Deshalb habe ich so ein Bild „Standbein/ Spielbein“ aufgeführt.

Bezüglich dieser Absicherungswerkzeuge haben wir in unserem Memorandum zunächst nur die Diskussionen des letzten Jahres dargestellt. Schafft man dafür eine Stiftung, um das ganz dauerhaft zu machen? Oder gibt man einem Träger jährlich Geld, damit er diese Kompetenzebene mit den Trägern, die da arbeiten, absichert oder nicht? Nach unserer Erfahrung mit dem Landesprogramm in Sachsen und auf Bundesebene würde ich sagen: Wenn man eine Lösung haben will, die zum 01.01.07 schon funktioniert, weil darauf kommt es an, dass nicht sechs, neun Monate Löcher entstehen, wo keiner arbeiten kann und die Kompetenzen abwandern, also, wenn man will, dass es funktioniert, trotzdem relativ abgesichert ist und Träger nicht in Konflikte kommen, dass sie selber verteilen, eigentlich aber auch gerne Akteur werden und Geld haben wollen, dann erschien mir am einleuchtendsten, eine bestehende Stiftung um einen Zweck zu erweitern und dort einen Fond einzurichten, den der Bundeshaushalt ausstattet und wo das durchläuft und man jetzt nur die Arbeit hat, gute Qualitätskriterien aufzustellen, wie das zu funktionieren hat. Es ist ja auch kein Automatismus, dass jedes OBT und MBT schon den anzustrebenden Qualitätsstandard hat. Da ist ja auch noch Arbeit.

Deshalb steht da hinten, wie man das absichern kann. Damit ist die Kompetenzebene gemeint, also nicht nur die MBT und OBT. Das muss man vielleicht auch noch sagen. Deshalb habe ich allgemein von gewissen *Kompetenzträgern und Kompetenzebene* gesprochen. Es gibt auch andere Leute, die Erwachsenenweiterbildung machen, TrainerInnen-pools, die an Multiplikatoren rangehen, die man eben nicht immer in jeder Kommune vorhalten kann, sondern die man überregional halten und entwickeln muss, die aus so einer Kompetenzebene heraus gefördert, finanziert werden müssen.

## **Lorenz Korgel**

Ich habe zwei Nachfragen, einmal zu der These, dass es in einem neuen Programm primär um Einstellungsveränderungen gehen sollte. Für mich impliziert das ein bisschen, dass man eine negative Ausgangsbasis hat, so unter dem Motto, da sind Leute, die denken irgendwie nicht richtig und wir müssen das verändern. Das hat ja auch immer den negativen Beigeschmack, dass letztlich den Programmen gegen Rechtsextremismus die Alleinverantwortung für die Veränderung antidemokratischer Einstellungen zugeschoben wird. So als müsse man nur einen Schalter umlegen und hinterher kann man dahergehen und Einstellungsveränderungen messen. So wird das nicht funktionieren. Müsste man nicht vielleicht stattdessen davon ausgehen, selbstbewusste, problembewusste Akteure in den örtlichen Systemen zu unterstützen und auf ihre multiplikatorische Wirkung zu setzen? Ich denke, es sollte an die positiven Seiten unserer Demokratie angeknüpft werden oder anders herum: Die Leitfrage sollte sein „Wie können wir Demokratie in unserer Kommune überhaupt positiv entwickeln?“, um sozusagen von einem positiven Leitbild dann eine

Arbeit gegen Rechtsextremismus für Demokratie, wie auch immer, zu initiieren und damit eine andere Fokussierungen vorzuschlagen.

Das andere ist das Thema Einwanderungsgesellschaft. Auffällig war im zurückliegenden Programm, dass die ganze Frage des institutionellen Rassismus ausgespart wurde. Wenn man es so umsetzt, wird auch im künftigen Programm in dieser Richtung nichts laufen. Ich finde, das wäre auch eine gute Position, die die Opposition im Bundestag auch noch mal stark machen sollte, dass solche Themen wie interkulturelle Öffnung von Verwaltung oder – nennen wir es – Kundenorientierung von Ausländerbehörden, eigentlich Dinge, die sich auch vermitteln lassen, auf der politischen Agenda bleiben. Wichtig wäre auch, die interkulturelle Kompetenz in Arbeitsagenturen und Jobcentern zu trainieren, weil insbesondere innerhalb dieser Institutionen für Einwanderer Ohnmachts- und Demütigungserlebnisse entstehen, die sich scheinbar und für sie offensichtlich im „Rassismus der Straße“ fortsetzen. Ich denke, das ist auch für unsere Arbeit wichtig, weil wir da immer noch an große Grenzen stoßen. Steht so etwas vielleicht auch auf der Agenda der Grünen?

### **Vertreter des Vereins „Gegen Vergessen- für Demokratie“**

Ich habe eine Nachfrage an Herrn Schiller-Dickhut. Wir wissen, das Bündnis für Toleranz ist beim Bundesinnenministerium angesiedelt. Ich danke Ihnen sehr für Ihren Aufriss der Problemlage und Ihre inhaltliche Einschätzung. Mich würde interessieren, wie das Bündnis versucht, solche Einschätzungen, wie Sie sie vorgestellt haben, an die politischen Handlungsträger zu transportieren. Wir überlegen ja, in welcher Weise hier die Perspektiven entwickelt werden können. Ich glaube, die inhaltlichen Bereiche sind allen Anwesenden relativ klar und deutlich. Wir wissen auch, dass sich im Bündnis, in dem Beirat eine hohe Anzahl von Persönlichkeiten versammelt. Ich freue mich, Frau Lazar, dass Sie auch dabei sind. Wie kann das Bündnis dazu beitragen, dass das, was hier inhaltlich besprochen wird, was man an Erfahrung gesammelt hat, auch im politischen Rahmen umgesetzt wird?

### **Dr. Reiner Schiller-Dickhut**

Ich weiß nicht, ob ich darauf befriedigend antworten kann. Ich hoffe – im Beirat hatten wir auch eine entsprechende Diskussion –, dass wir uns in der nächsten Sitzung stärker solchen Fragestellungen widmen können. Bernd Wagner hat es politische Fachberatung genannt.

Das Thema der Frage war im Beirat in den vergangenen Sitzungen nicht unbedingt der Schwerpunkt. Von meiner Seite aus als stellvertretender Geschäftsführer ist es ein sehr wichtiges Anliegen. Es ist auch ein Anliegen, dass das Profil des Bündnisses um weitere Bausteine ergänzt wird. Wir haben als wichtige Elemente beispielsweise einen Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“, den Victor-Klemperer-Wettbewerb oder die Veranstaltung zum 23. Mai. Ich denke, dass es sehr wichtig wäre, unseren Handlungsrahmen zu erweitern. Wie weit das, was wir im Beirat verstärkt diskutieren werden, bei den politischen Verantwortungsträgern in den Ministerien ankommt, muss sich noch zeigen. Es gibt ja eine neue Ministeriumsspitze. Wie weit das dort angenommen wird, dazu kann ich keine Prognosen geben. Ich kann nur sagen, dass die politischen Aussagen seitens der BMI-Spitze dahingehend ausfallen, dass das Bündnis weiter existieren soll und dass es beispielsweise auch beim Staatssekretär Altmaier ein sehr hohes Interesse daran gibt, wie das Bündnis weiter ausgestaltet wird.

## **Anna Lührmann**

Wir überlegen uns auch, wie demokratische Parteien besser mit Rechtsextremismus umgehen können, vor allem auch mit der NPD. Bei uns in Hessen sind rechtsextreme Parteien vor allem Freiheitliche, die in Kommunalparlamenten hocken. Gegen deren Aktivitäten müssen wir Demokraten auch neue Strategien entwickeln. Ich plane da in Hessen spezifisch noch mehr zu machen und wollte fragen, ob hier jemand aus Hessen da ist. Sonst niemand?

## **Herr aus dem Publikum**

Ich bin aus Nordhessen, aus Eschwege.

## **Monika Lazar**

Vielleicht kann man da auch mal nachschauen, was es im Hessischen für Strukturen gibt, dass man dann die Kommunikation herstellen kann zwischen engagierten Leuten, die da tätig sind. Mich selber erreichen auch immer wieder Appelle nach dem Motto: *Wir finden es toll, dass es diese Strukturen in Ostdeutschland gibt und hätten sie gern auch für den Westen*. Das führt dann auch zu Wünschen an den Bundeshaushalt.

## **Herr aus Eschwege, Hessen**

Gerade das hessische Beispiel ist auch wichtig zu betrachten. Die NPD hat dort einen neuen Vorsitzenden. Er stellt sich gerade auf seiner Homepage vor.

Der ist 23 Jahre alt, kommt aus diesem Kameradschaftsumfeld und hat einen neuen Vierpunkteplan ausformuliert mit denjenigen, die ihn umgeben. Da steht z.B. der Punkt drin: *Wir werden dafür sorgen, dass Klassen- und Schulsprecherämter von unseren Leuten besetzt werden*. Das sind also ganz neue Strategien von unten, was man auf keinen Fall außer Acht lassen darf.

## **Wolfram Hülsemann**

Ich habe in der Problemstellung, die Sie ausgeführt haben, noch etwas anderes gehört, die Frage: Wie können im Blick auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Entwicklungen unterschiedliche demokratische Parteien, die sich bis jetzt noch im Abseits in dieser ganzen Frage und den Problemfeldern gehalten haben, stärker mit einbezogen werden? Ich habe das auch ein bisschen bei dieser Anfrage an Reiner Schiller-Dickhut heraus gehört. Wie kann man eigentlich die neue Haushaltung wertekonservativ mit einbeziehen? Wie kann da stärker geworben werden? So habe ich Ihre Frage verstanden.

Ich sage es mal aus der Brandenburger Situation: Ich glaube, dass jede Akteurin und jeder Akteur, der in dieses Geschäft geht, das heißt, mit unterschiedlichen demokratischen Kräften agiert, sich seiner eigenen politischen Sozialisation erst mal bewusst sein muss. Ich komme als jemand zu anderen mit meiner eigenen Sozialisation und treffe auf andere

mit anderen Sozialisationen. Das trifft in Besonderheit linke Kräfte, wenn sie zu wertkonservativen gehen. Da treffen mitunter ja Welten aufeinander. Das kann sich ja auch immer wieder in der Öffentlichkeit manifestieren.

Wir haben die Erfahrung gemacht: Wenn ich mir dieser eigenen politischen Sozialisation bewusst bin und die andere im Sinne des demokratischen Konsens respektieren lerne – das heißt nicht, dass ich alles gut finde, was die anderen sagen – dann suche ich nach Anknüpfungspunkten. Das ist mir ein ganz wesentlicher Punkt gewesen. Ich suche nach Anknüpfungspunkten, wo kann ich bei Demokraten anderer Färbung und Spielart Punkte sehen, an denen ich anknüpfen kann? Wie kann ich Brückenfunktionen entdecken und stabilisieren? Ich gebe Ihnen nur einen Punkt, der sich bei uns deutlich gemacht hat, die schillernde Überlegung oder auch die schillernde Formulierung im Blick auf Werte, auf Sicherung von Werten, auf Werteverfall, Wertewechsel etc. Die ganze Diskussion darum ist eine Möglichkeit für uns gewesen zu sagen: *Wenn es um die demokratische Grundordnung geht, wenn es um die Sicherung der politischen Wertegemeinschaft geht, finden wir Gesprächsebenen, an denen wir mühelos auch bis in praktische Bereiche hineinstoßen.* Deshalb sage ich noch mal: Es schillert. Es wird mitunter sehr stark infrage gestellt, vor allem im öffentlichen Geschäft diesen demokratischen Konsens anzustreben und den von unten her etwas zu füllen.

### **Dr. Reiner Schiller-Dickhut**

Daran anschließend muss man sehen, welche Anknüpfungspunkte es auf lokaler Ebene gibt. Ich habe ein Beispiel in Erinnerung. Eine Frauenunion irgendwo in Sachsen, ich weiß nicht genau, wo es war, hat eine politische Bildungsveranstaltung durchgeführt mit dem Ausgangspunkt „Die Rechtsextremen nehmen uns unsere Kinder weg“, also von einem familienpolitischen Ansatz. Man kann das werten, wie man will, aber es war ein Einstieg, um sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Man muss jeweils gucken: Gibt es dafür entsprechende Ansatzpunkte?

Auf die Frage von Anna Lührmann: Wichtig finde ich, die Bildungsarbeit der Parteien, ggf. auch über die Stiftungen, darauf auszurichten, wobei das für den Westen eher als Antwort taugt als für Ostdeutschland. Denn in Ostdeutschland sind viele freie Wählervereinigungen in den Kommunalparlamenten, die keine eigenen Bildungseinrichtungen haben. Das gibt es teilweise im ländlichen Raum in Westdeutschland auch, woraus dann die Konsequenz folgt, dass man über den Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund gehen muss. Zu diesen Organisationen bestehen inzwischen auch seitens des Familienministeriums ganz gute Kontakte.

Zweitens sollte man versuchen, für die jeweilige Kommune geeignete Formen der Zusammenarbeit von Kommunalverwaltung, Parteien und Zivilgesellschaft zu finden, um auf die Problemlagen zu reagieren. Die Art der Zusammenarbeit ist in den Kommunen unterschiedlich, je nach dem, wer da federführend ist oder wer ein spezifisches Interesse hat. Hierzu könnten wir mit entsprechenden Modellen dienen.

Das Wichtigste ist drittens, dass rechtsextreme Positionen, antisemitische Positionen auch konsequent geächtet werden. Natürlich nicht, um das Negativbeispiel zu nehmen, in der verqueren Form wie in Ueckermünde, wo man zurückgewichen ist wegen des Anmeldens einer NPD-Demonstration oder – ich glaube – nur eines Standes durch die NPD und gleich alle politischen Veranstaltungen im Ortskern verbieten wollte. Genauer gesagt, in einem kommunalen Ausschuss wurde beschlossen, eine entsprechende Satzung zu erlas-

sen. Das ist inzwischen aufgrund des öffentlichen Drucks zurückgenommen. Vergleichbares gibt es natürlich auch zum Thema Antisemitismus. Es ist also notwendig, absolut klar Position zu beziehen. Das ist das Wichtigste, demokratische Standfestigkeit.

## **Stefan Schönfelder**

Ich wollte noch auf zwei Dinge reagieren, wo ich mich angesprochen gefühlt habe. Klar, Parteien sind sowieso Teil der lokalen Akteure vor Ort. Ich möchte noch einen Punkt hervorheben, nämlich die Rolle der Fraktionen in den Parlamenten. Ich glaube, dass es wichtig ist – jenseits von dem, was mal stattgefunden hat mit *Igitt*-Sagen oder *alle gehen weg* oder *alle demokratischen Parteien einigen sich auf ein gemeinsames Vorgehen* –, dass jede Fraktion und gerade auch die Grünen sich zur Aufgabe machen, dass sie das, was NPD und andere Rechtsextreme in den Parlamenten, Landes- und Stadtparlamenten machen, mal ordentlich zu analysieren, mal anzugucken, was stellen die für Anträge, damit die aus dem Mythos rauskommen, sie würden Sachpolitik machen. Das muss man dann transparent machen, was die für Redebeiträge machen, was dahinter steckt, was da Sachpolitik ist und was nicht und was hinter den vermeintlichen Sachpolitiken für Weltbilder und Menschenbilder stehen, um immer wieder daran zu arbeiten, diese Fraktionen und Abgeordneten zu isolieren, sowohl im Innerparlamentarischen als auch in der öffentlichen Meinung, ohne dabei die demokratischen Standards abzusenken, was ja immer so eine Versuchung ist, sich eine andere Geschäftsordnung zu geben, damit die irgendwelche Stimmen nicht bekommen etc. Da mache ich jetzt Werbung für die sächsische Landtagsfraktion, die jetzt nach anderthalb Jahren Praxis mit der NPD-Fraktion anfängt und jetzt schon eine hervorragende Veröffentlichung über die vermeintliche Sachpolitik der NPD-Fraktion in Sachsen gemacht hat. Sie hat das ganz gut analysiert und den Hintergrund hervorgeholt. Jetzt kommt es nur darauf an, dass man das in der öffentlichen Diskussion auch immer wieder präsentiert, damit auch in der Öffentlichkeit klar ist, was die in Wirklichkeit für eine Rolle spielen und tun.

Die zweite Frage war: Wie viel gibt man den lokalen sozusagen vor, wenn es um das Leitbild geht? Was wird da ausgehandelt und wie viel wird vorgegeben?

Es ist relativ klar. Egal, wie eine Kommune gestrickt ist, ob schwarz, rot, grün oder blau-gelb oder sonst etwas, für dieses Programm gibt es ganz klare Eckpunkte. Das sind die universellen Menschenrechte und die Freiheit und Würde jedes Individuums nach dem Grundgesetz. Das ist nicht vereinbar mit völkisch oder antiparlamentarisch, was man im Rechtsextremismus findet. Natürlich ist es schwerer, diese fragmentierten Ideologieversatzstücke von Rechtsextremen zu analysieren. Das ist schwerer, als wenn man einen Skinhead hat, der ein einheitliches klares Menschenbild hat. Wir finden eben in verschiedenen Gruppen verschiedene Teile dieser rechtsextremen Ideologien. Aber diese Eckpunkte – Demokratie, Freiheit und Würde jedes Einzelnen und universelle Menschenrechte – sind nicht verhandelbar. Das wäre auch eine ganz klare Vorgabe in den Programmen. Der Rest ist immer vor Ort aushandelbar. Das sehe ich auch so.

Natürlich ist es schöner, ein positives Leitbild zu haben, und zu zeigen, inwiefern unsere Demokratie ein Erfolgsmodell ist. Das ist ein Zusammenspiel von vielen Ebenen. Du kannst nicht lokal Demokratie als Erfolgsmodell verkaufen, wenn auf Bundesebene viele Probleme nicht gelöst werden.

## Themenblock 3: Schlussfolgerungen für die Bundesprogramme

**Monika Lazar** MdB, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Wir wollen uns jetzt überlegen, wie die Erkenntnisse, die wir in den letzten Stunden reflektiert haben, sich in den neuen Bundesprogrammen widerspiegeln und wie eine Lösung zur finanziellen Verstetigung aussehen könnte.

Dazu wird Anna Lührmann vortragen. Sie ist Haushaltspolitikerin der Grünen Bundestagsfraktion und auch zuständig für das Haushaltsbudget des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Sie kann sicher von den vergangenen Haushaltsberatungen berichten und davon, wie es mit einer Finanzierung weitergehen kann.

Da Herr Dr. Obst sich kurzfristig für heute entschuldigt hat, werde ich aus seinem Manuskript, das er freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, vortragen. Danach können wir dieses Papier kritisch diskutieren. Ich freue mich besonders, dass zu diesem Punkt zwei SPD-Bundestagskolleginnen mit dabei sind.

Einführend möchte ich zu den Schlussfolgerungen für die Bundesprogramme einige Ausführungen machen. Es war uns allen bekannt, dass die Bundesprogramme, die unter Rot-Grün verfasst wurden, Ende 2006 auslaufen. Unklar war, wie es unter der neuen Bundesregierung weitergeht. Jetzt wissen wir, es geht weiter. Von unserem ehemaligen Koalitionspartner SPD wussten wir, dass es dort engagierte Kämpferinnen und Kämpfer für den Weiterbestand der Bundesprogramme gibt. Wir haben nun als Opposition die Aufgabe, diesen Druck zu verstärken. Man kann mittlerweile feststellen, dass unsere gemeinsamen Bemühungen – auch die der Linksfraktion – die Ansätze des neuen Bundesprogramms positiv verändert haben.

Im aktuellen Koalitionsvertrag steht folgender Satz: „Wir wollen den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz fortführen und auf Dauer verstetigen.“

Die ersten Meldungen über die Haushaltsplanungen des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend zum neuen Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus ließen nichts Gutes ahnen, da bei gleichem Budget auch die Bereiche Linksextremismus und radikaler Islamismus einbezogen werden sollten. Dieses Vorhaben ist jetzt zum Glück vom Tisch. Weiterhin unsicher ist aber die Zukunft der Strukturprojekte – Netzwerkstellen, mobile Beratung und Opferberatung. Wenn wir das ansprechen, wird vom Ministerium jedes Mal entgegnet, dass diese künftig eben nicht mehr finanziert werden und dass kein Projekt eine Garantie auf lebenslängliche Finanzierung von Bundesebene haben kann. Es ist derzeit schwer ersichtlich, ob und wie sich die Strukturprojekte sich in die neuen Bundesprogramme integrieren lassen.

Von grüner Seite haben wir in der vergangenen Woche einen Antrag ins Plenum eingebracht, in dem wir uns für eine langfristige Absicherung der Programme aussprechen. Darin wird unter anderem von der Bundesregierung gefordert, die Bundesprogramme in bewährtem inhaltlichen Profil und mit besserer Mittelausstattung weiterzuführen, erfolgreiche Strukturprojekte durch angemessene institutionelle Förderung zu erhalten, sich dafür einzusetzen, dass sich öffentliche Verantwortungsträger in Ländern und Kommunen an einer solchen Finanzierung angemessen beteiligen und Finanzlösungen für Initiativen

zu finden, die in Regionen arbeiten, wo die Probleme mit Rechtsextremismus verharmlost und keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher zu stärkerem zivilgesellschaftlichem Engagement zu ermutigen. Denn wir alle wissen, dass eine starke Zivilgesellschaft und ein offensives Werben für eine Kultur der Demokratie unverzichtbar und wichtig sind. Gerade in Gegenden, wo es demokratiefeindliche Entwicklungen gibt, muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen. Auch wenn die Möglichkeiten des Bundes beschränkt sind, muss die Bundesebene auf die unteren Ebenen zugehen und von diesen eine angemessene Finanzierung einfordern.

Wir Bündnisgrünen werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass auf allen Ebenen Finanzierungsmöglichkeiten gefunden und zivilgesellschaftliche Initiativen nicht diffamiert, sondern gefördert werden.

Ich selbst war in diesem Frühjahr auf einer Infotour durch die ostdeutschen Bundesländer, wo ich auch mit kommunalen Vertretern gesprochen und für eine finanzielle Unterstützung der örtlichen Initiativen geworben habe. Über das positive Beispiel Pirna haben wir schon etwas gehört. Ich war auch in Wurzen. Wir wissen alle, dass es in Wurzen nicht optimal läuft und der Unterschied zwischen Pirna und Wurzen noch groß ist. In Problemregionen ist es immer gut, wenn man darauf verweisen kann, dass nicht nur die SPD, die Grünen oder die Linke sich engagieren, sondern man einfach sagen kann: *Und Ihr Kollege CDU-Bürgermeister in Pirna macht das eben auch ganz vorbildlich.* Ich denke, das ist ungeheuer wichtig und wir müssen einfach dran bleiben.

Und jetzt bitte ich meine Kollegin Anna Lührmann um ihren Beitrag aus der Sicht der Haushaltspolitik.

**Anna Lührmann** MdB, Haushaltspolitikerin

Ich will etwas dazu sagen, wie die Haushaltsberatungen für 2006 zum Thema Civitas und Entimon gelaufen sind und dann etwas zur Grünenperspektive für die Zukunft und abschließend, was man momentan aus der Regierung hört.

Es war sehr erfreulich, dass im Haushaltsentwurf für 2006 Civitas und Entimon noch in gleicher Höhe weitergeführt worden sind. Wir haben als Grüne trotzdem einen Erhöhungsantrag um zwei Millionen gestellt, um zu demonstrieren, dass wir an dem Thema dran sind, den Druck auf die beiden Regierungsfractionen aufrecht zu erhalten und klar zu signalisieren, dass wir uns hier eigentlich noch mehr Engagement vorstellen könnten. Wir haben unseren Vorschlag über Kürzungen im Zivildienstbereich gegenfinanziert, weil wir der Meinung sind, dass es da eine Einberufungsungerechtigkeit gibt, weil mehr Leute Zivildienst leisten müssen als zur Wehrpflicht herangezogen werden. Von daher war es ein ganz solider Vorschlag. Darüber gab es ein paar Diskussionen. Ich habe auch die Hände von einigen SPD-Leuten im Haushaltsausschuss zucken sehen, als der Antrag aufgerufen worden ist. Er ist dann aber leider nicht beschlossen worden.

Wie auch immer, wesentlich wichtiger war während der Haushaltsberatung 2006 der Ausblick darauf, was nach 2006 passiert. Wir als Grüne stehen da wirklich auch vor der Aufgabe, eine tragfähige Lösung zu ermöglichen, die den Zielen entspricht, die Monika Lazar gerade genannt hat, also, sowohl um Strukturprojekte fördern zu können, als auch weiterhin Impulse dort zu setzen, wo es vor Ort noch nicht so gut funktioniert.

Die Richtung, in die wir da denken und diskutieren, wurde eben ganz gut mit den Stichworten Standbein und Spielbein beschrieben. Wir brauchen ein Standbein, um bereits existierende oder vielleicht auch noch zu überarbeitende oder auch überregionale Strukturen mittelfristig fördern zu können, die vor allen Dingen bei der Kontaktvermittlung helfen, die auch teilweise den mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen und den Netzwerkstellen entsprechen, aber eben nur teilweise, teilweise auch nicht. Solche Strukturen, die dies ermöglichen und auch eine Aufgabe des Bundes klar machen, dass man da Tipps und Hinweise nicht nur von der lokalen Ebene braucht, sondern dass man gerade da, wo momentan die Zivilgesellschaft noch nicht so gut gestärkt ist im Kampf gegen Rechtsextremismus, eine Unterstützung braucht, auf welche Art auch immer.

Ich will auch davon abraten, dass man sagt, die bestehenden Initiativen müssen weiter gefördert werden. Das stimmt zum übergroßen Teil, wie auch die positive Evaluation ja gezeigt hat. Nur wenn man das so sagt, kommt man sehr leicht in so einen strukturbehaltenden Ansatz hinein. Ich würde lieber sagen, dass wir stabile Strukturen brauchen, dass diese aber selbstverständlich regelmäßig bewertet, evaluiert werden müssen, und dass es keine Bestandsgarantie geben kann. Wenn sich beispielsweise herausstellt, dass eine Netzwerkstelle im Land A besser funktioniert als im Land B, dann muss man auch – wenn man so ein Standbein aufbaut – darüber nachdenken können, das eine oder andere umzustrukturieren. Von daher würde ich also davon abraten, zu sagen, bestehende Strukturen müssten auf immer erhalten bleiben, sondern: Auf bestehenden Strukturen muss aufgebaut werden, bestehende Expertise muss genutzt werden, um für die Zukunft kluge Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Wir haben bei einer Anhörung vor einem Jahr schon einmal darüber gesprochen, dass es haushaltsrechtlich nicht ohne weiteres möglich ist, so ein Standbein aufzubauen, weil der Bund nur Modellprojekte fördern darf. Ich habe auch nicht vor, mich als Oppositionspolitikerin über solche rechtlichen Gegebenheiten hinweg zu setzen und einfach so zu

tun, als gäbe es diese nicht. Ich denke, da muss man eine Lösung finden, die erst recht den Verschärfungen, die durch die Föderalismusreform noch drohen, standhalten kann.

Eine solche Lösung hat auch Herr Dr. Obst aus dem Familienministerium bereits beschrieben. Ich nenne sie mal *kleine Stiftungslösung*, das heißt, dass man aus dem Etat des Familienministeriums einen bestimmten Zuschuss an eine, wie auch immer geartete, bestehende Stiftung gibt, welche das Geld dann weiterreicht an Strukturprojekte. Das halte ich für das Klügste. Die Sache, die in den letzten Jahren immer wieder diskutiert wurde, ist eine ganz neue Stiftung mit neuem Stiftungskapital. Das ist für mich als Haushaltspolitikerin nicht so attraktiv. Wenn man nur die Summe, die Entimon z.B. jetzt im Jahr erhält, aus einer Anlagerendite erzielen wollte, muss man mehr als das 50-fache als Stiftungskapital in die Hand nehmen. Ich finde, das ist absolut unrealistisch. Da wäre es mir lieber, man findet eine andere Möglichkeit, indem man einen Zuschuss, gepaart mit einem klaren Auftrag, an eine bestehende Stiftung geben kann. Das ist meiner Meinung nach auch rechtlich möglich. Das wäre dann also ein Mischmodell, welches auch eine stärkere Steuerung durch das Parlament ermöglichen würde. Ich halte es für eine sehr kluge Sache, in so einer Richtung weiterzugehen.

Vielleicht muss man auch nicht unbedingt eine Stiftung dafür wählen. Vielleicht gibt es auch andere überregionale größere Träger, die sich für so ein Vorgehen anbieten würden. Das müssen die Fachleute eher entscheiden, da bin ich nicht nah genug dran. Anregungen dazu in der nachher folgenden Diskussion würden mich interessieren. Das ist das eine, ein Standbein aufzubauen, was – glaube ich – auch über so eine Art und Weise möglich wäre, um dann weiterhin in der bewährten Manier Projektmittel zur Verfügung zu haben im Spielbein, die dann auch den haushaltsrechtlichen Vorgaben entsprechen, weil es um Projekte ginge, die jedes Jahr neu sind, z.B. Projekte, die an Schulen entstehen und dann auch wirklich zeitlich befristet sind.

Dies waren einige Überlegungen dazu, wie ich mir eine grüne Position vorstellen könnte. Was die Regierung angeht, bin ich genauso froh wie Monika Lazar, dass offenbar die Überlegungen vom Tisch sind, die bestehenden Finanzvolumina von 19 Mio. Euro im Jahr auf sämtliche Formen von Extremismus auszuweiten. Da war wohl der Druck der SPD mit den Grünen im Rücken jetzt schon fruchtbar genug, so dass sich die Ministerin in der Haushaltsdebatte in der letzten Woche öffentlich festgelegt hat, die 19 Millionen Euro auch in Zukunft nur für den Kampf gegen Rechtsextremismus einzusetzen. Das ist zum einen dem Engagement zuzuschreiben, zum anderen natürlich leider auch den traurigen Fällen, die in den vergangenen Monaten schon wieder in der öffentlichen Berichterstattung waren, Fälle, von denen wir wünschten, sie hätten gar nicht stattgefunden.

Mich würde nun von den hier anwesenden Expertinnen und Experten ein Feedback zu dem interessieren, was ich gerade vorgetragen habe, aber auch eine Einschätzung über das, was man jetzt schon konkret hört aus dem Ministerium oder auch, was Herr Dr. Obst uns hier schriftlich auf den Tisch gelegt hat. Ich glaube, jetzt sind das Ministerium und die Koalitionsfraktionen sehr stark in der Erarbeitungsphase und heute ist der richtige Zeitpunkt, um noch einmal auf Schwachpunkte oder auf Sachen hinzuweisen, die wir Grünen bei der Diskussion in den Ausschüssen, im Berichterstattergespräch dann im Herbst einbeziehen sollten.

Eins ist ganz klar: Für uns als Haushaltspolitikerinnen und Haushaltspolitiker wird das Thema Kampf gegen Rechtsextremismus weiterhin ganz oben stehen. Wir werden uns dem bei den Haushaltsberatungen für 2007 ganz stark widmen und auf jeden Fall darauf achten, dass unser Ex-Koalitionspartner die richtigen Sachen mit den Neuen macht.

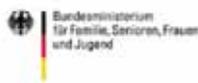
**Monika Lazar** in Vertretung von **Dr. Sven-Olaf Obst**, Koordinator Extremismusprävention, Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend

Schönen Dank Anna. Ich schlage vor, dass wir die Vorlage, die Herr Dr. Obst uns freundlicherweise überlassen hat, gemeinsam durchgehen und darüber diskutieren. Die vorgebrachten Forderungen und Anregungen von den verschiedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern werde ich nach der Veranstaltung zusammenfassen und Herrn Dr. Obst schriftlich mitteilen.

Ich hatte schon erwähnt, dass Dr. Obst vor einer Woche in der Beiratssitzung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz anwesend war und dort diese Foliensammlung bereits vorgestellt hatte. Er hat auch darauf hingewiesen, dass er selbstverständlich jetzt schon mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden in Kontakt steht und froh ist, dass da eine Zusammenarbeit besteht, die – ich denke – in den nächsten Monaten noch intensiviert werden muss. Herr Dr. Obst ist auch weiterhin an Anregungen und Kritik interessiert. Der Beirat des Bündnisses wurde explizit dazu aufgefordert, sich zu positionieren. Ich denke, wir alle sollten davon regen Gebrauch machen, um dann indirekt über Bande zu spielen und die SPD zu stärken, damit die SPD noch mehr Argumente erhält, um auf ihren Koalitionspartner CDU positiv einzuwirken.

Kommen wir zur Foliensammlung: Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben eine Kopie davon erhalten. Wir wollen die Blätter nun gemeinsam durchgehen.

(Monika Lazar trägt nun die Inhalte der einzelnen Seiten vor. Die Vorlage von Herrn Dr. Obst ist auf den folgenden Seiten unverändert abgedruckt.)



### **Themenblock 3: Schlussfolgerungen für die Bundesprogramme, hier: Eckpunkte für ein Programm des Bundes zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie**

**Dr. Sven-Olaf Obst**  
Referatsleiter 501 –  
Grundsatzangelegenheiten,  
Extremismusprävention

## Hintergrund

### **Das Aktionsprogramm des Bundes „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“**

unterstützt mit seinen Teilprogrammen

- **ENTIMON** – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus
- **CIVITAS** – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern
- **XENOS** – Leben und Arbeiten in Vielfalt

seit 2001 bis 2006 demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit, insbesondere bei Jugendlichen.

## Hintergrund

### **Modellhaftigkeit des bisherigen Aktionsprogramms:**

Die Modellhaftigkeit der Programme CIVITAS und ENTIMON ergibt sich insgesamt aus

- der Kleinteiligkeit der Förderstruktur,
- der Orientierung an den Bedürfnissen vor Ort,
- der konsequenten Berücksichtigung der Einbettung in lokale Netzwerke,
- der Vielzahl der unterschiedlichen Projektansätze (bei gleicher Zielorientierung) und
- der Erstmaligkeit der direkten Unterstützung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort.

## Hintergrund

### Was kommt danach?

Bei Fortsetzungsbedarf muss geprüft werden,

- was muss weiterhin getan werden?,
- unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen der Bund dies tun kann, dabei insbesondere Prüfung
  - Frage der grundgesetzlichen Zuständigkeiten
  - Haushaltsrechtliche Fragen (BHO, hier besonders §§ 23, 44 BHO und den VV zu den §§ 23, 44 BHO
  - sowie auf das gesetzliche Grundlagen für die Förderung des Bundes zu stützen.

## Hintergrund

### Rechtliche Rahmenbedingungen für den Bund

- Der Bund nimmt seine Aufgabe **im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe** im Rahmen der „öffentlichen Fürsorge“ als grundgesetzlich geregelter Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72, 74 Abs. 1 Nr. 7 GG) wahr.
- Da diese Aufgabenwahrnehmung jedoch hinsichtlich der Förder- und Finanzierungskompetenz des Bundes unklar war, wurde 1967 eine Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** herbeigeführt:
  - bei zentralen Einrichtungen, deren Wirkungsbereich sich auf das Bundesgebiet als Ganzes erstreckt,
  - bei gesamtdeutschen Aufgaben und
  - bei internationalen Aufgaben.Keinesfalls kann sich die Zuständigkeit des Bundes auf die Förderung regionaler oder örtlicher Bestrebungen erstrecken.
- Eine Leitlinie für die Bestimmung der Förder- und Finanzierungskompetenz des Bundes bietet der vom Bundeskabinett im Juni 1971 verabschiedete Entwurf des sog. **Flurbereinigungsabkommens**.

## Hintergrund

### Rechtliche Rahmenbedingungen

- Die Festlegungen des Bundesverfassungsgerichts und des Flurbereinigungsabkommens fanden Niederschlag in den **Gesetzesformulierungen** zur Kompetenz des Bundes im Bereich der Jugendhilfe.
  - Im SGB VIII wird die Zuständigkeit des Bundes insbesondere in § 83 Abs. 1 geregelt.
  - Diese Aufgaben- und Ausgabenverantwortung werden in den Richtlinien für den KJP (RL-KJP) noch einmal hervorgehoben:
- Der Bund wird dabei im Rahmen seiner **Anregungsfunktion** tätig, die zeitlich unbegrenzt ist. Mangels originärer Zuständigkeiten des Bundes vor Ort muss die Unterstützung vor Ort aber weiter mit der **Modellhaftigkeit** begründet werden.
- Eine auf Dauer angelegte **infrastrukturelle Förderung** ist nicht vorzusehen, allerdings sollte eine Förderung im Einzelfall bis zu vier Jahren möglich sein.

## Hintergrund

### Kompetenz zur Förderung von Modellprojekten

- **zeitlich begrenzte Projekte**,
- deren Ergebnisse auf andere Träger oder Förderbereiche **übertragbar** sind und
- die **Erkenntnisse** bringen sollen im Hinblick auf die Entwicklung, Erprobung, Überprüfung und Weiterentwicklung von Methoden und Konzeptionen

#### Zu prüfen ist dabei:

- die **Angemessenheit** der veranschlagten **Projektkosten**
- **Verfügbarkeit der Haushaltsmittel**
- welche **Projektdauer** zur Erreichung des Projektziels angemessen scheint, wobei diese an der sog. „mittelfristigen Finanzplanung“ zu orientieren hat.

## Hintergrund

### Exkurs Stiftungsmodell

#### Warum Stiftung?

- Infragestellung der Bundeskompetenz durch den Rechnungshof
- Keine Fortsetzung regionaler Projekte
- Von politischen Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag weitestgehend unabhängigen Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz .

#### 3 Wege:

- Gründung und finanzielle Ausstattung einer Stiftung bürgerlichen Rechts,
- Gründung und finanzielle Ausstattung einer Stiftung öffentlichen Rechts,
- alternativ „Aufstockung“ des Kapitalstocks einer bestehenden Stiftung oder jährliche Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt

## Hintergrund

### Exkurs Stiftungsmodell

#### Alternativen?

- **Kombination** aus Stiftungsmodell und Haushaltslösung
- „**Haushaltslösung**“ bei einem **Bundesressort**

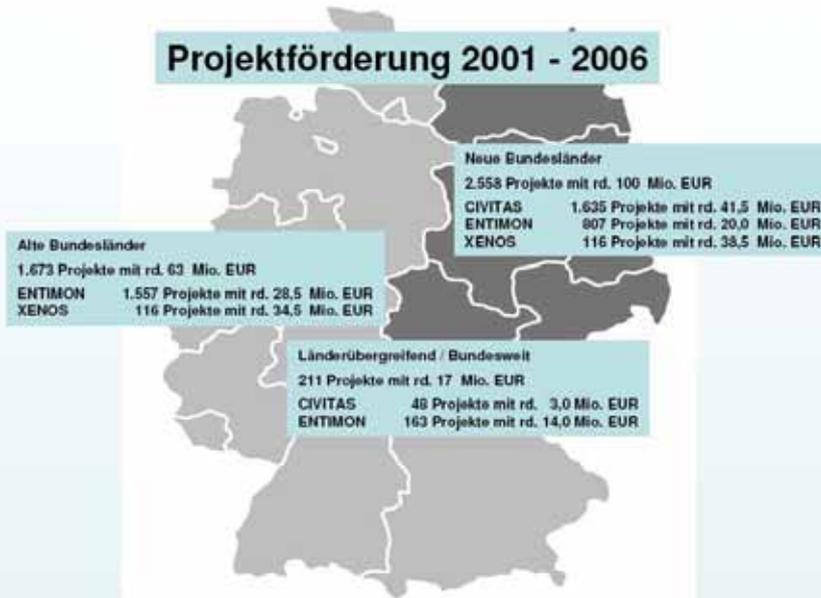
#### Bewertung:

- **Stiftungslösung**: Entzug von Haushaltsmitteln der politischen Steuerung, teuer,
- „**Mischmodell**“: Ebenfalls Entzug von Haushaltsmitteln der politischen Steuerung, aufwändige Steuerung,
- „**Haushaltslösung**“: Unmittelbare politische Steuerung durch Parlament, unmittelbare politische Willensbildung im HH-Aufstellungsverfahren

**Insgesamt müssen alle Lösungen haushaltsrechtliche Rahmenbedingungen einhalten**

## Bisherige Ergebnisse

### Projektförderung 2001 - 2006



## Bisherige Ergebnisse

### Beispielhafte Ergebnisse aus der wiss. Begleitung: ENTIMON

- 80 % der an der Befragung teilgenommenen ENTIMON-Projekte setzen ihre Arbeit nach dem Auslaufen der Bundesförderung weiter fort.
- von den gewählten Förderschwerpunkten innovative Impulse für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe aus. Dies gilt insbesondere für den Förderschwerpunkt „Interreligiöse und interkulturelle Bildung“

### CIVITAS

- Aus jedem CIVITAS-geförderten Projekt entstand mind. ein Nachfolge-Projekt mit Bezug zu den Programminhalten.
- Qualitätssteigerung auf der Ebene der Strukturen bei der Bildung von Netzwerken, der Partizipation lokaler Akteure am Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und an lokalen Konfliktlösungen und der Selbstorganisation
- Neue Kommunikations- und Handlungsprozesse wurden initiiert und gestärkt
- Verbesserung der Qualifikation des pädagogischen Personals
- Sensibilisierung von kommunalen Verantwortungsträgern

## Bisherige Ergebnisse

### Empfehlungen für die Zukunft:

- Entwicklung integrierter lokaler Strategien
- Einbezug deutungsmächtiger lokaler Akteursgruppen
- Förderung des methodenfokussierenden Erfahrungsaustauschs
- Förderung interdisziplinärer und –professioneller Kooperationen

## Situation

### Problembeschreibung

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind in Deutschland nach wie vor ernstzunehmende Probleme.

#### Verweis:

- a) Aktuelle Ereignisse in diesen Themenfeldern
- b) Ergebnisse des **Verfassungsschutzberichts 2005:**
  - politisch motivierte Straftaten – rechts: 15.361 (2004: 12.051), darunter Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund: 958 (2004: 776)
  - rechtsextremistisches Personenpotenzial: rd. 39.000 (2004: 40.700)
  - neonazistisches Personenpotenzial: rd. 4.100 (2004: 3.800)
  - gewaltbereite Rechtsextremisten: rd. 10.400 (2004: 10.000)
  - NPD-Mitglieder: rd. 6.000 (2004: 5.300)

## Beschlusslage

### Koalitionsvereinbarung

- Die Koalitionsvereinbarung setzt auf Fortsetzung und Verstärkung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz.
- **Ziele** sind:
  - Entwicklung des Verständnisses für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt,
  - Förderung der Achtung der Menschenwürde,
  - Bekämpfung jeder Form von Extremismus, insbesondere des Rechtsextremismus.
- Im Rahmen eines ganzheitlichen Integrationskonzepts sollen auch religiöse Unterschiede Eingang finden.

## Neues Programm

### Zielsetzung

- Das neue Programm soll daher vorrangig im **präventiv-pädagogischen** Bereich angesiedelt sein,
- der **Bewusstseinsbildung** dienen und
- auf **langfristige Wirkungseffekte** ausgerichtet sein.

## Neues Programm

### Arbeitstitel des neuen Programms:

„Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

- Mit der Botschaft „Für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ werden **positiv besetzte Inhalte** transportiert. Sie wirkt dadurch konstruktiv und optimistisch und spricht breite Zielgruppen an.
- Die **Prävention setzt an** den Wurzeln von Radikalisierungsprozessen an. Dem muss ein „zuvor kommender“ Ansatz mit einer „Breitenwirkungen“ ungeachtet konkreter individueller Devianzdispositionen und Risikograde, gewissermaßen eine „Grundlagen- bzw. Basisprävention“ zugrunde liegen, um damit extremen Gruppierungen keinen Gestaltungsraum zu bieten, bzw. denselben zu nehmen.

## Neues Programm

### Zielgruppen

- Jugendliche in strukturschwachen Regionen und Kommunen
- Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit
- Kinder und jüngere Jugendliche
- Migrant/innen
- Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen
- „lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteure“
- Multiplikator/innen



## Neues Programm

### Inhaltliche Schwerpunkte

- Soziale Integration
- Interkulturelles Lernen / Antirassistische Bildung
- Interreligiöses Lernen
- Kulturelle und geschichtliche Identität
- Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen
- Forschung

Darüber hinaus sind toleranzfördernde Maßnahmen im Arbeitsmarkt-  
bereich geplant.



## Neues Programm

### Allgemeine Hinweise

- Das neue Programm knüpft an die bisherigen  
Umsetzungserfahrungen aus dem **Aktionsprogramm** an und setzt  
zugleich die **Vorgaben der Koalitionspartner** um.
- Es ist - anders als das bisherige Aktionsprogramm - **auf Dauer  
angelegt**, wobei eine regelmäßige Überprüfung und  
Weiterentwicklung vorgesehen ist.
- Der Bund wird dabei im Rahmen seiner **Anregungsfunktion** tätig,  
die zeitlich unbegrenzt ist. Mangels originärer Zuständigkeiten des  
Bundes vor Ort muss die Unterstützung vor Ort aber weiter mit der  
**Modellhaftigkeit** begründet werden.
- Eine auf Dauer angelegte **infrastrukturelle Förderung** ist nicht  
vorzusehen, allerdings sollte eine Förderung im Einzelfall bis zu vier  
Jahren möglich sein.

## Neues Programm

### Handlungskonzept - Dreisäulenmodell

#### Säule 1:

##### Lokale Ebene



Förderung von  
lokalen Aktionsplänen  
in kommunaler  
Verantwortung

#### Säule 2:

##### Überregionale Ebene



Unterstützung  
herausgehobener  
modellhafter  
Maßnahmen

#### Säule 3:

##### Bundesweite Ebene



Schaffung  
zusätzlicher Orte  
zentraler  
gesellschaftlicher  
Kommunikation über  
Vielfalt und Toleranz  
auf Bundesebene

## Neues Programm

### Finanzierung

- Für das Programm sollen **jährlich 19 Mio. EUR Bundesmittel** bereitgestellt werden.
- Hinzu kommen **einzuwerbende Kofinanzierungsmittel** der Kommunen und Länder (ca. 1/3 des Bundesansatzes), Eigenmittel sowie weitere Drittmittel.
- Das **BMAS** prüft, ESF-Mittel für arbeitsmarktnahe Maßnahmen - in eigener Programmverantwortung - zur Verfügung zu stellen.

### Zeitplan

- **Startphase** (Vorbereitung, Ausschreibung etc.): Herbst 2006
- **Umsetzungsphase:**  
Programmbeginn Anfang 2007, erste Umsetzung bis 2011
- **Auswertungsphase:** permanent

### Monika Lazar:

Ich hatte vorhin bereits Wurzen als Beispiel angesprochen. Dort wird folgendes Problem deutlich: Was tun, wenn von den Kommunen zwar Bundesmittel beantragt werden dürfen, aber dort kein Problem mit Rechtsextremismus erkannt wird. Es gibt zwar eine tolle Initiative vor Ort, aber der Bürgermeister sagt nach wie vor, *die kann ruhig arbeiten, aber Geld habe ich nicht. Ich habe auch keine Mehrheiten und weiß gar nicht, ob ich das bekomme.* Wo es idealtypisch läuft, wie mit Pirna, kann ich mir vorstellen, die könnten mit der geplanten lokalen Aktionsstrategie sicherlich gut leben. Aber wenn es engagierte Leute, die das Geld beim Bund beantragen, nicht gibt oder die Verwaltung immer noch Teil des Problems ist, dann geht nichts voran. Ich denke, das ist noch ein Knackpunkt, über den man diskutieren muss.

Ich hoffe, das Ministerium wird bei den Ländern und Kommunen offensiv für das neue Programm werben. Das sollten natürlich auch alle anderen machen. Also, wenn ich vor Ort bin, sage ich auch immer zu den Bürgermeistern oder Landräten, *ihr müsst euch da selbst mit drum kümmern, es nützt alles nix.* Wir werden bald genau wissen, wie die Programme ausgestaltet sind. Dann müssen wir eng mit den entsprechenden lokalen Ebenen zusammenarbeiten und ihnen die nötigen Hilfestellungen geben. Soweit zu diesem Papier. Ich lade jetzt dazu ein, dieses Papier von den unterschiedlichen Seiten zu loben, zu kritisieren, ins Gespräch zu kommen.

## Diskussion zu Themenblock 3

### Stefan Schönfelder

Mich würde interessieren: Hat Herr Dr. Obst bei einem Treffen schon einmal die Frage beantwortet, welche Modelle man sich vorstellt, was die Säule 1 angeht? Was sollen da für Strukturen in den Kommunen existieren, die dieses Geld für bestimmte Ziele abrufen können? Gibt es da irgendwelche Überlegungen? Das würde mich wirklich interessieren.

Dann fällt mir auf, mehr zufällig, weil ich ein früheres Papier von Dr. Obst kenne, die Säule 3 heißt jetzt: „Schaffung zusätzlicher Orte gesellschaftlicher Kommunikation“. Das klingt für mich um einiges besser als im März. Da hieß es in etwa, *Finanzierung von bundesweiten Kampagnen*, in dieser dritten Säule. Da ist mir eigentlich nur Erschreckendes eingefallen. Ich würde gerne wissen, ob hier einfach nur ein anderer Begriff gewählt worden ist oder ob da auch Diskussionen dahinter stecken und man noch mal umgedacht hat.

Ich hatte auch selbst das Glück, in so einer ExpertInnen-Runde Anfang Mai nachzufragen. Da war das ganz klar, und das muss man jetzt noch mal ganz deutlich sagen und auch kritisieren: Wenn das so ist, dass die Säule 1, die die Basis dieses Programms ist, so gestaltet ist, dass das nur noch Kommunen oder kommunale Zusammenschlüsse beantragen können, ist das ein Webfehler in dem Programm. Das geht nicht.

Weil erstens werden die Träger komplett in Abhängigkeit der Kommunen gebracht. Also, die Kommune, das heißt, die Verwaltung oder der Stadtrat, bestimmt, wen sie mit einbezieht. Die Verwaltung *bastelt* sich sozusagen die Zivilgesellschaft in dem Beirat, den sie da zu schaffen hat, selber nach eigenem Gutdünken zusammen. Und diejenigen Träger, die sozusagen *passen*, kriegen dann vielleicht auch was von dem Geld ab oder nicht. Das geht nicht. Da zitiere ich aus unserem Papier: „Durch die Verwaltung der Mittel in der Kommune wird eine Abhängigkeit der Träger erzwungen.“ Als durchgehendes Prinzip geht das nicht. Man kann sich das wünschen, dass es eine bessere Zusammenarbeit gibt, und man kann so was einbauen und kann sagen, es sind Kommunen *und* Träger antragsberechtigt. Natürlich sind die Anträge, wo Kommunen und freie Träger zusammen etwas beantragen, diejenigen mit der höheren Priorität und haben bessere Chancen das Projekt zu kriegen, aber so eine Ausschließlichkeit der Kommunen geht nicht. Da muss man ganz klar noch mal aufstehen, weil die Kommunen letztendlich auch entscheiden, *mit wem machen sie das zusammen, wer setzt das dann um?* Wer sind die genehmen Träger, die ihnen das Rechtsextremismusproblem dann wegmachen? Sind das die erfahrenen Träger? Sind das die scharfen Träger, die das Problem mit einer relativen Klarheit sehen? Oder sind es die, die sagen, *na ja, sind ja unsere Jungs*, und gehen da nicht so hart ran. Das ist der erste Webfehler.

Das Zweite, was ich nach wie vor nicht verstehe, das kann ich mir nur aus der Haushaltslogik heraus erklären: Wieso stehen nach so vielen Jahren Beforschung, Evaluierung und Befragung der Bevölkerung immer noch nur Jugendliche da drin? Ich weiß natürlich, wenn man sich die Statistiken von soziologischen Befragungen anguckt, dass es immer so eine kleine Spitze gibt bei den jungen Männern zwischen 25 und 35 mit bildungsfernem sozialen Hintergrund. Natürlich gibt es so eine Spitze. Aber das ist doch nicht das Ausschlaggebende, ob die zu zwei oder drei Prozentpunkten höher vertreten sind als die Alten oder nicht. Das kann doch nicht wahr sein. Wir wissen doch inzwischen: Die NPD in

Sachsen hat einen ganz „gesunden“ Wählerstamm, was die Zusammensetzung alters- und geschlechtsbezogen oder auch bildungshintergrundbezogen betrifft. Das gibt es überall. Das kann doch nicht wahr sein, dass da immer noch *Jugendliche* drin steht und alle anderen Bevölkerungsgruppen stehen nur als Mittler in Bezug auf die Jugend drin. Das geht so nicht. Natürlich sind sie Multiplikatoren und Mittler. Aber sie müssen selber auch Zielgruppe von so einem Programm sein.

Also, wenn ihr mich jetzt entlastet und sagt, *das ist nur, weil das aus dem KJP kommt, nehmt das mal nicht so ernst*, dann ist das vielleicht noch ganz hübsch. Aber wenn man sich ernsthaft nach sechs Jahren über das Programm unterhält – was haben wir geschafft, was nicht, was muss besser werden –, dann kann man das nicht von vornherein so als gegeben hinnehmen. Das wäre der zweite große Webfehler, den ich immer noch in dem Programm sehe.

### **Angelika Thiel-Vigh**

Ich möchte noch eine andere Sichtweise auf die erste Säule mit reinbringen, auch wenn ich mich unter Umständen damit in diesem Raum sehr einsam mache. Das mit dem Jugendprojekt war auch immer Kritik. Warum das immer noch drin steht, da ist immer gesagt worden, der Bund braucht eine rechtliche Grundlage, um sein Bundesprogramm zu rechtfertigen. Aus diesem Grunde hat er es hier getan. Unsere Frage war: Gibt es nicht auch anderes, wie nationale Sicherheit oder so etwas, womit man dann ja viel begründen kann. Aber die Grundlage, warum da drin *Jugend* stehen muss, ist sozusagen das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Das brauchen sie als Grundlage. Und die ganze Diskussion innerhalb der Föderalismuskommission hat das jetzt nicht gerade sehr entschärft, weil wohl sehr viele auch nachfragen, *wo begründet sich dieses Bundesprogramm*.

Diese einzelnen Säulen haben wir in den letzten Wochen auf verschiedensten Ebenen immer wieder diskutiert. Wir hatten das Glück, immer Herrn Obst auch als Partner zu haben, um konkret Fragen zu stellen.

Aus meiner Sicht stellt sich dar, dass diese drei Säulen – auch im Gedanken des Ministeriums, auch finanziell untermauert – einen deutlichen Schwerpunkt auf die Säule 1 legen. In die Säule 1 sollen rund neun Millionen fließen, in die zweite rund sechs und in die letzte rund 4,5 Millionen. Wobei man sagen muss, dass der Schwerpunkt in der ersten Säule – da ist noch nicht klar, ob 80:20 oder 70:30 – in die neuen Bundesländer gelegt wird, ich gehe mal davon aus, neue Bundesländer plus Berlin, so dass man das auch ungefähr planen kann.

In dem ursprünglichen Papier stand ja *Kommunen/ Netzwerke*. Hier war eine Nachfrage, ob es immer zwingend ist, dass die Kommune der Antragsteller ist. Hier ist eigentlich gesagt worden, deswegen auch *Netzwerke*, es kann auch sein – wir haben in Brandenburg z.B. den *Aufbruch Cottbus*, der sich über Jahre aus einer verschiedenen Zusammensetzung gebildet hat, mit Polizei, aber auch sehr stark Zivilgesellschaft – dass diese Netzwerke auch Antragsteller sein könnten. Allerdings müssten sie dann immer nachweisen, dass sie die Ein-Drittel-Finanzierung der Kommune mitbringen. So ist der Punkt hier auch immer ein bisschen begründet worden.

Es ist nicht so etwas ganz Neues. Allen, die sagen, *es geht überhaupt nicht*, bringt Herr Dr. Obst immer das Beispiel, dass es mit der *sozialen Stadt*, die den gleichen Ansatz hat, sehr gut vor Ort funktioniert hat. Und er bringt in die Auswertung, warum es so ange-

bunden ist, auch ein bisschen die in 2001, ich glaube, 51 als Modellprojekt initiierten Aktionspläne und sagt, *wir haben uns die als Maßstab genommen, wie das so funktioniert hat*. Aus diesem Grunde muss man immer einen Dritten beauftragen. Das hatten aus meiner Sicht die anderen Aktionspläne ein bisschen zum Nachteil. Die haben immer irgendwelche Institute oder Wissenschaftler beauftragt, diese Aktionspläne zu erstellen. Der neue Ansatz soll sein, wenn man dieses Netzwerk gebildet hat, sozusagen aus dem Netzwerk heraus den Aktionsplan zu erstellen.

Warum spreche ich jetzt dafür? Ohne die Ängste und Befürchtungen auch der Nichtregierungsorganisationen hier nicht sehr ernst zu nehmen, spricht sehr viel dafür, diese so stark zu binden, wirklich die Kommune mit ins Boot zu holen, wirklich die Regionen mit ins Boot zu holen. Denn noch so engagierte Projekte, die nicht ins Rathaus kommen, die nicht in die Schule kommen, enden irgendwo. Man muss immer abwägen, was spricht dafür und was spricht dagegen.

Dass wir im Moment über ein Standbein und ein Spielbein diskutieren, hat ja auch ein bisschen das Ergebnis, dass es gerade bei den Strukturprojekten in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, rechtzeitig – und da nehme ich das Land Brandenburg nicht aus – die Länder mit zu involvieren, dass sie einen Teil der Finanzierung wirklich übernehmen. Alle tun ja jetzt so, als ob nicht absehbar war, wann das ausläuft. Aus diesem Grunde begrüße ich sehr, was im Moment im politischen Raum als Lösung für dieses Standbein gesucht wird. Da wird auch eine Unterstützung kommen. Aber – wie gesagt – es muss ein bisschen mehr gelingen, dort Partner mit ins Boot zu holen.

Die zweite Säule, die Modellsäule, wird ja vor allen Dingen sehr interessant für die Länder werden, weil hier die ausschließliche Co-Finanzierung von den Ländern abverlangt wird. Übrigens ist hier der Punkt, wo das Ministerium bei der Länderberatung vor ungefähr anderthalb Wochen deutlich gesagt hat, *der Bund wird von der Ein-Drittel-Finanzierung nicht abgehen*. Das heißt, es kommt für das Jahr 2007 auf die Länder – im Grunde genommen ohne zu wissen, wie diese Programme aussehen werden – eine Finanzierung zu, auf die sie sich nicht vorbereitet haben. Das heißt, bei den Kommunen könnte er sich auch vorstellen, so steht es auch in dem Papier, dass sozusagen Räume oder schon vorhandenes Personal bei der Ein-Drittel-Finanzierung mit angerechnet werden. Ganz und gar ablehnen würde ich das nicht. Vielleicht findet man ein Zwischending. Denn was passiert, wenn in Wurzeln der Bürgermeister überhaupt gar kein Interesse hat? Gibt es dann andere Möglichkeiten dort reinzukommen?

Aber ich finde den neuen Ansatz, und den hat er sich nicht ganz allein ausgedacht, der ist ja auch Ergebnis der Evaluierungen, denn das sind ja Empfehlungen, also danach, was sozusagen etabliert in den letzten fünf, sechs Jahren vollkommen richtig war, auch wie es gemacht worden ist, haben wir einen neuen Stand und es ist irgendwo die Zeit, dass wir die Kommunen und die Länder viel aktiver mit reinholen müssen. Und wenn sie es nicht freiwillig tun – auch das wissen wir, sie tun es nicht unbedingt freiwillig –, müssen wir sie jetzt zwingen.

Als jemand, der in der Koordinierungsstelle für das Land Brandenburg sitzt und da organisiert, finde ich den Druck in Ordnung. Der muss auch sein. Und ich finde ihn auch teilweise o.k. für Kommunen. Ich glaube, auch da ist in den letzten Jahren einiges an Bewusstsein und Veränderung passiert, die man dort auch zur Kenntnis nehmen muss.

Und die dritte Säule, lieber Dominique John, nennt sich nur anders. Nach der Nachfrage ist eigentlich deutlich, aus der dritten Säule wird die Umsetzung des Programms finanziert und es sind natürlich auch Aktivitäten des Bundes geplant. Ich meine, der Bund

wird sich hier nichts vergeben, ein politisches Mittel auch der Darstellung rauszugeben. Inwieweit das nun zu kritisieren wäre oder nicht? Ich weiß, dass es da aus dem politischen Raum auch Kritik daran gibt, dass da so ein großer Batzen dafür rausgeht. Das kann man vielleicht noch steuern.

Wichtig ist, dass das, was jetzt passiert, natürlich auch sehr geschickt gemacht ist. Im Moment werden auf Länder- und Bundesebene alle Partner eingeladen. Es wird der Deutsche Städte- und Gemeindebund eingeladen, die Länder sind eingeladen worden. Es werden die Leader der freien Wohlfahrtsverbände eingeladen. Also, man gibt im Moment allen das Gefühl, sie sind vollkommen mit einbezogen. Und man beendet jede Veranstaltung damit: Ich lade sie dazu ein, doch Anregungen und Verbesserungen aufzuschreiben und mir die mitzuteilen.

Noch etwas zu dem Termin: Keiner geht davon aus, dass ab 1. Januar 2007 auch nur ein Euro fließt. Man geht davon aus, dass das frühestens kurz vor der Sommerpause sein wird, weil man ganz klar sagt: Wir werden am 1. Januar bekannt geben, wie sehen die Formalitäten aus, wie könnt ihr euch bewerben, wer kann sich bewerben. Das heißt, wir können natürlich auch hier nicht davon ausgehen, dass jetzt irgendwelche Strukturen wegbrechen, weil er ja deutlich sagt, das sind alles neue Projekte, sie sind also auch nicht unter irgendeinem zeitlichen Druck.

So wird es im Moment thematisiert. Und was sehr wichtig ist in der 1. Säule: Dass demokratische Mitbestimmung geregelt wird, ist klar, aber man möchte auch, dass sich die Regionen per Ausschreibung bewerben können. Man regt an, dass die Länder Wettbewerbe anregen. Das heißt, man hat dann noch mal eine Zeitverzögerung. Also, wenn die Bedingungen bekannt sind, könnte erst der Wettbewerb in Gang gebracht werden, dann gibt es erst ein Auswahlverfahren, und dann könnte man starten.

Auf meine Rückfrage, ob im ersten Jahr das Geld für einen Aktionsplan vollkommen für die Erstellung eines solchen Aktionsplanes ausgegeben werden könnte, sagte Herr Dr. Obst, dass er schon möchte, dass auch im ersten Jahr ein großer Teil dieser Mittel wirklich in die Förderung regionaler Projekte geht. Man kann sich nicht vorstellen, dass man das Geld jetzt dafür aufbringen könnte, um sozusagen Analysen zu machen und aus Defiziten herauszuführen und sozusagen dann die Zielrichtung zu bringen, sondern man soll dann einen großen Teil dieser 100.000, die ja maximal für einen Aktionsplan zur Verfügung stehen, in örtliche kleine Projekte geben.

### **Vertreter des Netzwerks „Tolerantes Sachsen“**

Das Schwierige ist, dass Dr. Obst nicht da ist. Deshalb sind für mich die einzig Relevanten die zwei SPD-Bundestagsabgeordneten und ich richte mich mit meinem Plädoyer an Sie. Mehr die Kommune einbeziehen, liebend gern, aber die Kommunen das beantragen zu lassen, halte ich für eine mittlere Katastrophe. Ich kann da nur für Sachsen sprechen. Wir haben über Pirna gehört. Das ist auch die einzige Stadt in Sachsen, wo ich mir sicher bin, dass die Kommune Pirna selber beantragen würde. Die Sensibilisierung des Oberbürgermeisters in Pirna kommt u.a. daher, dass eines seiner Kinder rechtsextremes Gewaltopfer wurde. Diese Empathie oder Sensibilisierung kann man nicht jedem Bürgermeister wünschen. Ich kann mir eine Menge anderer Kommunen in Sachsen vorstellen, die definitiv nicht selber beantragen werden.

Dazu kommt dann die Hürde, in Pirna musste es eben die Steuerungsgruppe Extremismus sein, obwohl ich dort Linksextremisten nicht direkt sehe. Die Leute dort, die zivilgesellschaftlichen Akteure, sind über dieses Stöckchen gesprungen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass einige kritische Leute, die sich durchaus Kompetenzen im Rahmen der Civitas-Programme in den letzten Jahren erarbeitet haben, da ein Problem hätten. Neben mir sitzt eine Kollegin aus Wurzen. Vielleicht kann die dazu was sagen. Ich bin mir wirklich ganz sicher, wenn Kommunen selber beantragen sollen, ist das verheerend. Wir sehen, wenn ein Schulleiter in Sachsen rechtsextreme Probleme eingestehen soll, dann ist das für die ein Standortnachteil im Rahmen der Schulschließungen in Sachsen. Die sagen also dann, *wir haben zwar Probleme, werden aber den Teufel tun, das öffentlich zu sagen, weil das ein Grund sein könnte, dass unsere Schule geschlossen wird.* Warum soll das bei Kommunen anders sein? Warum sollen Kommunen gerade im ländlichen Raum sagen, *klar, wir beantragen gerne und gehen in die Öffentlichkeit mit unseren Problemen?*

Das geht an Sie beide, weil Sie anscheinend noch die einzigen machtpolitischen Personen in diesem Raume sind. Tut mir Leid.

### **Monika Lazar**

Dann gebe ich mal an eine von diesen machtpolitisch Relevanten weiter.

**Kerstin Griese**, MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Intoleranz, rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Der Koalitionsvertrag setzt daher auf Verstärkung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und Rechtsextremismus zu bekämpfen. Die gesamte Zivilgesellschaft ist gefordert, sich dem gemeinsam entgegenzustellen. Es geht um Vielfalt, Respekt für andere, Demokratie, Toleranz und die Bekämpfung des Antisemitismus. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden. Dabei setzen wir auf ein engeres Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen, mit Medien, den Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportvereinen, den Jugendverbänden und vielen anderen.

Die Schwerpunkte des neuen, auf Dauer angelegten Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sollen die Förderung lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung, die Förderung herausgehobener modellhafter Maßnahmen und die Programmsteuerung, Evaluierung, Forschung und Programmkommunikation sein. Das neue Programm soll am 1. Januar 2007 mit ersten Projekten starten. Ich freue mich sehr, dass auch weiterhin 19 Millionen Euro jährlich dafür zur Verfügung stehen.

Ausdrücklich soll darauf geachtet werden, dass die Kompetenzen der im Rahmen des Programms CIVITAS geförderten Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen und Netzwerkestellen, die wichtige Aufbauarbeit bei der Stärkung demokratischer Strukturen in den neuen Bundesländern geleistet haben, sichergestellt werden und diese Projekte vom

Bund bis zum 30.06.2007 weiter gefördert werden. Darüber hinaus wollen wir zusätzliche Mittel, um im Bereich der Mobilen Beratung weiterfördern zu können.

Die Bundesregierung fördert bereits seit 2001 mit dem bisherigen Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, bestehend aus den Teilprogrammen „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“, demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit insbesondere Jugendlicher. Seit Programmbeginn konnten rund 4.500 Projekte, Initiativen und Maßnahmen gefördert werden. Insgesamt stehen rund 192 Millionen Euro an Bundesmitteln für das bis Ende 2006 auslaufende Aktionsprogramm zur Verfügung. Das Programm hat einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen und zur Förderung soziokultureller Vielfalt geleistet. Die Evaluierung des Programms hat gezeigt, dass die lokalen sozialen und strukturellen Bedingungen stärker berücksichtigt werden müssen. Die wissenschaftliche Begleitung hat daher für ein neues Programm die Entwicklung von integrierten lokalen Handlungsstrategien und die Einbindung der kommunal Verantwortlichen empfohlen.

Ich danke an dieser Stelle zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Verbänden, Jugendorganisationen, Kirchengemeinden und der gesamten Gesellschaft für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus für ihr Engagement und ihre wichtige Arbeit.

**Sebastian Striegel**, Fachpolitischer Sprecher für Demokratie und Grundrechte im Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt

Ich würde das, was an Erfahrung aus Sachsen gekommen ist, gern auch noch mal für Sachsen-Anhalt stärken. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass ein Alleinantragsrecht der Kommunen uns in Sachsen-Anhalt wirklich weiterbringen würde, weil es einfach die Infrastruktur vor Ort nicht gibt. Das Bewusstsein ist überhaupt nicht da. Ich mache das mal an dem Beispiel Halberstadt fest. Das kennen vermutlich alle hier in der Runde. Selbst nachdem das Konstantin-Wecker-Konzert dort stattgefunden hat, das Bewusstsein ist in Halberstadt – zumindest bei den Verantwortlichen im Landkreis – in diesem konkreten Fall einfach nicht da, dass an diesem Problem gearbeitet werden muss. Und wenn die vor Ort in der Situation wären, dort Antragsteller für solche Projekte zu sein, würde es völlig schief gehen. Das muss letztlich mindestens auch bei den Initiativen liegen. Das selbe gilt im Übrigen für die Landesebene. Ich sehe momentan noch nicht, dass es die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf die Reihe bringt, eine Drittelförderung zu einem Bundesprogramm mitzutragen, wenn ich mir die Äußerungen von Herrn Böhmer, unserem Ministerpräsidenten, angucke. Ich sehe da momentan noch eine Schwierigkeit, dass das tatsächlich passiert.

### **Kerstin Griese**

Wir sind inzwischen bei 20 % bundesweit durchschnittlicher Landes-Co-Finanzierung. Ich glaube, das Land Brandenburg, das mehr zahlt, würde sich ziemlich ärgern, wenn das Nachbarland Sachsen-Anhalt einfach nichts zahlt und es durch den Bund ausgeholfen bekommt. Also, ein bisschen erzieherischer Druck muss da echt sein. Ich bin sehr, sehr froh, dass wir jetzt Signale haben, dass wir demnächst zum ersten mal die Situation haben, dass alle ostdeutschen Länder co-finanzieren.

## **Sebastian Striegel**

Wenn es diese Signale gäbe, ich wäre froh drum. Ich fände es gut, wenn Sachsen-Anhalt endlich zahlen würde, aber ich sehe einfach noch keine Signale.

## **Kerstin Griese**

Co-finanziert schon, bisher tun es alle außer Thüringen, und hoffentlich demnächst alle.

## **Frage aus dem Publikum**

Eine Frage: Es waren die Zahlen neun, sechs und 4,5 Mio. in den Raum gestellt worden zu den drei Säulen. Auf der anderen Seite gibt es die Zahl von etwa vier Millionen für die Strukturprojekte. Soll das aus einer dieser Säulen heraus oder zusätzlich sein? Das ist eine ganz spannende Frage, die bisher noch nicht beantwortet war.

## **Monika Lazar**

Zusätzlich. Im Hinblick auf die Sorge, dass die Kommunen Dinge, die sie ohnehin schon finanziert haben, jetzt vom Bund holen und refinanzieren, also, dass kein zusätzliches finanzielles Potential eingespeist ist, da hatte Herr Dr. Obst in unserer Beiratssitzung auf ein Bildungsprogramm verwiesen, was er dann nicht näher ausgeführt hat, wo es entsprechende Verträge zwischen dem Bund und den Zuwendungsempfängern gäbe, um zu sichern, dass es das Austauschen der Mittel und in der Summe dann weniger Mittel nicht geben würde. Ich fände wichtig, wenn es ein entsprechendes institutionelles Instrument gäbe, dass man das dort verankern kann.

Dann, was Frau Thiel-Vigh gesagt hat, dass auch Netzwerke Antragsteller sein können, wenn das so ist, dann ist das ja sehr erfreulich, weil ich umgekehrt auch nicht ganz die Aussage teile, dass das, was dort jetzt Konstruktionselement ist, Quintessenz der Begleitforschung war. Ergebnis der Begleitforschung war, dass man auf die Kommunen fokussiert. Aber die Begleitforscher sagen auch, Ergebnis der Begleitforschung ist, dass Kommunen und Zivilgesellschaft auf gleicher Augenhöhe bleiben müssen. Wie das derzeit konstruiert ist in der Antragsberechtigung, ist dem wirklich keine Rechnung getragen. Das entspricht dem nicht. So sehe ich es jedenfalls.

## **Vertreterin des Netzwerks für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen**

Wurzen ist heute schon mehrmals erwähnt worden. Deshalb möchten wir gerne noch mal darauf zurückkommen im Hinblick auf die Säule 1. Da ist nicht nur die Ein-Drittel-Co-Finanzierung im Sinne von wirklichen finanziellen Mitteln ein Problem. Wir bekommen im Moment jährlich 300 Euro von der Stadt Wurzen. Die bekommen wir eigentlich nur, weil wir die als Sitzgemeinde - Anteil für andere Landesmittel vom Kulturräum brauchen. Aber selbst von ideeller Seite im Sinne von Sachkosten oder Räumlichkeiten, die zur Verfügung gestellt werden, sehe ich da eher schwarz. In der Vergangenheit war es für uns als Verein in Wurzen praktisch unmöglich Räumlichkeiten zu bekommen, selbst für mehr oder weniger unpolitische Veranstaltungen wie ein Hip-Hop-Konzert oder dergleichen. Deshalb ha-

ben wir nach jahrelanger Arbeit jetzt ein Haus ausgebaut und eröffnet, um einfach diese Möglichkeit zu haben, eigene Räumlichkeiten so bespielen zu können, wie wir es wollen. Da sehe ich – ehrlich gesagt – vollkommen schwarz das irgendwie umzusetzen.

Der Oberbürgermeister verweigert zwar mittlerweile nicht mehr die Teilnahme an Veranstaltungen mit Wolfgang Thierse. Es war sein Vorgänger, der damals nicht erschienen ist. Als wir unser Haus eröffnet haben, war er sehr wohl da und hat uns auch freundlicherweise mehrere Freibadgutscheine überreicht. Aber weiter hinaus geht die Anerkennung auch nicht. Bis heute fehlt jedes öffentliche Bekenntnis von ihm, dass es ein Problem mit Rechtsextremismus in der Stadt gibt, und das in einer Stadt, wo es einen rechtsextremistischen Versandhandel gibt, der bundesweit im Internet agiert.

### **Holger Kulick, Internetplattform „Mut gegen rechte Gewalt“**

Mich interessiert die Information, dass künftig Netzwerke und Kommunen auch Mittelverwalter sein sollen. Das wäre nämlich nach wie vor fatal. Meines Erachtens sind es drei große Lücken, die bei dem Bundesprogramm unbedingt zu monieren sind.

Ein Punkt ist das, was Herr Schiller-Dickhut sagte, Verlust der gleichen Augenhöhe. Man ist abhängig von Kommunen, die sich genehme soziale Träger schaffen. Dann kann genau das passieren, was in Mecklenburg-Vorpommern, in Anklam, Günter Hoffmann passierte, zu dem der ASB gesagt hat: *Dass Sie sich hier gegen die NPD engagieren, die eine demokratisch registrierte Partei ist, das können wir uns nicht leisten.* Und in ganz vielen dieser Kommunen wird solche Arbeit sich ganz intensiv mit der NPD reiben müssen. Da werden ganz viele Kommunen in einen Zwiespalt kommen, das tragen zu müssen – *jetzt verklagt uns möglicherweise die NPD, wir können uns das nicht leisten.* Auch das sollte man unbedingt im Hinterkopf behalten. Kommunen hier in die Verantwortung zu setzen, ist ein ganz großes, auch juristisches Risiko.

Zum anderen, was nach wie vor immer wieder erwähnt wird, aber es findet sich offensichtlich immer noch keine Lösung, ist dieses tiefe schwarze Loch, mindestens ein halbes, wenn nicht gar ein dreiviertel Jahr im nächsten Jahr, das nicht mit Fördermaßnahmen gefüllt werden kann. Wie viel Abwanderung, wie viel zerplatzende erfahrene Projekte wird es da wohl geben?

Und nach wie vor ist in dem Papier vollkommen ungelöst das schon vorhin monierte absolute Verschleudern von Kompetenz dadurch, dass es null Hinweis darauf gibt, wie man verdienstvollen Projekten, die nicht ins Raster passen – sei es das ZDK, Schule ohne Rassismus oder Opferberatungsstellen – wirklich eine Perspektive geben kann.

### **Wolfram Hülsemann**

Ich wollte noch zwei Dinge sagen, einmal zu den Netzwerkstellen. Da schillert es noch ein bisschen – beantragungsfähig oder nicht? Es wird gut sein, wenn man sich jetzt schon Gedanken macht, spätestens in den Bundesländern, in den Regionen, wie man zu Gruppen kommt, die sich einmischen, auch vor Ort schon einmischen in die Gestaltung, in die Überlegung zu den Programmen, die irgendwann kommen werden und dann beantragungsfähig sind. Es wird wenig Sinn machen, wenn man jetzt solange wie das Kaninchen auf die Schlange sieht, was kommt, sondern man sollte eine Gegenstrategie entwickeln und deutlicher sagen, *wir sind jetzt hier!* Das heißt, die unterschiedlichen Kräfte vor

Ort sollten sich zusammentun und sagen, wie gehen wir eigentlich mit diesen Unwägbarkeiten um, z.B. dass aus einem Netzwerk ein kleiner Verein wird, der dann antragsfähig ist. Denn ein Netzwerk wie Cottbus ist nicht antragsfähig normalerweise, aber die können sich auf so eine Sache jetzt schon einrichten.

Das andere, was mir hier ein Stückchen fehlt, ist das Stichwort *Demokratie*, oder ich habe es nicht so sehr gesehen. Denn wir wissen inzwischen, dass es ganz gut ist, neben allem Skandalieren des Rechtsextremismus, der Brutalität und dessen, was zu beschreiben ist, konstruktiv – auch gerade weil das eben gesagt wurde – mit den Wertekonservativen ins Gespräch zu kommen und zu sagen, diese Demokratiegestaltung ist das Entscheidende. Ich gebe ein Beispiel, damit es nicht so abstrakt klingt: *Leitbildentwicklung* ist abgeleuchtet, damit kann man niemandem mehr kommen. Aber wenn man in einer schwierigen Situation in eine kleine Stadt, in ein Dorf hinkommt und sagt, *lasst mal gucken, was für euch, für diesen Ort gut ist, und lasst uns ein Modell entwickeln, wie wir damit umgehen*, dann ist sozusagen dem Rechtsextremismus schon ein Fuß in den Weg gestellt. Wir haben nicht alle Probleme gelöst und schwierige Gesprächspartner gibt es auch nicht nur, das muss man gerecht sagen, im wertekonservativen Bereich. Wir können die „tauben Nüsse“, um es mal hier im geschlossenen Raum zu sagen, auch genauso bei der SPD sehen oder bei Bündnis90/Die Grünen, denn spätestens dann, wenn es zur Konflikthaftigkeit im eigenen Raum kommt, wenn es um die Wahlstimmen, wenn es um den Klüngel geht und es da keine Homogenität gibt oder die Homogenität im Gemeinwesen gefährdet ist, dann schillern die Parteifarben in allen Facetten. Also ist es wichtig, dass man den Gesprächspartnern da begegnet, wo es ihnen ans Mark oder an ihre wirklichen Lebensfragen geht – *wie geht es mit dem Gemeinwesen weiter* – und da Demokratieförderliches mit ihnen findet.

Der Punkt war eigentlich: Davon steht mir in diesem Papier zu wenig. Es setzt wieder vordergründig bei den Problemen ein. Die sollen ja durchaus benannt sein, aber von der eigentlichen Gestaltung einer partizipativen Demokratie steht mir zu wenig drin.

### **Monika Lazar**

Wir haben viele Anregungen gehört. Ich schlage vor, dass ich nach diesem Fachgespräch die Quintessenz Herrn Dr. Obst mitteilen werde. Daneben sollten wir alle auch in den kommenden Monaten Stellungnahmen schreiben, Abgeordnete einladen und öffentlich auf die Probleme hinweisen.

### **Frage aus dem Publikum**

Wenn Herrn Dr. Obst das alles referiert wird, kann da nicht gefragt werden, ob es möglich ist, bevor das im Oktober festgeklopft wird, was endgültig im Papier steht, dass er dann vielleicht diesen Termin in der Runde rechtzeitig nachholen könnte?

### **Monika Lazar**

Ich werde es ihm vorschlagen. Ich denke, das Interesse zum Austausch ist auch von seiner Seite gegeben.

## Themenblock 4: Erfahrungen, Erfolge und Grenzen von Landesprogrammen

**Angelika Thiel-Vigh**, Koordinierungsstelle für das Handlungsprogramm „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung Brandenburg

Recht herzlichen Dank für die Einladung. Um auf das Programm selber einzugehen, das sehr umfassend ist, ist wahrscheinlich hier nicht der richtige Rahmen. Wichtig ist jedoch: es gibt bereits seit 1998 ein Handlungskonzept der Landesregierung. Ein Vater dieses Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg" ist Wolfram Hülsemann, der später selbst noch einiges dazu sagen wird. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat allerdings nicht erst 1998 angefangen, sondern schon Jahre vorher - die politische Ebene brauchte aber offenbar eine gewisse Zeit, um sich so deutlich zu bekennen.

Das erste Handlungskonzept ist 1998 durch die Landesregierung verabschiedet worden. Es bildet einen Rahmen und es werden politische Ziele und konkrete Punkte benannt, wo sich die Landesregierung in der Verantwortung sieht. Mit Bildung der neuen Landesregierung im Jahre 2004 und dem neuen Ministerpräsidenten Platzeck ist das Thema *Kampf gegen Rechtsextremismus* dann in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden - mit dem Auftrag, das seit 1998 bestehende Handlungskonzept auf den Prüfstand zu stellen, es zu überarbeiten und sich als Landesregierung ggf. neu zu positionieren.

Dazu ist zu sagen, die Inhalte sind nicht der gravierende große Umschwung gewesen. Vieles ist aus dem Papier von 1998 in der Tat fortgeschrieben worden. Wesentlicher erscheint mir, dass sich die Landesregierung neuerlich explizit auf ein 'Handlungskonzept' verständigt hat. Darauf wird auch von Wissenschaftlern - wie erst kürzlich wieder durch Prof. Kleger, Universität Potsdam, in seinen Ausführungen zum Handlungskonzept 'Tolerantes Brandenburg', hingewiesen, indem er die besondere Bedeutung betont, dass eine Landesregierung über ein solches Konzept gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verfügt.

Zu Ihrer Information habe ich ein paar Exemplare mitgebracht. Interessierte können sich den Text jedoch auch aus dem Internet herunterladen [[www.tolerantes.brandenburg.de](http://www.tolerantes.brandenburg.de)]

Das Handlungskonzept ist sehr stark mit der Zivilgesellschaft gemeinsam erarbeitet worden - insbesondere mit den sog. "Strukturprojekten", also z.B. dem Verein "Opferperspektive" und den "Mobilen Beratungsteams" (MBT). Das heißt, neben der Positionierung der Landesregierung finden sich auch Nichtregierungsorganisationen im Konzept wieder. Wichtig war uns, diese bereits in der Diskussion um das Handlungskonzept mit einzubeziehen.

In vielen Punkten - sage ich mal persönlich - wäre es in meinem Interesse gewesen, dieses Handlungskonzept noch innovativer zu machen und noch deutlicher die Landesregierung in die Verantwortung zu nehmen. Aber das ist ein Papier, was sozusagen über alle Ministerien erarbeitet worden ist. Das heißt eben auch in so einer Verwaltung, dass man da auch gewisse Kompromisse eingehen musste. Einige Ansätze, wie z.B. der, mit wirksamen Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereits früh, also etwa im Bereich frühkindlicher Erziehung, finden sich zwar wieder, aber nicht so detailliert, wie wir es uns das eigentlich gewünscht hätten. Natürlich müsste - wenn man etwa

nur die Bereiche Schule oder Kindertagesbetreuung aufgreift – die Landesregierung dann letztendlich ja auch Defizite eingestehen. Mit dem Handlungskonzept sagt die Landesregierung in Brandenburg nun zwar nicht, *ja, wir geben alle unsere Fehler zu und beheben sie sofort*, sondern hat damit vielmehr einen u.U. Jahre langen Prozess der Veränderung begonnen. Und ich bin der Auffassung, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, dass Brandenburg damit auf jeden Fall auf dem richtigen Weg ist.

Wir haben uns bei der Formulierung des Handlungskonzeptes u.a. sehr orientiert an den Ausführungen des Berliner Politikwissenschaftlers Prof. Hans-Gerd Jaschke, der in der Strategie gegen Rechtsextremismus drei Handlungsebenen in Ansatz bringt:

- (1) die Symbolpolitik,
- (2) die soziale Integration,
- (3) aber auch permanente Repression.

Dieser Ansatz spiegelt sich im Handlungskonzept wider. Diese eher theoretischen Ausführungen werden jedoch ergänzt durch den sog. 'Maßnahmenkatalog' – dieser ist integraler Bestandteil des Handlungskonzeptes. Dieser Maßnahmenkatalog wird jährlich fortgeschrieben und dokumentiert damit auch sozusagen die kontinuierlich stattfindenden Veränderungen oder Fortschritte im Kampf gegen Rechts. Im Maßnahmenkatalog beschreibt jedes Ressort der Landesregierung seine Ziele, den Zeitrahmen von deren Umsetzung und macht darüber hinaus Angaben zu konkret eingeleiteten bzw. durchgeführten Maßnahmen. Das wird von der im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angesiedelten Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Handlungskonzeptes der Landesregierung in regelmäßigen Konsultationen abgefragt und dargestellt.

Das Handlungskonzept lebt von Netzwerken - und zwar mehreren. Das ist einmal das Netzwerk Landesregierung, das sozusagen alle Ministerien in die Umsetzung dieses Handlungskonzeptes einbezieht. Es ist erstaunlich, dass in der Zwischenzeit bspw. selbst ein Landwirtschaftsministerium oder das für Städtebau zuständige nicht mehr daran zweifelt, dass es im Kampf gegen Rechtsextremismus je seinen nicht unerheblichen Teil beitragen kann. Aber es gibt darüber hinaus andere Netzwerke, die wir versuchen, zu entwickeln bzw. in das Handlungskonzept einzubinden. Für das Land Brandenburg sind die Hauptsäulen in der Zivilgesellschaft als Partner auf Landesebene das "Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit", die "Mobilen Beratungsteams" (MBT), die "Opferperspektive" und der Verein "Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V.", kurz: die "RAA". Das ist nicht nur ein verbales Bekenntnis der Landesregierung, sondern kommt denn auch in deren finanziellen Unterstützung zum Ausdruck. So erhielten die Mobilen Beratungsteams von Anfang an eine Vollfinanzierung durch das Land - eine solide Finanzierung, wie wir meinen, die natürlich aus Sicht der MBT nicht ausreichend ist. Und in der Tat reichen die rund 720.000 Euro für die MBT jährlich bei Weitem nicht aus, es muss mehr getan werden. Wir versuchen bei der Ausgestaltung des Haushaltes, diese Notwendigkeiten im politischen Raum zwar darzulegen, aber wir sind im Moment schon froh, dass wir seit einigen Jahren über ein Volumen von insgesamt rund 1,2 Mio. Euro p.a. verfügen können. Davon entfallen rund eine Million auf die Unterstützung aller landesweit wirksamen Strukturprojekte und weitere rund 200.000 Euro aus Lottomitteln, um kleinere Projekte vor Ort zu fördern. Mit diesen Partnern sind wir als Koordinierungsstelle im übrigen in einem kontinuierlichen intensiven Austausch zur weiteren inhaltlichen Ausgestaltung bzw. Fortschreibung des Handlungskonzeptes

Ein weiteres Netzwerk, das wir seit einiger Zeit sehr intensiv ausbauen, besteht aus anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, weiteren wichtigen Partnern im Kampf gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit: wie z.B. dem Landessportbund, den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Brandenburg, der Feuerwehr oder Tourismus- und Jugendverbänden, um nur einige wichtige zu nennen. Und im Moment ist auch sehr im Fokus unserer Arbeit, bestehende Netzwerke vor Ort, also auf kommunaler Ebene, zu stärken oder deren Aufbau zu initiieren. Wir haben kürzlich den ersten Kooperationsvertrag mit einem Landkreis abgeschlossen. In diesem Kooperationsvertrag bekennt sich der Landkreis u.a. auch zu den Zielen des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg" und erhält Unterstützungsangebote durch das Land für die Umsetzung weiterer, auf Kreisebene ausgerichteter, etwa präventiver Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Für uns ist sehr erstaunlich, dass es im Moment sehr viele Landräte gibt, die auf einmal wirklich sagen, *wir wollen mit euch ins Gespräch kommen, wir haben Probleme in unserer Region und wie könnten wir gemeinsam auch mit eurer Erfahrung etwas auf den Weg bringen*. Die Unterstützung gerade der politischen Ebene, in diesem Falle also der Landräte, ist aber sehr bedeutsam, um in den Kommunen nachhaltige Wirkungen erzielen zu können.

Trotz aller Anstrengungen ist das Problem eines weiterhin real existierenden Rechtsextremismus in Brandenburg nicht beseitigt. Es gibt immer wieder Vorfälle, es ist von 'Angstzonen' die Rede, in denen anders aussehende, farbige, schwarze Menschen um Leib und Leben fürchten müssen – natürlich nicht nur in Brandenburg, aber eben auch in unserem Land. Wir sehen auch, dass es nach wie vor nicht ausreichend gelingt, in der Symbolpolitik der Landesregierung ein sehr klares Zeichen nach außen zu bringen, Schaden abzuwenden und zu verdeutlichen, dass Brandenburg einsteht für eine starke und lebendige Demokratie, für eine starke Zivilgesellschaft. Ich kann Karsten Heye nur äußerst dankbar sein für die von ihm angeregte Diskussion um "no go areas" in der Region, weil er damit die Diskussion sozusagen auch wieder in das Land hineingetragen hat. Nicht Heyes Aussagen sind im übrigen zu kritisieren, sondern wie manche auf seine Meinungsäußerungen reagieren. Ich glaube, wenn man da ein bisschen selbstbewusster ist und sagt, *es gibt solche Räume bei uns im Land, wir haben Vorfälle, wir haben auch Regionen, die sich dieser Problematik noch nicht so stellen*, dann vertut man sich da nichts. Aber im politischen Alltagsgeschäft reagiert man oft sehr hektisch, gerade auch auf bestimmte Aussagen anderer. Das ist dann für mich auch eine Begründung, warum trotz jahrelanger sehr intensiver Arbeit auf diesem Gebiet Brandenburg in der öffentlichen Wahrnehmung immer mal wieder negativ dasteht. Ich will da nichts entschuldigen und es ist auch innerhalb der Landesregierung nicht so, dass da irgendwas klein geredet wird, wiewohl sich auch das Parlament immer wieder in die Diskussion einbringt. Aber gerade, indem man in Brandenburg offen die Thematik Rechtsextremismus anspricht und über geeignete Gegenstrategien debattiert, gelegentlich auch streitet, wird das offenbar in der Öffentlichkeit so registriert als: *die haben da wohl ziemliche Probleme, größere jedenfalls als in anderen Bundesländern – denn da spricht man ja nicht so viel darüber oder hört man nicht soviel davon*. Ich halte das, wie gesagt, für einen Trugschluss.

Für uns entsteht mit dem Wegfall des Bundesprogramms, insbesondere mit dem Wegfall der Förderung für die Strukturprojekte, ein Finanzierungsproblem, ein einziges. Das ist die Opferperspektive. Wir versuchen im Moment innerhalb der Landesregierung mit der Opferperspektive hier eine Finanzierung hinzubekommen. Natürlich hoffen wir, dass der Bund nicht von heute auf morgen in Gänze dort aussteigt, weil so eine größere Summe – wir reden hier von rund einer viertel Million Euro – doch schon für uns sehr problema-

tisch ist. Dazu kommt, dass wir im Moment als Land Vorsorge treffen wollen, um die Co-Finanzierung für das geplante neue Bundesprogramm bereits irgendwie noch in die Haushaltsdebatten mit hineinzubringen. Denn das Land Brandenburg hat mit am lautesten gerufen, dass die Bundesprogramme weitergeführt werden sollen. Und wenn man das so deutlich artikuliert, muss man sich dann auch daran messen lassen, inwieweit man bereit ist, die Co-Finanzierung aufzubringen. Wie gesagt, das wird in der jetzigen Haushaltsdebatte Thema für uns sein, schon im Haushalt 2007 die Co-Finanzierungsmittel von Landesseite hineinzubekommen, um dann auch Modellprojekte absichern zu können.

Es ist ein bisschen so, dass in der geplanten mittleren (Förder-) Säule – auch anders als bei den Bundesprogrammen davor – nicht mehr so viele Projekte angestrebt werden. Wenn man sich mal die früheren Zahlen anschaut, so sind bisher zwischen 400 und 450 Projekte gefördert worden. In der neuen Säule wird man eindeutig höchstens 50 Modelle in der gesamten Bundesrepublik auf den Weg bringen, also wirklich groß angelegte Projekte, so dass man auch davon ausgeht, dass der Bund im Moment anvisiert, dass jedes Land den Zuschlag für zwei bis drei Projekte bekommen könnte und dann entsprechend auch mit fördern müsste.

Diese Zahlen, die ich gerade genannt habe, auch diese zwei bis drei Projekte oder die möglichen geförderten "Aktionspläne" pro Bundesland (aus der geplanten ersten Säule), das sind wie gesagt bloße Planungsgrößen, weil die Ländervertreter die Frage gestellt haben, wie die insgesamt zur Verfügung stehenden 19 Millionen EUR eigentlich verteilt werden sollen. Man hat nicht vor, den Königssteiner Schlüssel anzuwenden oder nach dem Windhundprinzip zu verteilen, sondern eine gewisse ausgewogene Verteilung über alle Bundesländer zu erreichen – wobei allerdings bei der ersten Säule, also der Entwicklung lokaler Aktionspläne, vor allem die neuen Bundesländer davon profitieren sollen. Aber auch hier gehen wir davon aus, dass die Kommunen nicht alleine die Co-Finanzierung hinkriegen werden. Auch hier werden wir unter Umständen mit den Kommunen, mit dem Städte- und Gemeindebund oder dem Landkreistag überlegen, ob wir einen Vertrag zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden erreichen können, etwa dergestalt: *Wenn ihr bereit seid, bestimmte Summen zu geben, könnten wir uns vorstellen, dass wir wenigstens im ersten Jahr uns überlegen, ob wir uns daran beteiligen könnten.* Und hier könnte dann auch u.U. wieder das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" gefordert sein.

Eines festzuhalten ist mir in diesem Kontext noch wichtig: Es handelt sich beim Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg", wie der Name bereits ausdrückt, um ein Konzept der Landesregierung und nicht um ein Programm. Darauf lege ich sehr großen Wert, weil ständig – gerade bei den Zuwendungen für die freien Träger – etwa aus dem parlamentarischen Raum natürlich die Fragen nach der Evaluierung kommen, auch bei den kleinen Projekten. Jedoch gerade, wenn man kleinere Projekte fördert, ist es immer schwierig, deren Effizienz nachzuweisen.

**Wolfram Hülsemann**, demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung  
(Mobile Beratung)

Ich habe mich gefragt, was Sie nach den interessanten Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen noch interessieren könnte. Ich will auf einen Punkt hinweisen. Vielleicht haben Sie auch zwischendurch Fragen. Sie können mich jederzeit unterbrechen.

Ich will auf einen Punkt hinweisen, der uns unterschwellig immer deutlich sein muss und die Arbeit in Brandenburg über die Jahre begleitet hat. Zivilgesellschaft lebt grundsätzlich ohne die Zustimmung des Staates. Zivilgesellschaft hat das Bedürfnis mitzugestalten, teilzuhaben an der Entwicklung der Gesellschaft. Das ist ein ganz simpler Satz, hat aber einen stark emanzipativen Anspruch. Gleichzeitig führen wir einen Dialog mit dem Staat, damit die Zivilgesellschaft sich bewegen kann. Das ist ein Kuriosum – eigentlich. Und dieses Kuriosum lässt sich nur auflösen, wenn wir eine besondere Problematik beschreiben.

Deshalb ist es gut, wenn wir von vornherein immer wieder sagen, es geht nicht um Verlängerung der staatlichen Finanzierung von dauerhaften Strukturen und Gestaltungsformen der Zivilgesellschaft an sich etc. Da müssen wir eher an die Regelaufgaben denken. Da müssen wir an die Kinder- u. Jugendarbeit denken. Da müssen wir an die politische Bildung denken, an Aufgaben, zu denen der Staat verpflichtet ist. Diese Finanzierungsfrage ist also ein Problem. Ich werbe immer dafür, sich dieses Problem wirklich ständig bewusst zu machen. Denn wir können – jetzt rede ich für die besondere Brandenburger Situation-, wir können dem Staat Angebote machen, die in besonders schwierigen Fragen unterstützend wirken. Der Staat kann im Sinne der Subsidiarität Maßnahmen und Projekte ermöglichen, die notwendig sind, die er aber gar nicht leisten kann oder leisten sollte. Wir in unserem speziellen Falle machen ein Beratungsangebot oder ein Entwicklungsangebot, ein Angebot als Hilfe zur Entwicklung von Demokratie. Wir machen ein Angebot. Dieses Angebot kann angenommen werden. Und wir tun das aus taktisch-strategischen und grundsätzlichen Überlegungen. Vieles, damit es angenommen wird. Aber es bleibt ein Angebot. Es entlässt uns aus der Haltung des Bittstellers. Wir als „Strukturprojekt“ beziehen keine Alimente.

Das ist ein gewagtes Spiel, aber es ist die notwendige Konsequenz. Sie können sich vorstellen, dass wir das auch ganz betriebsintern immer wieder streitbar diskutieren. Ich halte es aber für einen Irrweg, wenn Zivilgesellschaft und die Akteure der Zivilgesellschaft sich immer wieder in die Haltung des Bittstellers drängen lassen. Im Civitas-Beirat habe ich es immer wieder als einen falschen Weg gesehen und auch so beschrieben, dass man die Strukturprojekte aufforderte, sich künftig selber sozusagen um die Finanzen zu kümmern und bei den Bundesländern zu betteln. Man forderte die sog. Strukturprojekte auf, selbst bei den Bundesländern vorstellig zu werden, bei einem Projekt, dass der Bund selbst auf die Wege gebracht hatte. Weil die Grundkonzeption hier von Anfang an diese Schiefelage hatte, kamen und kommen die Strukturprojekte in die von mir beklagte Haltung der Bittsteller. Sie wissen alle, dass das nicht für Brandenburg gilt. Wir werden in unserem Rollenverständnis bereits seit 1998 aus Landesmitteln voll finanziert, weil das Parlament ein Problem erkannt hat, dass mit staatlichen Instrumentarien allein nicht zu bewältigen ist.

Daraus folgt aber auch von unserem Ansatz her, dass wir die besondere Situation beschreiben und dass wir uns – jetzt spreche ich wieder pro domo – als eine Art Dienstleistung verstehen. Wir bieten der Regierung eine Dienstleistung an. Das bringt aus meiner

Sicht nicht größere finanzielle Sicherheit, aber eine größere Sicherheit im Rollen- und Selbstverständnis. Von da aus leitet sich ab, was ich heute Vormittag zu sagen versuchte, dass sich die Frage stellt: Wie komme ich bei den tatsächlichen und potentiellen „Kunden“ an? Welche Interessen kann ich wecken, damit sie Interesse an meinem Angebot haben? Es sind steile Sätze. Das ist mir klar. Aber sie helfen mir zunächst mal die Koordinaten wieder auf den Punkt zu bringen, von dem aus wir unser Anliegen und unsere Interessen vertreten können. Zivilgesellschaft ist nicht abhängig von der Bewilligung und von den Spenden oder von der Alimentierung des Staates. Dass ein demokratischer Staat ohne Allmachtsvorstellung die Gestaltung des gesellschaftlichen Klimas nicht seiner Administration überlassen kann, ist weitgehend unstrittig. Dass er angemessene und aus der jeweiligen Situation abgeleitete Rahmenbedingungen kreieren soll, muss notfalls politisch erstritten werden. Nach meinen Erfahrungen dürfen diejenigen, die an solchen Projekten ökonomisch beteiligt sind, hier am aller wenigsten agieren. Ihnen wird (meist zu unrecht) vorgeworfen, dass es ihnen nur um ihre persönlichen Bedürfnisse ginge!

Vielen gesellschaftlichen Kräften war und ist es gelungen, die staatlichen Akteure auf das Problem Rechtsextremismus in seiner Vielschichtigkeit aufmerksam zu machen, so dass die Landesregierung offen sagen musste: „Ja, wir haben ein Problem.“ Das war sicher das erste Kunststück oder die Hauptenergie. Nun konnten wir miteinander darüber reden.

Bis die staatlichen Stellen Brandenburgs in einigen Teilen – man darf das wirklich nicht euphemistisch beschreiben – das Problem begriffen, war es ein sehr langer Weg gewesen. Wir wissen gleichzeitig, dass wichtige Akteure querbeet über die Parteien hinaus heute noch sagen, *ach ja, lasst mal die Spinner da machen*, und das gesamte Programm, das sie selber beschlossen haben, mit einer inneren Distanz betrachten. Das wird aber nicht mehr öffentlich verkauft, aber es ist trotzdem noch da. Dafür gibt es auch immer noch deutliche Anhaltspunkte.

Ich habe noch Pfiffe bei einer größeren Veranstaltung auf dem Alex vor Jahren geerntet, als ich gesagt habe, wir werden mit dem Rechtsextremismus politisch leben lernen müssen. Das heißt ja nicht, dass man diese politische Verwirrung akzeptiert. Aber es beinhaltet ständigen und breiten Diskurs über die Grundwerte der Demokratie und was sie gefährdet. Es bedeutet nicht, dass wir morgen die Aufgabe als bewältigt zur Seite legen können.

Und Beratungsarbeit, wie wir sie verstehen, ist Beziehungsarbeit. Wer immer sich damit mal beschäftigt hat, weiß, dass Beziehungsarbeit keine kurzfristige Sache sein kann. Sie braucht einen langen Atem. Wenn Menschen lernen, ihre politischen Beteiligungsmöglichkeiten zu entdecken und zu entwickeln, brauchen sie Zeit. Beratungsarbeit, Arbeit gegen Rechtsextremismus ist Beziehungsarbeit unter Demokratinnen und Demokraten in aller Heterogenität, die die Demokratie ja so liebenswert macht.

Beratungsarbeit kann so von Menschen unterschiedlicher Lebenskultur und politischer Prägung vor Ort angenommen werden. Der Konsens der Demokraten ist uns jedenfalls wichtig, als ein Ansatz, der immer wieder neu zu bewähren, immer neu zu erringen ist - und häufig schief geht.

Von Anfang an musste sondiert, musste geklärt werden, *was ist eigentlich los im Land und wie ist das zu bewerten*. Es mussten Ansätze für die Beratungsarbeit gesucht werden. Es mussten auch Fehler gemacht werden. Nur so konnte und kann man weiterkommen.

Deshalb sage ich: Die Kampfpose gegen Rechtsextremismus, die manchmal notwendig waren und in Teilen auch immer noch ihre Berechtigung haben, können einer stringente-

ren Strategie weichen - einer Strategie, die eine partizipative Demokratie in gezielter Beiläufigkeit einfädelt, einübt, in der sich Demokratie als innere Kraft der Akteure immer als eine sichernde Kraft entwickeln kann.

Und die Vernetzung, von der so viel gesprochen wird, die beste Vernetzung geschieht im Wachsen, im Arbeitsvollzug unterschiedlicher Akteure und nicht als pathetische Ansage. Wichtig ist, dass im Vorfeld dieses neuen Bundesprogramms Leute auch in großer Unterschiedlichkeit sich zusammenfinden können. Ich denke, ich gehöre zu denen, die ziemlich genau die höchste Ausdifferenzierung der Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus beschreiben und wahrnehmen können. Wir sind zwar gegen Rechtsextremismus, aber in unseren unterschiedlichen Haltungen, in unseren Sozialisationen, in unseren Vorstellungen vom Gestalten der Gesellschaft gehen wir mitunter weit auseinander. Es ist wichtig, an solch einem Punkt Vernetzungen zu schaffen, die diese Unterschiedlichkeit akzeptieren und das Gemeinsame befördern.

Die Spannung zwischen den sehr unterschiedlichen demokratischen Kraftfeldern, auch zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist ja etwas ganz Normales. Natürlich plaudere ich kein Geheimnis aus, dass es im Laufe der Jahre deutliche Auseinandersetzungen zwischen den Optionen, Wünschen, Wunschvorstellungen von Leuten aus dem staatlichen Bereich, aus öffentlichen Verwaltungen und den zivilgesellschaftlichen Akteure gegeben hat. Kommunalpolitiker und öffentliche Verwaltungen hatten Angst vor Imagebeschädigung. Zivilgesellschaftlich Engagierte skandalisierten und sagten: Hier schlafen sie alle oder behaupteten unmissverständlich, dass selbst die Bürgermeister zur „Problemgruppe“ gehörten. Große Spannungsfelder auf allen Ebenen, bis hinein zur Landesregierung. Diese fragten auch, wie kann man messen, was da eigentlich passiert. Die CDU hat vor Jahren noch gesagt, brauchen wir alles gar nicht, Ihre Arbeit als MBT brauchen wir nicht, wir haben 500 Polizisten, die kriegen die Sache schon in Ordnung. Inzwischen hört sich das innerhalb der CDU Brandenburgs völlig anders an.

Ich will sagen: Diese Spannung beklagen wir nicht, sondern diese Spannung ermöglicht den Energiefluss innerhalb der Zivilgesellschaft. Es hilft nichts, wenn wir als Klagende auftreten. Natürlich sage ich das aus Brandenburger Erfahrungen. Wir bemühen uns aus den Möglichkeiten das Machbare zu gestalten. Wer sich für Demokratiegestaltung einsetzt, darf nicht in eigener Larmoyanz ertrinken, sondern muss fest dem Gelingen vertrauen. Ich sehe mich in dieser Haltung nicht als Trautänzer. Ich sehe auch, es ist viel zu wenig, gemessen an dem, was getan werden müsste. Es wäre viel mehr drin, wir wären alle miteinander weiter, wenn sich Mandatsträger und Administrationen flexibler und mutiger zeigten.

Was die neuen Programme angeht, wird es darauf ankommen, die Steuerung dieser Programme bis ins Kleinteilige im Blick zu behalten. Es darf nicht passieren, dass die Abgeordneten sagen, *so, wir haben es politisch auf den Weg gebracht. Die Umsetzung muss jetzt die Arbeitsebene richten.* Im Detail entscheiden sich die Inhalte! Im Detail entscheidet sich das politische Profil des Programms überhaupt. Deshalb braucht es an dieser Stelle eine hohe politische Achtsamkeit. Ich wünsche mir allerdings nicht – das wieder nur für Brandenburg gesprochen – dass der Bund bis in die letzte Nische der Ostprieignitz beschreibt, was da möglich ist. Ich wünsche mir nicht im Bundesprogramm – deshalb kann ich dem an einigen Stellen etwas abgewinnen – dass der Bund, wie das bei Civitas der Fall war, dem Land vorschreibt, wie die finanzielle Ausgestaltung von Projekten laufen soll. Ich wünsche mir nicht, dass ein Bundesprogramm die Inhalte uniformiert und festklopft. Ich wünsche mir eigentlich, dass das neue Programm als eine Art Entwicklungs-

programm verstanden wird, bei dessen Umsetzung die Akteure vor Ort am besten wissen, was in ihrer Situation angemessen ist und wie sie es am besten bewerkstelligen.

**Staatssekretär Burkhard Jungkamp**, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und Koordinator des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“

Jedes Land hat eigene Probleme und eigene Handlungsschwerpunkte. Von daher gibt es auch unterschiedliche Programme. Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg gibt es seit 1998. Ich bin jetzt ein halbes Jahr Staatssekretär in Brandenburg und beobachte, dass dieses Programm schon ein Stückweit vorbildlich ist.

Ich will Ihnen aber auch Problempunkte benennen. Wenn wir den Kampf gegen Rechts, den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit erfolgreich führen wollen, dann muss es ein Kampf sein, den wir gemeinsam führen, dann brauchen wir ein Bündnis der Demokraten. Man redet ja viel von Bündnissen in der aktuellen politischen Diskussion. Nur: Trotz gleicher Zielsetzung kann es durchaus passieren, das hat Herr Hülsemann gerade sehr schön ausgeführt, dass es ganz unterschiedliche Ansätze verschiedener Akteure im Kampf gegen Rechts gibt. Wichtig ist, dass alle Akteure Informationen voneinander haben, dass wir uns vernetzen, weil wir nur gemeinsam stark sind. Da müssen wir besser werden. Gemeinsam handeln heißt für mich insbesondere *parteiübergreifend handeln*. Es kann nicht sein, dass in der demokratischen Parteienlandschaft Konkurrenzen auftreten. Was wir brauchen: Die parteiübergreifende, gremienübergreifende, von Bund, Ländern, Kommunen mitgetragene Verständigung auf staatliches Handeln. Und wir brauchen auch eine gemeinsame Sprachregelung. Das ist banal, was ich da sage. Es ist trivial, ich weiß es, aber es ist offenbar nicht selbstverständlich. Schauen Sie sich die Statements manch wichtiger Leute in den Tagen nach den Vorfällen an Ostern an. Zum einen gab es die Tendenz zur Verharmlosung, dann wiederum wurde auf eine Weise Angst geschürt, wie es nun auch wieder nicht in Ordnung ist. Und selbst das Entwickeln einer gemeinsamen Sprachregelung, auf die man sich als Demokraten verständigen muss, gelingt offenbar viel schwieriger, als man meint.

Gemeinsames Vorgehen heißt nicht nur, dass man eine gemeinsame Sprache findet und sich auf gemeinsame Ziele verständigt, sondern auch, dass man gemeinsame Strategien entwickelt. Ich meine Strategien im kleinen, aber auch Strategien im Rahmen von Bundesprogrammen. Da müssen wir überlegen, welche Projekte in welchem Zusammenhang sinnvoll sind, ob Projekte möglicherweise doppelt gefahren werden oder miteinander konkurrieren. Und wer Strategien oder einfach nur Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit entwickelt, muss wissen, dass nicht nur da Fremdenfeindlichkeit zu Hause ist, wo es sich um organisierte Rechte handelt. Fremdenfeindlich ist nicht nur derjenige, der der NPD beitrifft. Fremdenfeindlichkeit hat zahlreiche Ursachen auch in der Mitte der Gesellschaft.

Das sind manchmal scheinbar unverdächtige Sprachregelungen, die Fremdenfeindlichkeit erwachsen lassen können und doch stammtischfähig sind. Ich denke an Aussagen wie: Multikulti *hat versagt*. Das ist zu pauschal, das ist sehr kurz gegriffen. Das ist so pauschal falsch, aber es ist nicht zu unterschätzen, welche psychologische Auswirkung eine solche Formulierung haben kann.

Und ich glaube, Sonntagsreden – trotz aller politischer Signalwirkung, die sie haben mögen – helfen oft wenig. Ich glaube, dass Erziehung zur Demokratie, und darum geht es ja hier im Wesentlichen, sehr konkret gedacht werden muss, und ich glaube, dass sie ganz früh anfangen muss. Erziehung zur Demokratie ist ein Schwerpunkt bei uns in Brandenburg: In Kitas und in Schulen müssen wir ansetzen, aber auch da nicht allein mit abstrakten Unterrichtseinheiten. Schüler brauchen konkrete Erfahrung, sie brauchen

Vorbilder in der Gesellschaft. Wenn wir uns umschauen, auch in der Politik, also auch bei mir, bei Ihnen, dann weiß ich nicht, ob wir immer genug Vorbild sind.

Und: Kinder und Jugendliche brauchen die Möglichkeiten, selbst Verantwortung zu übernehmen. Erziehung zu Werten gelingt nur, wenn ich Erfahrungen sammeln kann. Das Stichwort ist Partizipation. Und es geht darum, junge Menschen frühzeitig bei dem Versuch den Rücken zu stärken, Zivilcourage zu entwickeln.

Schließlich brauchen Kinder und Jugendliche Information. Wenn z.B. eine Klasse nach Auschwitz fahren will und dazu nicht über die finanziellen Mittel verfügt, dann müssen wir helfen. Und es gibt ja ein Budget speziell für solche Fahrten. Natürlich kann es passieren, dass so ein Budget ausgegeben ist. Dann müssen wir prüfen, ob wir dieses Budget erhöhen können, die Prioritäten hier setzen und woanders sparen. Aber das alles müssen Sie unter den Voraussetzungen eines eher sehr knappen, eng gestrickten Haushaltes sehen. Ich glaube, Frau Thiel-Vigh wird es gesagt haben: Wir sind froh, dass wir angesichts der finanziellen Schwierigkeiten den Ansatz für das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg in den letzten Jahren konstant gehalten haben.

Insgesamt gilt, was den Einsatz von finanziellen, materiellen, personellen Ressourcen angeht: Die Akteure müssen regelmäßig kommunizieren, sich verständigen. Sie müssen miteinander überlegen, wer welche Projekte plant, wer sich wo engagiert, damit wir erfolgreich gegen Rechtsextremismus kämpfen und mit den Ressourcen entsprechend effizient umgehen können.

## Diskussion zu Themenblock 4

### Holger Kulick, Internetplattform „Mut gegen rechte Gewalt“

Herrn Hülsemanns Plädoyer zur Ermutigung in allen Ehren. Solange da was im Papier drin steht, hilft das sicher auch schon weiter. Meine eigene Webseite „Mut gegen rechte Gewalt“ verfolgt auch dieses Prinzip: Beispielhaftes aufzeigen und zur Nachahmung anregen. Aber vielfach ist das zu schönfärberisch theoretisch, zumal sich oft Hilfesuchende melden, die was ganz Praktisches wollen, das ist dann schon schwieriger. Wir haben z.B. heute Morgen einen Brief von Lehrern einer Neuruppiner Schule in Brandenburg bekommen, die in diesem Jahr keine Klassenfahrt mehr nach Auschwitz finanziert bekommen. Die bekommen keine Zuschüsse mehr durch irgendwelche Stellen im Land. An wen können die sich praktisch wenden?

Genauso ein ganz praktisches Beispiel in der Stadt Brandenburg: Ein super funktionierendes Jugendprojekt, eine Jugendgalerie „Sonnensegel“, die ist Ihnen möglicherweise ein Begriff, die seit langem funktioniert hat und Kinder wirklich präventiv kreativiert, die hat jetzt durch ihren Hausvermieter eine Mieterhöhung von 220 Euro pro Monat bekommen, die sie definitiv aus ihren Mitteln nicht tragen kann. In der Stadt gibt es eine CDU-Regierung, die da kein Verständnis dafür hat und keinen Zuschuss geben wird, aber auch unter der SPD war das gar nicht so einfach. Dieses Projekt funktioniert wunderbar, steht aber zugleich permanent auch vor dem Aus. Das sind dann praktische Sachen, die müssen gelöst werden. Da hilft es nicht unbedingt, wenn jetzt nur tolle Formulierungen in einem Grundsatzpapier „Tolerantes Brandenburg“ gefunden werden. Die Taten beweisen erst die Toleranz.

### Wolfram Hülsemann

Sie wissen ja, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es schwierig es rauszufischen. Sie erwarten von mir sicher keine Antwort, *so und so löst man das Problem*. Ich stelle mir das nur prinzipiell vor, dass – wenn wir ein Arbeitsfeld haben, das wir für wichtig halten, also Fahrten zu den Gedenkstätten mit Jugendlichen, und sehen seit Jahren die Gefährdung, das wissen wir ja nicht erst seit heute, da werden Sie mir zustimmen, wir wissen, wo es hin läuft und wir wissen auch, dass es noch viel, viel schwieriger werden wird, ich vermute, wir sind erst am Anfang dieser Geschichte – sich Leute zusammentun, die sich bisher mitunter als Konkurrenten von Projekten gesehen haben, mitunter waren es auch schon Kooperateure, und politische Kraft entwickeln.

Zivilgesellschaft bedeutet an der Stelle für mich – ich weiß, dass Sie damit nicht zufrieden sein können, ich kann es aber an der Stelle nur grundsätzlich sagen: Wenn wir immer ansetzen beim Kampf um unsere Projekte, greift es auf Dauer zu kurz. Was wir langfristig brauchen, ist der politische Diskurs darüber, wie die Schwerpunkte im Lande gesetzt werden. Deshalb mache ich Mut dazu, das politische Geschäft, auch in einem Land wie Brandenburg, nicht aufteilen zu lassen in die wesentlichen Regelaufgaben – und dann haben wir noch ein paar Kringle am Weihnachtsbaum oder noch ein paar schwarze Punkte, an denen wir arbeiten müssen, sondern, das ist so ein bisschen unser Anliegen, die Komplexität des Gemeinwesens so in den Blick zu kriegen, dass Leute, die so was betreiben wol-

len wie „Sonnensegel“ etc., viel früher in diese politischen Räume eintauchen und sich darin sozialisieren.

Ich gebe zu, ich denke an dieser Stelle ein Stückchen strategisch. Wir überlassen sonst den Abwasserfachleuten, wir überlassen den Straßenbaufachleuten, wir überlassen bestimmten anderen Bereichen das politische Geschäft. Ich gebe Ihnen ein *praktisches Beispiel* – wieder so eine böse Formulierung, wie ich sie mag: Haushaltmäßig, etatmäßig unterscheiden die Haushaltsleute, wenn ich das richtig sehe, investive Ausgaben und konsumtive Ausgaben. Wir müssen bei den konsumtiven Ausgaben streichen. Niemand aber diskutiert eigentlich, *wie beschreibe ich investive Ausgaben. Was sind konsumtive Ausgaben?* Wir sind uns vermutlich darin einig, dass die angemessene Erinnerung an die Geschichte – wir können dann Weizsäcker zitieren etc. –, dass Kampf oder ein Bemühen Demokratie zu vitalisieren, die beste und gelingendste Zukunftsinvestition ist. Ich kann mir keine bessere vorstellen. Ich behaupte also, dies ist kein konsumtives Programm, was da aufgelegt wird, sondern ein investives Programm. Und ich würde auch zu Bündnis 90/Die Grünen sagen, in der Bundestagsdebatte werden die Haushälter immer wieder an die Grenzen des Haushalts denken und werden dann diese Spiele treiben.

Dieses Programm, auch das Bundesprogramm, ist ein investives und kein konsumtives Programm, eine Investition, die dringlich notwendig ist. Also, sehen Sie mir diese langatmige Antwort nach, ich meine nur, ich finde keine schnellen, kurzfristigen Erklärungen. Ich finde, wir müssen uns einmischen in die politischen Zusammenhänge, in den politischen Diskurs, in alle Bereiche der Gesellschaft hinein.

### **Monika Lazar**

Mir wäre es wichtig, die Zusammenarbeit des Bundes mit anderen Bundesländern in Bezug auf die Programme gegen Rechtsextremismus zu intensivieren. In Brandenburg gibt es das Konzept nun schon seit mehreren Jahren und die Auswirkungen auf andere ostdeutsche Bundesländer sind meines Erachtens leider noch immer zu vernachlässigen. Ich habe aus meiner Außensicht den Eindruck, jedes Land erfindet das Rad neu und sagt, *nein*, wie die es machen, dürfen wir es auf keinen Fall machen, denn wir haben eine andere Idee.

### **Johannes Lichdi**

Frau Thiel-Vigh sprach vorhin von Symbolpolitik. Dann habe ich von Herrn Hülsemann gehört, wir müssen mit den politisch Konservativen irgendwie gut reden können und sie ernst nehmen. Und dann hat Herr Jungkamp gesagt, das muss natürlich überparteilich geschehen. Das ist alles richtig. Ich bin Landtagsabgeordneter in Sachsen für die Grünen, und ich weiß aus Erfahrung, dass wir dort ein paralleles Problem haben. Und in Brandenburg hatten sie auch solche Probleme. Was heißt Probleme? Sagen wir mal: Auseinandersetzungen. Welche Mittel oder Auseinandersetzungsformen gab es zwischen den beiden großen Koalitionspartnern, um dort eine gemeinsame Sprachregelung zu finden? In Sachsen hat die CDU eine etwas abseitige Art von „Faschismusdebatte“ geführt, die nach rechts halboffen war, aber auch nicht ganz. Das muss man differenzierter beobachten, aber jedenfalls wurden sehr seltsame Vorstellungen transportiert. Wie war das in Brandenburg? Das würde mich interessieren.

## **Staatssekretär Burghard Jungkamp**

Ich kann bisher nur über das halbe Jahr berichten, in dem ich als Staatssekretär und Koordinator für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ in diesem Land Verantwortung trage. Als ich nach Brandenburg kam, wurde die Notwendigkeit unseres Handlungsprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen rechte Gewalt auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene nicht kontrovers diskutiert. Es ist mir natürlich immer wieder gesagt worden, ich solle nicht nur von rechtsextremer Gewalt sprechen, es gäbe ja auch die linksextreme Gewalt.

Meine jetzige Beobachtung ist, dass aufgrund der traurigen Anlässe diese Differenzierung im Augenblick nicht thematisiert wird. Dass wir uns in der Tat dringend und noch stärker engagieren müssen im Kampf gegen rechtsextrem motivierte Gewalt, wird wohl nicht abgestritten.

Dass ich sehr stark den präventiven Charakter solcher Maßnahmen favorisiere, der eine oder andere den Akzent vielleicht stärker auf repressive Maßnahmen setzt, darin sehe ich kein großes Problem, weil beides – glaube ich – hier zusammen wirken muss. Die Auseinandersetzung in der großen Koalition in Brandenburg wird im Augenblick wenig kontrovers geführt. Das ist zumindest meine Wahrnehmung. Mein Gesprächspartner ist ja der neue Staatssekretär im Innenministerium, der das, was ich hier gesagt habe, glaube ich, so unterstreichen würde.

## **Angelika Thiel-Vigh**

Ja, es ist schon so, dass es im Laufe der Zeit jetzt wirklich eine große Übereinstimmung gegeben hat, dass man sich sozusagen sehr deutlich miteinander auseinandersetzt und wirklich in der Sache, einfach weil von beiden Partnern die Problemlage klar ist und es auch kaum große Schwierigkeiten gibt, sich auch so zu positionieren.

Ich habe im Moment eine Sorge, in der Symbolpolitik eigentlich eine größere, wo wir wieder von Ihnen lernen könnten. Ich finde es ein bisschen bedauerlich, dass wir es im Moment nicht schaffen mit den drei demokratischen Parteien in unserem Landtag, z.B. mit der PDS, gemeinsame Entschlüsse zu machen. Wir haben im Moment mehr Sorge zwischen den Koalitionären und der PDS, wo ich es für wichtig halten würde, dass die demokratischen Parteien sehr deutlich sagen müssten, *wir gemeinsam*. Wir haben das Phänomen im Moment, dass wir im Inhalt mit den Koalitionspartnern nicht so große Probleme haben, sondern es nicht schaffen, dass der Koalitionspartner einsieht, dass es wesentlich wäre, dass das geschlossene Bild des Parlaments aller demokratischen Parteien auch ein bisschen Zeichen setzt. Ich glaube, das haben Sie in Sachsen im Moment da einfacher.

## **Wolfram Hülsemann**

Ich würde das gern noch ergänzen: Wenn ich zurückdenke, dann hat die eine Seite versucht das Problem wahrzunehmen, lernte das Problem zu beschreiben. Die andere Seite sagte, *wir haben das Problem 500 gewaltbereite Jugendliche*. Das war so ungefähr der Stand, als wir da einstiegen.

Wir haben gemerkt, es bewegt sich etwas zunächst mal dadurch, dass vor Ort Leute aus unterschiedlichen Lagern ein Problem wahrgenommen haben, manchmal mit unserer Hilfe, manchmal auch mit Widerständen, und haben dann gesagt, darüber muss geredet werden. Und auf einmal war innerhalb der CDU beispielsweise das ein Thema und der Bürgermeister, *wie geht ihr damit um*, die Frage Imageschaden, weil es fing ja nicht gleich bei der Menschenrechtsdiskussion an, sondern bei zunächst mal ganz einfachen Bildern, Imageschaden. Und so ist von unten her – das ist die eine Geschichte – etwas gewachsen. Wir haben das immer befördert. Wir haben artig immer die Landtagsabgeordneten kontaktiert, auch die der CDU, haben versucht das Problem zu beschreiben. Natürlich ist mir auch passiert, dass eine Fraktionsvorsitzende oder ein Fraktionsvorsitzender, ich will es anonymisieren, mir erklärt hat, wie der Rechtsextremismus in Brandenburg ja eigentlich zu bewerten sei. Da haben wir geduldig zugehört, haben dann unsere Fragen gestellt und sind mit den Fragen, wie Colombo das so macht, zur Tür rausgegangen und haben nicht auf die Antworten gewartet.

Wir setzen in der Beratungsarbeit auf längere Prozesse. Schließlich sind diese Impulse weiter gelaufen, andere haben sich auch eingemischt in diesen Diskurs, die Parteien insgesamt angesprochen, wie eben das Aktionsbündnis mit seinem Vorsitzenden. Und dann haben wir praktische Dinge gemacht. Nachdem uns der Schönbohm, das kann man offen sagen, fast die Tür gewiesen hat, geht man natürlich hinten wieder rein und versucht sein Angebot zur anderen Tür noch mal reinzubringen. Das heißt, wir haben dann seinen Staatssekretär, und das war wie so eine Schaltstelle, der aus Berliner Tradition noch ganz knallhart wertekonservativ bewertet wurde, eingeladen. Und ich habe meine Kollegen gebeten, doch nur Bilder zu erzählen, Bilder aus der praktischen Arbeit, also nicht die großen Worte, die großen Parolen und die großen Befürchtungen, sondern: *Was haben wir in Posemuckel und in Klein Posemuckel erlebt, was haben wir da gemacht, wie gehen wir damit um?* Ich weiß es noch wie heute. Das war so ein Durchbruch. Es ging die Kinnlade runter und seitdem hatten wir sozusagen auf der oberen Etage der CDU absolute Ruhe.

Es sind diese kleinen Schaltstellen, die man sich angucken muss. Deshalb halte ich – ich weiß nicht, inwieweit das bei dem Bundesprogramm drin ist – so eine supervisorische Begleitung solcher komplizierten Prozesse für unabdingbar, weil wir selbst in diesen Beratungsprozessen viel zu sehr im Strudel sind. Wenn man es strategisch beschreibt, sind es sozusagen Zangenbewegungen. Das klingt ein bisschen martialisch. Aber nehmen Sie es nicht so verbissen, sondern es sind Bewegungen von mehreren Seiten. Es gibt nicht einen Zugang etwas zu verändern, sondern es müssen mehrere sein und das muss eine konzertierte Aktion, ein konzertierter Prozess sein.

### **Dr. Reiner Schiller-Dickhut**

Ich wollte zu zwei Punkten noch etwas sagen. „Landesvorhaben“ hängt ja zusammen mit dem neu zu konstruierenden Bundesprogramm. Ich habe mir vorhin mal die Zahlen vor Augen geführt, von denen Frau Thiel-Vigh berichtet hat. In der Säule 2 sollen die sechs Millionen auf Modellprojekte mit maximal 150.000 Euro verteilt werden und in der Säule 1 bei den kommunalen Aktionsplänen ist die durchschnittliche Größe 100.000 Euro. Wenn wir uns auf die Größenordnung 100.000 beziehen, – ich will mich jetzt nicht genau auf die Summe festlegen – dann sind dies halt erhebliche Größenordnungen. Das bedeutet gegenüber dem Status quo, dass kleine und mittlere Projekte weniger gefördert würden. So scheint mir das. Also, wenn die Information falsch ist, kann das ja gerne korrigiert

werden. Aber wenn es so wäre, bedeutet das für mich, dass es eine Überforderung für die Landesprogramme ist, die dann bei diesen mittleren Projekten stärker einsteigen müssen.

Ich erinnere mich an ein Beispiel. Gut, das ist vielleicht besser auf der Landesebene angesiedelt, aber deswegen gehört es auch in diese Diskussion. Wir hatten im Civitas-Beirat mal Diskussionen um Reinhardtsdorf-Schöna, wie man dort was anregen kann. Natürlich macht es keinen Sinn, in so einer ersten Phase gleich mit großem Geld zu klotzen. Man muss erst erste Fäden knüpfen. Man muss erste Versuche starten. Da braucht man nicht das große Geld und muss auch nicht von vornherein einen großen lokalen Aktionsplan konstruieren. Also, das ist eine Fragestellung zum Verhältnis Landes- und Bundesprogramm. Wenn ein Bundesprogramm derartige Projekte nicht finanzieren kann (oder will), muss das Land finanzieren – aber erfolgt dies an den Brennpunkten wirklich?

Und dann würde ich gerne noch mal dieses Prinzip der gleichen Augenhöhe Kommune - Zivilgesellschaft aufgreifen. Gewiss muss man in Rechnung stellen, wenn ein solches Programm konstruiert wird, dass man keine rechtstechnisch sichere Formulierung finden wird, die dieses Prinzip für alle Länder gleich garantieren wird. Das ist, denke ich, unrealistisch. Aber wäre es nicht möglich, ich will es mal so sagen, eine Öffnungsklausel in einem solchen Programm zu verankern, die einzelnen Ländern – wir haben jetzt gehört, in Brandenburg passiert eine Menge, inzwischen auch in Sachsen – ermöglicht, in diese Richtung zu gehen. Wenn man sich die Debatte zum bürgerschaftlichen Engagement, also außerhalb unseres Themenfeldes Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit usw., anschaut, gibt es ja auch Bundesländer – im Südwesten beispielsweise – in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, die eine starke Tradition in Engagementförderung haben. Die müssten ja eigentlich auch ein gewisses Interesse haben, das, was sie bisher in dem Bereich profiliert vertreten haben, auch in diesem Bereich Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bzw. Förderung von Toleranz und Demokratie zeigen und praktizieren zu können.

Wäre es nicht eine Möglichkeit, in der Konstruktion dieser Programme zu sagen, dass auf Landesebene ein entsprechender Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Träger bei diesem „Wettbewerb“, von dem die Rede ist, bei welchem Räume und Regionen ausgesucht werden, wirklich gleichberechtigt mit einbezogen ist? Eine andere Denkrichtung wäre, dass man in der Summe sagt, die eine Hälfte kann von zivilgesellschaftlichen Trägern beantragt werden, die andere von kommunalen.

Das als Denkanstoß, der auch auf der Hoffnung aufbaut: wenn Länder merken, dass diejenigen – ich sage es mal so – die etwas freier operieren, vielleicht unterm Strich effektiver sind, dass diese sich dann für eine stärkere zivilgesellschaftliche Komponente einsetzen, und anschließend andere Länder, die vielleicht am Anfang restriktiver sein mögen, dem folgen. Das ist etwas Optimismus, vielleicht auch Zweckoptimismus, aber vielleicht hilft ein solcher Gedankenanstoß.

### **Angelika Thiel-Vigh**

Ich möchte noch eine Klarstellung zur ersten Säule mit den 100.000 Euro machen. Diese 100.000 Euro sind ja nicht für ein Projekt, sondern in diesen 100.000 Euro sollen über den Begleitausschuss ganz viele kleine Projekte vor Ort gefördert werden, bis maximal 20.000 für ein Projekt. Das heißt, die Örtlichen, die den Zuschlag für den Aktionsplan bekommen, sollen ja die größte Summe davon regional an Projekte verteilen. Das heißt, es sind ganz kleine Projekte. Es sind auch 500-Euro-Projekte möglich. Aber sie werden nicht einzeln beantragt, sondern sie sind im Rahmen des Zuschlages vor Ort.

## Beitrag aus dem Publikum

Es sind nur 18 Projekte für die westdeutschen Bundesländer.

Nun muss man dazu mal sagen: Es war das politische Ziel, den neuen Bundesländern da mal den Schwerpunkt zu geben. Deswegen war das ursprüngliche Förderverhältnis 80:20 für die neuen Länder. Nachdem nun natürlich viele alte Bundesländern gesagt haben, *aber wir haben auch das Problem*, sagt der Bund, *o.k., unter Umständen gehen wir auf 70:30*. Man kann sich verständigen, ob das der richtige Ansatz ist und ob die neuen Bundesländer wirklich noch diese verstärkte Unterstützung brauchen. Ich als Vertreterin eines neuen Bundeslandes sage, *natürlich, auch in dem Sinne, wie es vorher war*. Dass dann, wenn man so rechnet, für die anderen vielleicht unbefriedigende Zahlen zustande kommen, ist klar.

## Monika Lazar

Kann uns vielleicht ein Teilnehmer aus Thüringen noch kurz etwas zum Thüringer Stand sagen?

## Vertreter von MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen

Ich kann auch nur das sagen, was in den Medien in den letzten Tagen in Thüringen zu hören war. Es ist tatsächlich so, das ist das erste Mal in der Geschichte seit es das Civitas-Programm gibt, dass das Bundesland Thüringen zu unserer Arbeit etwas dazu geben will, dass es konkret 50.000 Euro für mobile Beratung versprochen hat ab dem Jahr 2007, also, wenn das Programm Civitas ausläuft. Wenn das Nachfolgeprogramm so gestrickt sein sollte, dass es die mobile Beratung gar nicht mehr gibt, dann ist Thüringen an dieser Stelle natürlich wieder fein raus, weil sie dann die 50.000 einsparen und für andere Dinge verwenden können. Von daher haben wir jetzt eigentlich nur eine Klippe umschiffen, nämlich die Klippe, tatsächlich einmal etwas aus dem Bundesland Thüringen zu bekommen. Wenn die mobile Beratung als Strukturprojekt im nächsten Jahr gar nicht mehr existieren wird, wird uns das nicht viel nutzen.

Konkret ist es so, dass das aus dem Haushalt des Innenministers gewährt werden soll. Jedes Ministerium hat eine gewisse Möglichkeit, innerhalb des eigenen Haushaltes Dinge umzuschichten. Und jeder Minister kann – wenn es nicht allzu große Summen sind – bestimmte Entscheidungen treffen. Das ist etwas, was für Thüringen – die meisten werden das wissen – schon relativ bemerkenswert ist, weil es in der Vergangenheit tatsächlich so war, dass da sehr, sehr wenig passiert ist, was die landespolitische Ebene angeht.

Weil das vorhin von zwei Seiten diskutiert wurde, *ihr müsst auf die CDU zugehen, redet doch mal mit den Konservativen, mit den Kreisen, die wertekonservativ sind, und dann passiert irgendetwas*, was jetzt in Thüringen passiert ist, ist ausschließlich und allein Resultat des öffentlichen Drucks. Ihr werdet sicherlich wissen, dass es am Vatertag eine Reihe von Vorfällen in Thüringen gegeben hat. Ein eklatanter Fall war in Weimar. In Weimar wohnt Staatssekretär Stephan Illert. Und das hat offenkundig Eindruck auf ihn gemacht. Da haben irgendwelche Nazis eine Gruppe von Schwarz-Afrikanern angegriffen und auf übelste Weise überfallen. Das hat entsprechende Resonanz in den Landesmedien hervorgerufen, nicht zum ersten Mal, weswegen wir eigentlich sagen müssen: Wenn wir jetzt tatsächlich in eine Finanzierung, in eine Unterstützung durch das Bundesland kommen

sollten, liegt das weniger daran, dass wir gesagt haben, wir gehen auf die konservativen Politiker zu, damit hätten wir überhaupt keine Probleme, keine Bauchschmerzen, sondern es liegt an dem Pressedruck, der aufgebaut worden ist, weil nämlich doch relativ viele aufgeweckte Menschen in den Live-Medien des Bundeslandes – Thüringer Landeszeitung, Thüringer Allgemeine und der Mitteldeutsche Rundfunk – erkannt haben, das ist ein relevantes Problem im Bundesland Thüringen und jetzt macht mal. Und siehe da, sie machen.

### **Wolfram Hülsemann**

Natürlich ist das ein Missverständnis, als ob ich so eine Selbsterfahrungsgruppe mit der CDU aufmachen wollte. Natürlich machen wir die gleichen Erfahrungen, dass der öffentliche Druck eine Rolle spielt. Das spielt natürlich eine wichtige Rolle. Also werbe ich auch nicht, um depressiven CDU-Mitgliedern einen Beistand zu geben, sondern ich denke, es muss einfach zu unserer politischen Kultur gehören und es gibt ja Anlässe das schon noch mal zu erinnern, auch zu sagen, *auch die müssen in die Pflicht genommen werden, auch mit denen muss geredet werden*. Ich rede dann immer – und das ist für uns alle selbstverständlich – und sage: *Überprüft doch bitte noch mal die Art und Weise, wie wir ihnen begegnen*.

Wir haben unterschiedliche Leute mit unterschiedlichen Prägungen, unterschiedlichen Sozialisationen. Denen müssen wir auf die ihnen je angemessene Art und Weise begegnen, damit wir Zugänge finden.

### **Monika Lazar**

Kann noch jemand aus Brandenburg sagen, wie die Erfahrungen aus Brandenburg von den anderen ostdeutschen Bundesländern nachgefragt wurden? Gar nicht?

### **Staatssekretär Burghard Jungkamp**

Wir gehen mit unseren Aufgaben konstruktiv um. Wenn wir z.B. einen Meinungsaustausch zu möglicherweise vergleichbaren Projekten initiieren können – auch in Richtung Thüringen – ist uns das sehr willkommen. Wir haben bei uns im Haus Frau Spangenberg, Geschäftsführerin des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die ihre Erfahrungen aus Thüringen einbringt. Eine gewisse personale Vernetzung ist schon gegeben. Also, das Signal lautet: Wir wären gerne bereit, auch auf diesem Gebiet von anderen zu lernen.

### **Wolfram Hülsemann**

Ich würde als Vorschlag sagen: Wie kann unser Staatssekretär aus Brandenburg seinen CDU-Gesprächspartner in anderen Bundesländern etwas besser, effektiv verdeutlichen, wie wichtig diese Politikgestaltung in Brandenburg ist und wie sie sich durchaus bemerkbar macht? Wie können wir helfen, dass die CDU-Abgeordneten im Bundestag, die aus Brandenburg kommen, sich mit den Problemen auseinandersetzen? Wir haben ihnen allen geschrieben, *bitte achtet darauf, wenn das Bundesprogramm diskutiert wird, dass die Bran-*

denburger *Erfahrungen einfließen*. Anna Spangenberg vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat sich bemüht, all diese Abgeordneten, die Brandenburger Abgeordneten, einzustimmen und fit zu machen für diese Diskussion, weil wir in der Tat von Brandenburg her etwas mitbringen könnten. Ich habe den Eindruck, die Wirkungsgeschichte unseres Bemühens hält sich in Grenzen.

### **Vertreterin eines mobilen Beratungsteams**

Ich wollte noch mal auf dieses „gar nicht“ eingehen. Ich komme aus einer mobilen Beratung und da ist schon die Verzweigung, der Austausch, sprich: aus Brandenburg, was es schon viel länger gab, um da auch Erfahrungen nach Thüringen und auch in andere Bundesländer mitzunehmen. Womit wir in Thüringen auch immer argumentiert haben, gerade in solchen Gesprächen mit der Landesregierung, natürlich mit dem Verweis auf ein Brandenburger Landeskonzept.

### **Stefan Schönfelder**

Sächsisches Landesprogramm – „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ heißt es bei uns: Der Unterschied ist, dass Sachsen kein Konzept hat, aber Geld ausgibt, während Brandenburg – bisschen überspitzt – sehr lange und viele Konzepte hat und relativ wenig Geld ausgibt. In Sachsen gibt es seit letztem Jahr zwei Millionen, von denen knapp 1,5 an Initiativen und Kommunen durch den Beirat direkt vergeben werden und nicht durch eine Verwaltung.

Meine Erfahrung ist die: Politik ist in der Praxis nicht so systematisch, wie wir uns das wünschen, dass man zusammen eine Analyse macht und dann mit möglichst vielen Menschen zusammen ein Konzept schreibt und dann sagt, welches sind die wirksamsten Mittel und wie müsste das Programm aussehen, sondern die Politik ist offensichtlich eine Abfolge von Gelegenheiten, die man wahrnimmt. Und eine Gelegenheit war, 2004 so ein Landesprogramm zu installieren, aber damals stand eigentlich kein detailliertes Konzept dahinter.

Und dann haben wir Beiräte gemeinsam mit den beiden Abgeordneten von der SPD und von der CDU ein dreiseitiges Programm geschrieben. Ein dreiseitiges Konzept steht jetzt hinter diesen 1,5 Millionen. Das heißt, die Arbeit ist eine umgekehrte: Es ist erst das Geld da und dann muss der, der das Geld verteilt, ein Konzept dazu schreiben.

Deshalb insistiere ich jetzt auch immer in meinen ganzen Schreibereien und Redebeiträgen dahingehend, dass diejenigen, die so ein Landesprogramm in der Hand haben – entweder als Finanzierungsmodell oder als Konzept – eine hohe Gestaltungsaufgabe haben. Das ist nicht nur Geldausgeben oder ein Papierschreiben, sondern da ist ein permanentes Gestalten angesagt mit Trägern, mit der Politik und mit anderen Akteuren. Ich glaube, dass das gewährleistet sein muss.

Da mache ich noch den einen kleinen Schlenker zu dem, was Wolfram Hülsemann vorhin gesagt hat: Das ist mir ein bisschen zu schönfärberisch. Wenn man ernsthaft meint, auf Augenhöhe mit kommunalen, staatlichen Institutionen in längere Prozesse zu gehen und Angebote zu machen, dann kannst du das einfach nur, wenn du wirklich auf Augenhöhe bist. Und das bist du eben nicht, wenn dein Arbeitsplatz tausendmal prekärer ist als der von dem Staatssekretär, dem du über irgendwelche Hintertüren und langfristig zart An-

gebote machst. Es ist sozusagen nicht gleichwertig – diese Verhandlungen darüber, was haben wir für Probleme im Land und wie gehen wir damit um. Wir sind ja als politische Stiftung nicht diejenigen, die Geld aus solchen Programmen kriegen. Wir sind also nicht selber in dem Konflikt, um unsere Existenz kämpfen zu müssen. Aber in der Draufsicht auf die Trägerlandschaft muss man sagen, ist das ein bisschen euphemistisch zu sagen, *wir machen jetzt ein Angebot und sehr langfristig muss man da rangehen und ganz nett*. Man ist nicht in der Rolle als freier Träger, so frei und so entspannt damit umzugehen. Nein, das hat was mit Selbstverständnis zu tun. Als Anspruch ist das auch in Ordnung. Aber die Realität, also der existenzielle Biss ist dann noch ein anderer in deiner Lage als freier Träger.

### **Angelika Thiel-Vigh**

Ich wollte erst mal dieses lapidare *Nein* erklären. Hier war ja wohl die Frage nach anderen Landesregierungen und nicht, ob es Strukturen in den mobilen Beratungsteams gegeben hat, die aufeinander zugegangen sind. Deshalb war das lapidar erst mal *nein*. Aber ich glaube, auch das wird sich demnächst ändern, weil auch die Kultusministerkonferenz in dem Zusammenhang schon Interesse hat. Das andere, wenn gesagt wird, *ihr habt ein großes Papier, aber wenig Geld*, da muss ich mal sagen: Wir geben seit 98 permanent viel Geld aus. Das ist der Unterschied. Und wenn das noch gezielt geschieht, also mit einer wirklichen Zielsetzung und nicht gerade mal aus Aktionismus, jetzt machen wir heute das oder das, sondern wirklich gezielt, also wenn da so Ansätze sind wie etwa „Schule ohne Rassismus“, bringt das viel.

### **Staatssekretär Burghard Jungkamp**

Ich finde, diesen Atem zu haben über so viele Jahre, das ist nicht einfach. Dazu muss man sagen, dass wir im Land Brandenburg auch in 2007 keine Kürzungen im Jugendbereich, im Sport haben werden, wobei die Landesregierung insgesamt permanent zu Kürzungen der Ausgaben gezwungen ist. Da wird deutlich, welche Prioritäten die Landesregierung setzt.

Und ich lege großen Wert auf die Feststellung, dass die Landesregierung die Mittel nicht etwa für große öffentliche Kampagnen oder bunte Fähnchen ausgibt. Dazu haben wir überhaupt nicht das Geld, sondern dieses wird in Gänze für Strukturprojekte ausgegeben. Und die Vergabe der Lottomittel, die zweite Säule der Finanzierung, erfolgt über einen Beirat, dem u.a. auch die Ausländerbeauftragte und auch ein Vertreter des Organisationsbüros „Tolerantes Brandenburg“ angehören.

### **Stefan Schönfelder**

Da liegt jetzt ein Missverständnis vor, weil es mit hoher Selbstironie für das Sächsische Landesprogramm gemeint war, weil das ja eher peinlich ist, dass man 2004, wenn man plötzlich, weil man eine Fraktion der NPD im Landtag hat, dann merkt, dass man auch mal was machen könnte, zwei Millionen auf den Tisch legt und eigentlich nichts dahinter ist. Auch wenn ich das Geld mit ausgabe, ich sehe das durchaus kritisch, dass das Programm eigentlich nicht so besonders toll basiert war.

## Staatssekretär Burghard Jungkamp

Gerne würde ich betonen, wie gut die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei uns in Brandenburg funktioniert. Aber ich kann nicht so ohne weiteres in die anderen Länder fahren und sagen, kommt nach Brandenburg, ihr könnt von uns lernen, wie man Rechtsextremismus erfolgreich bekämpft. Wir leben ja im Augenblick eher in einer Situation, in der unser Land in Gefahr ist, stigmatisiert zu werden. Richtig ist, wir haben ein Problem mit der nach wie vor bestehenden Fremdenfeindlichkeit. Wir bekämpfen diese schon länger und haben seit 1998 das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Aber die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass wir noch nicht erfolgreich genug waren. Von daher glaube ich, dass wir uns länderübergreifend zusammen tun und die Kräfte bündeln sollten. Dies würde ich gerne unterstützen. Denn wir müssen alle dringend voneinander lernen, gar keine Frage.

Wir können in Brandenburg ein ausgesprochen starkes Engagement im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit aufweisen. Das erkenne ich an und begrüße ich. Das ist die notwendige Voraussetzung, um weiter zu kommen. Was wir tun sollten: Die Kommunikation der Akteure könnte noch verbessert werden. Da haben wir noch einiges zu tun, da liegen Schwachstellen bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Das habe ich im letzten halben Jahr deutlich erfahren. Wir können an der Stelle vielleicht von den anderen Ländern lernen, wie man diese Kommunikation verbessern kann.

Hinsichtlich der knapp 1,2 Millionen Euro, die wir jährlich für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zur Verfügung haben, kann ich feststellen: Das reicht, das muss eigentlich reichen, das ist relativ viel Geld für unseren Haushalt. Aber im Augenblick stehen wir vor dem Problem, den Verein Opferperspektive finanziell absichern zu wollen. Der Etat des Vereins beträgt ca. 250 000 Euro. Ich möchte den Verein, der erfolgreich gearbeitet hat, gerne erhalten. Das ist überhaupt keine Frage. Die machen gute Arbeit. Aber es ist unglaublich schwer, auch nur ansatzweise so viel Geld ressortübergreifend zusammen zu bekommen, um das Signal endlich geben zu können, dass diese Arbeit auch künftig gesichert ist.

*(Einschub: Die Finanzierung des Vereins Opferperspektive e.V. für 2007 ist inzwischen gelungen.)*

Lassen Sie mich auf etwas anderes hinweisen: Ich habe einmal die Frage gestellt: Worin äußert sich eigentlich Fremdenfeindlichkeit? Woran erkennt man die erfolgreiche Arbeit im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit? Da waren einige, die verwiesen auf Statistiken und sagten, 37 rechtsmotivierte Delikte schwerer Art im letzten Jahr, das sind zwei weniger als im Jahr davor, also, es sieht besser aus. Andere weisen auf fremdenfeindliche Aspekte von Alltagsformulierungen hin, die Stammtischcharakter haben, denken Sie etwa an Äußerungen zur Bringschuld all derer, die hier bleiben wollen im Land: Wer unsere Sprache nicht beherrscht, muss das Land verlassen. Also, was sind Indizien für Fremdenfeindlichkeit? Da erwarten uns spannende Diskussionen. Aber diese Diskussionen müssen wir führen, das ist ganz wichtig. Was auch wichtig, was zentral ist: Die Frage nach den Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus muss besser beantwortet werden. Viele sagen, es sei vor allem die soziale Unsicherheit, die nach der Wiedervereinigung entstanden ist. Aber vielleicht gibt es auch tradierte Erziehungsmuster, die Fremdenfeindlichkeit fördern und die schon in der Zeit vor der Wende angelegt wurden – sei es im Westen oder im Osten.

Ich vermute, heute ist hier in diesem Kreis bereits einiges dazu gesagt worden. Wenn wir gemeinsam einen länderübergreifenden Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus initiieren wollen, dann sage ich Ihnen: Herzlich willkommen in Brandenburg. Ich bin gerne bereit, mich mit Ihnen dazu auszutauschen, um dann vielleicht ein noch konkreteres und wirksameres Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit abzuleiten als das, das wir im Augenblick haben.

### **Johannes Lichdi**

Ich will auch noch mal ausdrücklich sagen, wir in Sachsen haben natürlich vor 2004 auch immer gesagt, *hallo, in Brandenburg gibt es da was, warum gibt es das nicht bei uns?* Das will ich klar sagen. Das ist durchaus in der politischen Debatte auch immer ein wichtiges Argument gewesen. Von daher war es natürlich wichtig und das sage ich auch gerne noch mal. Das war sehr wichtig und gut, ich denke, auch im Sinne von Schlichten. Wir müssen mit der CDU oder den Konservativen reden. Ich denke, das ist auch eher eine Aufgabe, die sich an die Rolle des Politikers wendet, also beispielsweise an mich als Politiker, und nicht so sehr an irgendwelche Initiativen. Vielleicht lokal schon, aber ich glaube, das sind einfach dann die richtigen Ebenen.

Es gingen ja bundesweit diese Reden der sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Gansel und Apfel vom Januar 2005 herum. Das war wirklich unglaublich wichtig, weil das eben für viele CDU-Abgeordnete ein unmittelbares Aha-Erlebnis war. Die hatten sich das zuvor überhaupt nicht vorstellen können. Sie waren ehrlich schockiert und sind deswegen auch zu großen Teilen raus gerannt. Sie waren einfach schockiert. Von daher sind diese persönlichen Erlebnisse doch wahrscheinlich immer sehr, sehr wichtig.

Und natürlich stimmt das nicht, dass die kein Programm haben. Auch wenn es so verkürzt gesagt wird, ich denke, sie haben ein sehr gutes Programm, wenn es auch nicht so hoch kommuniziert ist wie vielleicht in Brandenburg.

Aber die Frage, die Sie angesprochen haben und was Monika Lazar auch versucht hat, ist schon richtig. Es gibt keine richtige Auseinandersetzung oder Debatte über Best-Practice-Beispiele, also darüber, was das eine Land gut macht und was das andere. Das liegt vielleicht auch daran, dass eben Brandenburg der Vorreiter ist und eben – wie Sie sagen – trotzdem in der Stigmatisierungsfalle drin hängt, ein Stückweit zu Unrecht. Das sehe ich auch so. Es ist die Frage, wie man es machen will. Das müssen politische Träger machen.

### **Bernd Wagner, EXIT Deutschland**

Was die Historie betrifft, hat Brandenburg in der Tat viele Erfahrungen in die anderen Länder hineingebracht, einen kleinen Teil im kommunalen Bereich. Aber auch der mobile Beratungsansatz ist in Brandenburg entstanden und dann über die Netzwerke, die schon in den 90er Jahren bestanden, transportiert worden, nach Sachsen-Anhalt, Mecklenburg oder nach Thüringen.

Dort gab es eben auch Leute, die gesagt haben, das ist interessant, wir machen ähnliches. Daraus hat sich was entwickelt. In der rot-grünen Koalition gab es den Transfer des mobilen Beratungsansatzes und die Implementierung auf die Bundesebene, direkt als Programmteil, neben der Opfer-Perspektiv-Arbeit.

Insofern ist für mich wunderbar, dass gerade bei den letzten Ereignissen im Frühjahr in Brandenburg die politische Elite in Brandenburg so insouverän in ihrer Reaktion auf die Ereignisse in Potsdam war. Warum lassen die sich jetzt so vor sich hertreiben, obwohl über Jahre, verglichen mit den anderen neuen Bundesländern, wo die gleiche Problemlage besteht, deutlich mehr investiert wurde, auch wenn das kleines Geld war, gemessen an den Sachen, die das Land sonst strukturell in den Sand gesetzt hat, im ökonomischen Bereich.

Soweit zum Historischen. Man kann bestimmte Funktionen, die in den letzten Jahren als Erfahrung gewonnen wurden, immer wieder neu aufheben, also neu einbringen.

### **Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen**

Ich habe in den letzten Minuten Debatte insbesondere interessiert den Aspekt von den unterschiedlichen Länderperspektiven verfolgt. Da war zu entdecken, dass da noch mehr Kommunikation möglich ist. Da ist sozusagen auch eine Notwendigkeit der Kommunikation zwischen den einzelnen Konzepten der Länder, um die miteinander auszutauschen. Ich denke, gerade, wenn wir jetzt über die Bundesperspektive zu dem ganzen Problem sprechen, dass es für die Zukunft besonders wichtig ist zu schauen, dass wir nicht dahin abrutschen, dass es ein reines Problem der neuen Bundesländer ist.

Wir erleben ja sehr stark, dass auch in den alten Bundesländern und gerade in NRW im Ruhrgebiet, zunehmend ein erhebliches Problem mit Rechtsextremismus existiert und dort – gerade was die letzten Jahre angeht – noch viel, viel stärker Arbeit versäumt wurde als – ich sage mal – in den Hot-Spots in den neuen Bundesländern. Ich glaube, gerade da könnten die alten Bundesländer sehr stark auch von dem Erfahrungsvorsprung profitieren, der da in einzelnen Initiativen, insbesondere in der praktischen alltäglichen Arbeit, mittlerweile gemacht wurde. Ich glaube, gerade im Rahmen von solchen Bundesprogrammen sollte das auch eine Aufgabe sein, wenn es um Länderverständigung geht, die sozusagen nicht nur auf die neuen Bundesländer zu beschränken, sondern auch zu schauen, wie wir das in Gesamtdeutschland auch an anderen Brennpunkten mit lösen können.

### **Wolfram Hülsemann**

Es reizt mich, noch mal zu fragen: Wie gewinne ich als Akteur vor Ort die so genannte Augenhöhe? Das ist für unsere Arbeit eine elementare Sache. Ich kann keinen politischen Diskurs führen, wenn ich in mir selber, in meinem Selbstanspruch unsicher bin, ob ich mich auf Augenhöhe befinde. Die Unsicherheit macht dann entweder aggressiv oder depressiv oder ausweichend.

Ich glaube, wir haben ein großes Problem, das kann ich im Vergleich von Brandenburg mit sonstigen neuen Bundesländern noch mal sagen, also über Civitas sagen. Ich habe gesehen, in welchen Unsicherheiten die Kollegen Jahr für Jahr gesteckt haben und von welchen Themen sie dann bestimmt waren. Es waren immerhin – das muss man offen sagen, das bitte ich die Abgeordneten auch wahrzunehmen – Experten, es waren Fachleute, es waren wirklich hoch motivierte Leute, die ständig über ihre Existenz, ihre materielle Sicherung nachdenken mussten. Sie waren damit immer beschäftigt.

Es muss zum Thema gemacht werden, in welcher Weise man mit Experten in diesem Land umgeht, wie man offene Fragen ignoriert wie: Was wird zum 1. Januar mit den Experten?

Wo bleiben Sie? Welches Kapital geht verloren, wenn sie ihre Arbeit aufgeben müssen?  
Das ist eine Geschichte.

Die andere Geschichte ist, dass ich meinen Kolleginnen und Kollegen Mut machen möchte. Selbst in dieser materiellen Unsicherheit sage ich euch: Wenn ihr in ein kommunales Anwesen kommt, seht euch selbst in Augenhöhe. Versteht euch als Partner, auch wenn ihr das kommunale Machtinstrumentarium nicht habt, sondern als zivilgesellschaftliche Akteure in einer anderen Rolle seid.

Mir geht es darum, dieses Selbstbewusstsein, diese Ich-Stärke, dieses Selbstverständliche stärker mit einzubringen. Das bewahrt dann manchmal auch vor Verkrampfungen und vor größeren Unsicherheiten. Ich will diese soziale Sicherheit. Und diese Unterschiede zwischen etablierten Menschen in der öffentlichen Verwaltung, die bis zu ihrer Rente sicher sein können, und der sozialen Unsicherheit der Akteure müssen unbedingt gesehen werden. Aber davon unterschieden, nicht losgelöst, brauchen wir dieses Selbstbewusstsein, die Stärke des Akteurs, dem bewusst ist, dass er etwas Wesentliches beiträgt. Das ist so meine Leidenschaft, wie Sie bemerken.

## Schlussbemerkung und Ausblick

**Monika Lazar** MdB, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Dieses Plädoyer war eigentlich ein wunderbares Schlusswort. Ich danke allen Referentinnen und Referenten für ihre interessanten Beiträge und Ihnen allen, die zugehört und mitdiskutiert haben. Ich denke, es war eine spannende Veranstaltung. Wir werden auch weiter miteinander im Kontakt bleiben. Das Thema wird uns auch während der kommenden Monate beschäftigen.

Ein konkretes Angebot möchte ich noch machen. Viele von Ihnen haben den Wunsch geäußert, Herrn Dr. Obst, der heute leider nicht dabei sein konnte, noch einmal persönlich zu sprechen. Ich werde ihm jetzt im Nachgang an diese Veranstaltung einen Brief schreiben mit den Knackpunkten, die wir hier diskutiert und herausgearbeitet haben, und im Zusammenhang damit um einen Gesprächstermin im September bitten. Sobald ein solcher Termin feststeht, leite ich ihn an die Runde hier weiter. Wer von den Anwesenden dann an dem Gespräch teilnehmen will, gibt bitte in meinem Büro Bescheid.

Ansonsten sollten wir die Sommerpause und auch den September, bevor es in die Haushaltsberatung geht, nutzen, um für die Bundesprogramme das maximal Positive herauszuholen. Ich hoffe, und bin aus Erfahrung davon überzeugt, dass wir gemeinsam noch einmal öffentlich auf den großen Handlungsbedarf hinweisen können – jeder an seiner Stelle, wir in der Politik, Sie bei den Initiativen, also Staat und Gesellschaft gemeinsam, so wie es bei jeder erfolgreichen Aktion gegen Rechtsextremismus der Fall sein muss.

## Weiterführende links

Themenspecial Rechtsextremismus der grünen Bundestagsfraktion

[www.gruene-bundestag.de/cms/innen\\_recht/rubrik/1/1129.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/innen_recht/rubrik/1/1129.htm)

Website von Monika Lazar, MdB

[www.monika-lazar.de](http://www.monika-lazar.de)

Themenseite Rechtsextremismus der Grünen Jugend

<http://www.gruene-jugend.de/themen/rechtsextrem/index.html>

Website des neuen Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

[www.jugendstiftung-vielfalt.org](http://www.jugendstiftung-vielfalt.org)

Website des Bundesprogramms „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“

[www.xenos-de.de](http://www.xenos-de.de)

Amadeo-Antonio-Stiftung, Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur

[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

Themenpunkt Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html>

Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung, Themenpaket „Rechtsextremismus in Kommunen“

[www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)

Bündnis für Demokratie und Toleranz

[www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)

Internetplattform gegen Rechtsextremismus

[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

Eine kritische Dokumentation über die rechtsextreme NPD und deren Umfeld

[www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info)

